

Antwort

der Bundesregierung

auf die Große Anfrage der Abgeordneten Diana Golze, Klaus Ernst, Karin Binder, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/7582 –

Ursachen und Folgen von Armut bei Kindern und Jugendlichen

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Einkommensarmut von Kindern hat in der Bundesrepublik Deutschland einen historischen Höchststand und eine neue Qualität erreicht. Während noch im Jahr 2004 knapp eine Million Kinder auf die Sozialhilfe angewiesen waren und 2005 rund 1,6 Millionen Kinder unter 15 Jahren Sozialgeld nach dem SGB II bzw. Sozialhilfe erhielten, müssen nach Angaben des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) inzwischen 1,93 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Familien aufwachsen, die auf dem Niveau von Hartz IV leben. Damit sind knapp 17 Prozent der 11,5 Millionen Kinder in der Bundesrepublik Deutschland gezwungen, mit 208 Euro monatlich für Ernährung, Kleidung, Spielzeug, Gesundheit, Bildung, Schulkosten etc. auszukommen. Der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zufolge befanden sich im Mai 2007 noch deutlich mehr als 2,2 Millionen Minderjährige im SGB-II-Leistungsbezug; wobei 1,9 Mio. unter 15-Jährige Sozialgeld erhielten und rund 330 000 Minderjährige ALG II bezogen. Im Mai 2007 lebte fast die Hälfte der „Hartz-IV“-Kinder in Bedarfsgemeinschaft mit 660 000 Alleinerziehenden; die andere Hälfte der „Hartz-IV“-Kinder lebte in Bedarfsgemeinschaft mit 1,3 Millionen Eltern bzw. einem Elternteil und dessen Lebenspartner. Die Zahl der auf SGB-II-Leistungen angewiesenen armen Eltern und deren Kinder belief sich somit im Mai 2007 auf insgesamt über 4,2 Millionen Personen. „Bei rd. 58 Prozent der SGB-II-Leistungsbezieher handelte es sich demzufolge um Familien mit minderjährigen Kindern. Nicht unbeachtlich ist darüber hinaus die Dunkelziffer derjenigen bis zu 1,9 Millionen Geringverdiener, die zwar Anspruch auf aufstockende SGB-II-Leistungen hätten, diesen Anspruch aber aus unterschiedlichen Gründen nicht geltend machen.“ [Johannes Steffen (Arbeitnehmerkammer Bremen), Überwindung der „Hartz-IV“-Abhängigkeit von Kindern und deren Eltern, Bremen 10/2007, S. 4.]

2,6 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren leben in Familien, die vom Arbeitslosengeld II abhängen (vgl. Kinderarmut in Deutschland nimmt zu, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 28. August 2007). Für rund fünf Millionen Heranwachsende bis zum vollendeten 18. Lebensjahr stehen dem DKSB zufolge weniger als 250 Euro pro Monat für den Lebensunterhalt zur Verfügung (vgl. „Märkische Oderzeitung“ vom 28. August 2007). Schät-

zungsweise über 50 000 Kinder und Jugendliche werden schließlich auf die gekürzten Regelsätze nach dem Asylbewerberleistungsgesetz verwiesen und müssen häufig in Massenunterkünften auf engstem Raum leben.

Armut ist ursächlich kein individuelles, sondern ein gesellschaftlich bedingtes Phänomen. Die Existenz von Armut und insbesondere Kinderarmut in einem reichen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland ist nicht unbekannt, hat aber noch immer nicht den Stellenwert in der öffentlichen Debatte, den dieses Thema unbedingt verlangt. Laut Koalitionsvertrag vom November 2005 sollte die materielle Kinderarmut reduziert werden. Doch die Kinderarmut hat in starkem Maße zugenommen. Um bestehende Armut bekämpfen und entstehende Armut verhindern zu können, ist zunächst ein öffentliches Bewusstsein dieses gesellschaftlichen Problems zu schaffen. Auf der politischen Agenda muss dem Thema „Kinderarmut“ höchste Priorität zukommen, denn hier werden die Chancen der Zukunft hergestellt oder verspielt.

Dabei ist Kinderarmut mehr als Einkommensarmut, sie hat viele Gesichter. Armut wirkt sich insbesondere bei Kindern auf verheerende Weise aus und gefährdet deren zukünftige Entwicklung. Kinder werden in vielen Lebensbereichen ihrer Entwicklungschancen beraubt. Kinder mit so genanntem Migrationshintergrund sind aufgrund rechtlicher Beschränkungen, der vergleichsweise schlechteren Wohn-, Einkommens-, Erwerbs- und Bildungssituation ihrer Eltern und verbreiteter Diskriminierungen besonders benachteiligt. Fast ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Um die unterschiedlichen Benachteiligungen in Armut lebender Kinder fassen zu können, wurde das Lebenslagenkonzept entwickelt. Dieses umfasst die zur adäquaten Beurteilung der kindlichen Entwicklung erforderlichen Dimensionen der individuellen Lebenslage. Diese lassen sich unter folgenden Punkten zusammenfassen: die materielle Grundversorgung, die kulturelle, die soziale und die gesundheitliche Lage. Familiäre Armut muss als Ausgangspunkt für die Entstehung von Kinderarmut betrachtet werden. Als ein Ansatzpunkt muss deswegen die Bekämpfung von familiärer Armut begriffen werden. Der zweite Schritt muss eine kindbezogene Sichtweise als Ausgangspunkt wählen und somit qualitativ einen Schritt weiter gehen. Ernährung hat großen Einfluss auf Gesundheit und Wohlbefinden von Menschen. Bei Heranwachsenden kommt hinzu, dass der Körper sich in vielfacher Hinsicht erst in der Entwicklungsphase befindet (z. B. Immunsystem, Knochen, Entwicklung geistiger Leistungsfähigkeit). Darum ist hier die bedarfsgerechte und ausgewogene Ernährung von außerordentlicher Bedeutung. In Armut lebende Kinder sind einem höheren Gesundheitsrisiko ausgesetzt als andere Kinder. Dauerhafte Armut zeitigt hierbei besonders schwerwiegende Folgen und gefährdet die positive Entwicklung von Kindern langfristig. Kinder, welche in Armut leben, zeigen häufiger Auffälligkeiten in ihrem Verhalten. Hierdurch werden ihnen schon früh Entwicklungschancen im Vorschulalter und Grundschulalter genommen. Ebenso sind Benachteiligungen hinsichtlich sozialer Kontakte zu beobachten. Armut gefährdet nicht nur die Grundversorgung und Gesundheit von Kindern auf gefährliche Art und Weise, sondern beeinflusst ebenso in hohem Maße die Entwicklung sozialer Kompetenzen von Kindern negativ. Man kann eine doppelte bzw. sich verstärkende Benachteiligung von Kindern beobachten. Zum einen werden diese Kinder objektiven materiellen und immateriellen Mangellagen ausgesetzt, und gleichzeitig ist ihre Fähigkeit, aktive Problembewältigungsstrategien bzw. abfedernde soziale Kompetenzen zu entwickeln, durch ein Leben in Armut extrem erschwert. Die aktive und effiziente Bekämpfung von Armut und insbesondere Kinderarmut kann nur ein Ansatzpunkt im Gesamtkonzept sein. Mindestens ebenso wichtig ist die aktive Verhinderung der Entstehung von Armutslebenslagen. Eine umfassende Bestandsaufnahme zu diesen Lebensbereichen ist dringend erforderlich, um zu einer realistischen Einschätzung der Lebenslage von Kindern zu gelangen. Die beiden Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung bieten leider kaum kinderspezifische Erkenntnisse.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Fragesteller suggerieren im Vorspann, dass sich die Zahl der einkommensarmen oder armutsgefährdeten Kinder in der Bundesrepublik Deutschland seit Ende 2004 um etwa 900 000 Kinder unter 15 Jahren erhöht habe. Dabei werden Angaben aus der Statistik des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) mit Angaben aus der Sozialhilfestatistik 2004 verglichen, die aufgrund der maßgeblichen Rechtsänderungen nicht miteinander vergleichbar sind. Das Wesen der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vollzogen wurde, ist es, dass mit dem SGB II nunmehr auch die Kinder aus Familienhaushalten statistisch erfasst werden, die vorher Leistungen der Arbeitslosenhilfe bezogen haben. Deren Einkommensniveau war stets mit dem von Sozialhilfe-Bedarfsgemeinschaften vergleichbar. Hinzu kommt, dass Leistungsverbesserungen und öffentliche Informationen dazu geführt haben, dass ein Teil der vormaligen „Dunkelziffer“ der Sozialhilfe motiviert wurde, Leistungen nach dem SGB II zu beantragen. Die Arbeitsmarktreform hat die Bedürftigkeit dieser Familien und Kinder lediglich sichtbar gemacht und nicht neu geschaffen. Die Armutsrisikoquote von Kindern (0 bis 15 Jahre) lag 2005 nach den Ergebnissen von EU-SILC bei 12 Prozent und damit einen Prozentpunkt unter dem Wert für die Gesamtbevölkerung. Damit gehört die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Vergleich zu den Ländern mit der niedrigsten Armutsrisikoquote von Kindern.

Armut und soziale Ausgrenzung von Familien und Kindern sind aus Sicht der Bundesregierung bedeutende Probleme, die insbesondere für den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft von großer Relevanz sind. Zutreffend stellen die Fragesteller die Vielschichtigkeit des Problems fest. Gerade diese Vielschichtigkeit erfordert abgestimmte Strategien, gezielte Leistungen und regional differenzierte Vorgehensweisen.

I. Allgemeine Einschätzung

1. Inwieweit sieht die Bundesregierung eine Annäherung an die im Nationalen Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010“ formulierten Ziele bezüglich des Kindeswohls?
2. Wurde nach Ansicht der Bundesregierung das Ziel, für alle Kinder einen angemessenen Lebensstandard sicherzustellen, erreicht?
 - a) Falls ja, wie sehen die Verbesserungen konkret aus, und welche empirischen Belege lassen sich hierfür anführen (bitte nach Bundesländern getrennt angeben)?
 - b) Falls nein, welche Instrumente der Kinderarmutsbekämpfung der Bundesregierung haben sich als unzureichend erwiesen, und wie gedenkt die Bundesregierung die Instrumente zu verbessern und zu erweitern, um Kinderarmut in Zukunft wirksam zu bekämpfen?

Die Fragen 1 bis 2b werden zusammen beantwortet:

Der Nationale Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005 bis 2010 (NAP) wurde von der Bundesregierung beschlossen, um auf einer breiten gesellschaftlichen Basis wirksame Maßnahmen für ein kinderfreundliches Deutschland umzusetzen. Eine zentrale Botschaft aus dem Nationalen Aktionsplan lautet: „Die Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards für alle Kinder ist ein zentrales politisches Anliegen der Bundesregierung. Mit ihrer Sozial-, Bildungs-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik beabsichtigt sie, sowohl die Ursachen von Kinderarmut zu bekämpfen als auch Wege heraus aus armutsgefährdenden Lebenslagen zu ermöglichen.“ Eine Zwischenbilanz, die

den NAP, in der Gesamtheit seiner Handlungsfelder umfasst, wird derzeit von der Bundesregierung erarbeitet.

Internationale Vergleiche zeigen, dass die besten Resultate im Hinblick auf die Reduzierung von Kinderarmut von denjenigen Ländern erzielt werden, die effektive Transferleistungen mit einem gut ausgebauten System der öffentlichen Infrastruktur verbinden.

Die Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards von Kindern ist am nachhaltigsten über die Erwerbsarbeit der Eltern zu erreichen. Dort, wo dies aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich ist, helfen staatliche Transferleistungen. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende, familienbezogene Leistungen und andere Transferleistungen (wie Wohngeld) tragen erheblich zur Senkung des Armutsrisikos von Familien und Kindern bei. Dass die geleistete staatliche Hilfe greift, verdeutlichen auch die aktuellen Daten der europaweiten Erhebung „Leben in Europa 2006“. Danach liegt in der Bundesrepublik Deutschland das Armutsrisiko vor Sozialtransfers für Menschen bis 15 Jahren bei 34 Prozent und nach Transfers bei 12 Prozent.

Zur Entwicklung der Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen. Bezüglich der Weiterentwicklung bestehender Instrumente zur Bekämpfung von Kinderarmut wird auf die Antworten zu den Fragen 9 und 20 verwiesen.

3. Wie stellt sich aus Sicht der Bundesregierung die Entwicklung von Kinderarmut seit 1990 in der Bundesrepublik Deutschland dar (bitte nach Bundesländern getrennt angeben)?
 - a) Welches Armutskonzept liegt der Betrachtungsweise der Bundesregierung dabei zugrunde?

Die Fragen 3 und 3a werden gemeinsam beantwortet.

Armut ist ein mehrdimensionales gesellschaftliches Phänomen, das sich einer eindeutigen Messung entzieht. Deshalb orientiert sich die Armuts- und Reichtumsberichterstattung an einem umfassenden Ansatz, der die verschiedenen Lebenslagen und Teilhabechancen beschreibt. Armutsrisiken in Familien beschränken sich dabei nicht allein auf unzureichende finanzielle Mittel. Bei Kindern und Jugendlichen können zusätzlich Entwicklungsdefizite in anderen Bereichen, etwa in Form gesundheitlicher Probleme und sozialer Benachteiligungen oder durch mangelnde Integration in Schule und „peer groups“ bestehen.

Bei Betrachtung des Risikos der Einkommensarmut wird die zwischen den EU-Mitgliedstaaten vereinbarte Definition der Armutsrisikoquote zugrunde gelegt. Sie ist definiert als Anteil der Personen, deren Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians aller Personen beträgt. Der Median ist der Einkommenswert, der die Einkommen der Bevölkerung genau in zwei Hälften teilt, sodass eine Hälfte unter und die andere Hälfte über diesem Mittelwert liegt. Damit wird die mittlere Einkommenssituation zur Referenzgröße. Maße relativer Einkommensarmut sagen daher vor allem etwas über die Einkommensverteilung aus. Die Benennung als „Risiko“ deutet darauf hin, dass nur die Möglichkeit einer Armutsgefährdung besteht und der Verbleib im niedrigen Einkommensbezug nur von kurzer Dauer sein oder durch andere Ressourcen ausgeglichen werden kann. Die Höhe der Quote wird zudem durch methodische Entscheidungen maßgeblich beeinflusst. Dazu gehören die Wahl der Datenquelle, die Definition des Einkommens, die Festlegung eines Gewichtungsverfahrens für Mehrpersonen-Haushalte, die Entscheidung für einen Mittelwert und für eine Armutsrisikogrenze.

Europäisch vergleichbare Daten zur Kinderarmut liegen für die Bundesrepublik Deutschland erst für den Zeitraum von 1994 bis 2005 vor (siehe Antwort zu Frage 3e). Angaben für einzelne Bundesländer sind aufgrund der Stichprobengröße der verwendeten Datenquellen nicht möglich.

- b) Wie ist der negative Einfluss von Kinderarmut auf die allgemeine Entwicklung von Kindern und Jugendlichen einzuschätzen?

In der Kindheit werden Weichen für die körperliche, emotionale und geistige Entwicklung der Menschen gestellt und damit Grundlagen für ihre späteren Teilhabe- und Verwirklichungschancen als Jugendliche und junge Erwachsene in der Gesellschaft gelegt. Die Erfahrung dauerhafter Armut, sozialer Ausgrenzung und multipler Deprivation in dieser Zeit kann daher zum prägenden Einfluss für die allgemeine Entwicklung von Kindern und Jugendlichen werden.

Frühe Förderung, gute Erziehung und Bildung sind die Grundsteine für die soziale Integration von Kindern. Es gilt insbesondere, dauerhafter Armut und der sozialen „Vererbung“ von Deprivation über mehrere Generationen vorzubeugen.

- c) Auf welchem Niveau bewegt sich die Bundesrepublik Deutschland bezüglich der Kinderarmut im internationalen Vergleich?
- d) Auf welchem Niveau bewegt sich Ostdeutschland bezüglich der Kinderarmut im Vergleich zu Westdeutschland und im internationalen Vergleich?

Die Fragen 3c und 3d werden gemeinsam beantwortet.

Nach den zuletzt verfügbaren Zahlen der amtlichen Erhebung „Leben in Europa 2006“ liegt die Armutsrisikoquote für die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2005 bei 13 Prozent. Das Risiko von Kindern, die hier in der Altersabgrenzung von 0 bis 15 Jahre analysiert wurden, liegt mit 12 Prozent geringfügig unter dem für die Gesamtbevölkerung, wobei die Quote für Kinder in den neuen Ländern mit 17 Prozent höher ist als im früheren Bundesgebiet (11 Prozent).

Damit zählt die Bundesrepublik Deutschland im EU-Vergleich zu den Staaten mit dem niedrigsten Armutsrisiko von Kindern und liegt deutlich unter dem EU25-Schnitt von 19 Prozent.

- e) Welche Aussagen lassen sich insbesondere in Bezug auf Veränderungen der Armutsquote seit 1990 in vergleichender europäischer Perspektive treffen?

Die Armutsrisikoquote von Kindern liegt in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren stabil deutlich unter dem EU-Durchschnitt (siehe Tabelle). Dabei sind allerdings die von EUROSTAT für den EU-Vergleich zur Verfügung gestellten Reihen wegen einer Umstellung der Datenbasis zum Teil unterbrochen und die Ergebnisse in ihrer Vergleichbarkeit eingeschränkt.

Armutsrisikoquote

(Grenze: 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens nach Sozialleistungen)

Kinder 0–15 Jahre	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland	18 %	15 %	15 %	13 %	13 %	13 %	14 %	–	–	–	11 %	12 %
EU15	21 %	19 %	19 %	19 %	19 %	20 %	20 %	–	19 %	20 %	18 %	18 %
EU25	–	–	–	19 %	19 %	20 %	20 %	–	19 %	20 %	19 %	19 %

Quelle: Eurostat nach ECHP und EU-SILC

Bis zum Jahr 2000 wurden von EUROSTAT Daten im Rahmen des Europäischen Haushaltspanels (ECHP) zur Verfügung gestellt. Seit 2004 nimmt die Bundesrepublik Deutschland an der europaweit harmonisierten Erhebung Leben in Europa (EU-SILC) teil, die auch zukünftig die amtliche Datenquelle über Einkommen und Lebenslagen sein wird. Für den Zeitraum 2001 bis 2003 liegen keine vergleichbaren Zahlen vor.

- f) Wie hat sich die besondere Situation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland seit 1990 entwickelt?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine eigenen Daten der amtlichen Statistik vor.

4. Wie hoch sind die Gesamtausgaben für Kinder in der Bundesrepublik Deutschland, und wie groß ist der Anteil an diesen Kosten, der durch Transferleistungen vom Staat gedeckt werden muss (bitte nach ost- und westdeutschen Bundesländern getrennt angeben)?

Konsumausgaben für Kinder variieren sehr stark je nach Haushaltseinkommen, Familientyp, Alter und der Anzahl der Kinder. Die kindbezogenen Ausgaben haben einen Anteil an den Haushaltsausgaben zwischen 20 Prozent bei Paaren mit einem Kind und 50 Prozent bei Alleinerziehenden mit zwei oder mehr Kindern (Berechnungen des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstatistik 2003 (EVS 2003); in: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik 6/2006).

Insgesamt betrugen die jährlichen direkten Aufwendungen der Familien für Kinder in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2003 somit etwa 90 Mrd. Euro. Eine Aufteilung nach ost- und westdeutschen Bundesländern liegt der Bundesregierung hierzu nicht vor.

Von dieser Summe werden durch staatliche Familienleistungen etwa 48 Mrd. Euro, also mehr als die Hälfte der privaten Kosten der Familien, kompensiert. Das Kindergeld trägt etwa zur Deckung eines Drittels der Kinderkosten bei. Hinzu kommen, je nach konkreter Situation, weitere Leistungen wie der Kinderzuschlag, Mehrbedarfszuschläge und Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende etc. sowie die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Nach Kompensation der Kinderkosten durch Familienleistungen verbleiben etwa 42 Mrd. Euro direkte Kinderkosten jährlich, die von den Familien selbst getragen werden.

Hinzu kommen rund 79 Mrd. Euro, die entweder durch staatliche Finanzierung (Schulen) oder durch Umverteilung innerhalb der Sozialversicherung (z. B. Mitversicherung von Kindern in der Gesetzlichen Krankenversicherung) für die Familien zur Verfügung stehen. Addiert man die Kosten für Kinder, die durch Familien, Staat und Parafisci getragen werden, so kommt man auf eine Summe der jährlichen Gesamtkosten von 169 Mrd. Euro. Differenzierte Zahlen für Ost- und Westdeutschland liegen auch hierzu nicht vor.

5. Hält die Bundesregierung die gegenwärtige Existenzsicherung im Rahmen des SGB II, SGB XII und AsylbLG für ausreichend, um Kinderarmut in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern?

Ja. Die Regelsätze in der Sozialhilfe sichern das soziokulturelle Existenzminimum. Die Regelsatzbemessung berücksichtigt Stand und Entwicklung von Nettoeinkommen, Verbraucherverhalten und Lebenshaltungskosten. Grundlage für die Regelsatzbemessung sind die statistisch ermittelten Verbrauchsausgaben der

untersten 20 vom Hundert der nach ihrem Nettoeinkommen geschichteten Einpersonen-Haushalte der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nach Herausnahme der Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe (§ 2 Abs. 3 Regelsatzverordnung). Den Leistungsberechtigten wird eine pauschale Geldleistung für alle zum notwendigen Bedarf gehörenden Güter zur Verfügung gestellt. Die monatliche Leistung stellt ein Budget dar, mit dem selbstständig und damit auch eigenverantwortlich gewirtschaftet werden muss. Die pauschale Geldleistung gewährt einen mit Haushalten mit niedrigem Einkommen vergleichbaren Lebensunterhalt.

Nicht volljährige Kinder erhalten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) entweder als nicht erwerbsfähige Angehörige einer Bedarfsgemeinschaft bis zur Vollendung des 15. Lebensjahrs Sozialgeld oder als erwerbsfähige Hilfebedürftige Arbeitslosengeld II. Beide Leistungen sichern das soziokulturelle Existenzminimum.

Bezüglich des Asylbewerberleistungsgesetzes wird auf die Beantwortung zu Frage 12m verwiesen.

6. Wie viele Kinder leben in der Bundesrepublik Deutschland derzeit in Armut nach gesetzlicher Lesart, d. h. auf einem Niveau unter dem gesetzlich definierten soziokulturellen Existenzminimum (bitte nach Bundesländern getrennt angeben im Verhältnis zur Gesamtzahl der Kinder)?
7. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der Kinder ein, die Anspruch auf Hilfeleistungen nach dem SGB II, SGB XII oder AsylbLG hätten, deren Familien ihren Anspruch aber nicht geltend machen (bitte nach Bundesländern getrennt angeben)?

Da die Leistungen der Sozialhilfe bzw. der Grundsicherung für Arbeitsuchende wie in der Antwort zu Frage 5 ausgeführt das soziokulturelle Existenzminimum sichern, kann es sich bei den in Frage 6 genannten Kindern nur um Kinder handeln, deren Familien Anspruch auf Hilfeleistungen nach dem SGB II, SGB XII oder AsylbLG hätten, diesen aber nicht geltend machen.

Die Fragen 6 und 7 werden deshalb gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Daten vor.

- a) Sieht die Bundesregierung ein Problem in verdeckter Kinderarmut, und was gedenkt sie gegen diese zu unternehmen?
- b) Falls es laut Bundesregierung keine verdeckte Kinderarmut gibt, welche Gründe sprechen für diese Feststellung?

Die Fragen 7a und 7b werden gemeinsam beantwortet.

Das System der sozialen Sicherung sowie die familienbezogenen Leistungen des Staates stehen jedem im Rahmen der gesetzlich geregelten Anspruchsvoraussetzungen zu. Soweit theoretisch bestehende Ansprüche auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nicht realisiert und entsprechende Anträge nicht gestellt werden, spricht man von „verdeckter Armut“. Bestehende Leistungen, die der Grundsicherung für Arbeitsuchende vorgelagert sind, können dahin wirken, dass „verdeckte Armut“ vermindert wird. So geht die Bundesregierung davon aus, dass beispielsweise mit dem Kinderzuschlag auch Familien erreicht werden, die ohne den Kinderzuschlag einen Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld II/Sozialgeld hätten, diesen aber nicht realisieren würden (vgl. hierzu im Übrigen auch die Antwort zur Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Überwindung der „Hartz IV“-Abhängigkeit von Kindern und Eltern durch den Kinderzuschlag“ Frage 1k in Bundestagsdrucksache 16/7586).

8. Hat die Bundesregierung die Absicht, alle Anspruchsberechtigten zu erreichen?
 - a) Falls ja, welche Mittel betrachtet die Bundesregierung dafür als geeignet, und welche werden bereits angewandt?
 - b) Falls nein, wie sieht die Begründung dafür aus?

Die Fragen 8, 8a und 8b werden gemeinsam beantwortet.

Ja. Auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende bei Vorliegen von Erwerbsfähigkeit und Hilfebedürftigkeit besteht ein Anspruch (§ 7 SGB II). Sie werden auf Antrag erbracht (§ 37 SGB II). Dies folgt dem Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit, der insbesondere für erwerbsfähige Hilfebedürftige anzulegen ist. Die Geltendmachung ihrer Ansprüche obliegt den Leistungsberechtigten. Auch auf Leistungen der Sozialhilfe einschließlich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung besteht bei Vorliegen der Voraussetzungen ein Anspruch. Die Leistungen der Sozialhilfe setzen ein, sobald dem Leistungsträger bekannt wird, dass die Voraussetzungen vorliegen (§ 18 SGB XII); die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden auf Antrag erbracht (§ 41 SGB XII).

Geeignete Mittel, um hilfebedürftige Personen über ihre Anspruchsberechtigung zu informieren, sieht die Bundesregierung in der öffentlichen Kommunikation sowie in der Beratung und Unterstützung durch die zuständigen Leistungsträger. Insbesondere im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende besteht ein umfassendes Informations- und Beratungsangebot. Über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung informieren auch die Träger der Rentenversicherung. Des Weiteren werden durch die Bundesregierung umfangreiche Informationsmaterialien und Broschüren wie z. B. die Broschüren „Soziale Sicherung im Überblick“, „Sozialhilfe und Grundsicherung“ sowie „Grundsicherung für Arbeitsuchende SGB II – Fragen und Antworten“ herausgegeben.

9. Davon ausgehend, dass Kinder das entscheidende Zukunftspotential einer Gesellschaft darstellen, welche speziell auf Bekämpfung von Kinderarmut zielenden Vorhaben hat die Bundesregierung?

Ausgehend von den Ausführungen zur Mehrdimensionalität von Armut und zu Armutsrisiken in den Antworten zu den Fragen 3, 3b, 11 und 16 sowie zur Strategie einer wirksamen Bekämpfung der Armutsrisiken von Familien und Kindern in den Antworten zu den Fragen 52 und 53 ist bei politischen Maßnahmen und Vorhaben zur Bekämpfung von Armutsrisiken von Kindern zwischen Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbsbeteiligung und Einkommenschancen von Eltern, Maßnahmen zur gezielten finanziellen Entlastung und Förderung von Familien sowie Maßnahmen, die direkt auf die Stärkung von Bildungs- und gesellschaftlichen Teilhabechancen der Kinder abzielen, zu unterscheiden.

„Kinderarmut“ im Sinne von relativer Einkommensarmut ist eine Frage der Eltern- bzw. Familieneinkommen. Wer die Lebenssituation von Kindern nachhaltig verbessern will, muss in erster Linie den Eltern helfen, für sich und ihre Kinder den Lebensunterhalt sicherstellen zu können. Oberste Priorität muss deshalb die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine Politik für Wachstum und Beschäftigung, wie sie die Bundesregierung angesichts des anhaltenden Beschäftigungsaufbaus erfolgreich betreibt, sein. Die Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode eine Reihe von Instrumenten einer nachhaltigen Familienpolitik zur Reduzierung von Einkommensarmut der Familien beschlossen bzw. auf den Weg gebracht:

Eine zentrale Stellung nimmt dabei der Ausbau der Betreuungsangebote für Kleinkinder ein, da Kinderbetreuung nicht nur Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie und damit die Erwerbschancen insbesondere für Alleinerziehende verbessert, sondern auch die frühe Förderung und Bildung von Kindern stärkt und damit den Kindern auch direkt zugute kommt.

Mit der Verabschiedung des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes im Oktober 2007 wurde die Grundlage für einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren geschaffen. Der Bund hat ein Sondervermögen von 2,15 Mrd. Euro für Investitionen in Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren errichtet und im Bundeshaushalt 2008 eine vorläufige Rechtsgrundlage für die Gewährung von Finanzhilfen durch das Sondervermögen geschaffen. Seit dem 1. Januar 2008 stehen damit die erforderlichen Mittel zur Förderung von Investitionen in Einrichtungen und in Kindertagespflege, die ab dem 26. Oktober 2007 begonnen wurden, bereit. Das Kinderförderungsgesetz, welches sich derzeit noch in der parlamentarischen Beratung befindet, enthält neben den Änderungen des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) auch die notwendigen Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes im Hinblick auf die Neuverteilung der Umsatzsteuer zugunsten der Länder als Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten der Kindertagesbetreuung sowie die endgültige materiell rechtliche Grundlage für die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Beteiligung des Bundes an den investiven Kosten während der Ausbauphase gemäß Artikel 104b des Grundgesetzes (GG). Dazu wird begleitend ein Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot für alle Kinder vom vollendeten 1. bis zum vollendeten 3. Lebensjahr mit Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014 gesetzlich verankert, um zu gewährleisten, dass die bereit gestellten Mittel auch tatsächlich für den Betreuungsausbau verwendet werden. Bund, Länder und Kommunen haben sich darauf verständigt, über das für 2010 angestrebte Maß (20 Prozent Versorgungsgrad) hinaus, bis zum Jahr 2013 für bundesdurchschnittlich 35 Prozent der Kinder unter 3 Jahren Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege zu schaffen. Ab 2013 soll außerdem für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung (beispielsweise ein Betreuungsgeld) eingeführt werden.

Der Ausbau der Betreuungsangebote wird flankiert durch gezielte finanzielle Unterstützung für Familien. Seit 2006 gilt nach einer Änderung durch das Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung eine gegenüber der früheren Rechtslage deutlich ausgebaut Möglichkeit zur steuerlichen Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten, die insbesondere erwerbstätige Eltern bei den zwangsläufigen Betreuungskosten entlastet. Für Kinder unter 14 Jahren können jeweils zwei Drittel der anfallenden Betreuungskosten bis maximal 4 000 Euro im Jahr wie Werbungskosten oder Betriebsausgaben bzw. als Sonderausgaben steuerlich berücksichtigt werden.

Zum 1. Januar 2007 wurde das bisherige Erziehungsgeld durch das Elterngeld ersetzt. Das Elterngeld stabilisiert die wirtschaftliche Situation von Familien im ersten Jahr nach der Geburt eines Kindes und gibt Eltern eine Wahlmöglichkeit bei der Balance von Familie und Erwerbsarbeit. Bei einer Rückkehr in den Beruf im Anschluss an die Elternzeit werden Armutsrisiken wirksam reduziert. Kern des Elterngeldes ist ein Einkommensersatz in Höhe von 67 Prozent des vorangegangenen Nettoerwerbseinkommens. Für Geringverdiener mit einem Nettoeinkommen von weniger als 1 000 Euro wird die Ersatzrate auf bis zu 100 Prozent angehoben, um eine ausreichende finanzielle Absicherung der Familien zu gewährleisten.

Mit der Entfristung des Kinderzuschlags wurde zum 1. Januar 2008 die bisherige Beschränkung der Förderhöchstdauer des Kinderzuschlags auf drei Jahre aufgehoben. Darüber hinaus hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur

Weiterentwicklung des Kinderzuschlags am 8. April 2008 im Kabinett verabschiedet. Dieser sieht eine deutliche Ausweitung des Berechtigtenkreises sowie eine Verminderung der Transferentzugsrate vor. Die bisher individuell zu bestimmende Mindesteinkommensgrenze einer Familie wird durch einheitliche Beträge für Alleinerziehende (600 Euro) und Paare (900 Euro) ersetzt. Der Kinderzuschlag wird in voller Höhe gewährt, bis die Eltern ihren eigenen Bedarf einschließlich ihrer anteiligen Wohnkosten selbst decken können. Oberhalb dieser Schwelle wird das zu berücksichtigende Erwerbseinkommen künftig nur noch zu 50 Prozent (statt bisher zu 70 Prozent) angerechnet. Außerdem sind Verbesserungen im Wohngeld vorgesehen, die auch Familien zugute kommen. Mit den geplanten Reformen werden im Zusammenwirken mit der vom Deutschen Bundestag am 25. April 2008 beschlossenen deutlichen Verbesserung der Wohngeldleistungen (Bundestagsdrucksache 16/8918) ab dem 1. Januar 2009 erheblich mehr Familien, vor allem kinderreiche Familien, spürbar entlastet. Ab 2009 werden durch den erweiterten Kinderzuschlag und das verbesserte Wohngeld 106 000 Familien und damit 250 000 Kinder erreicht (bisher 100 000 Kinder). Die Nettomehrausgaben des Bundes im Zusammenhang mit der Ausweitung des Kinderzuschlags betragen ab dem Jahr 2009 200 Mio. Euro pro Jahr. Die Verbesserungen beim Wohngeld, von denen ein erheblicher Teil auch Familien zugute kommen, betragen 520 Mio. Euro pro Jahr ab 2009. Beim Kinderzuschlag zeigt sich, wie Arbeitsförderung, Kinderbetreuungsangebote und familienbezogene Transferleistungen ineinander greifen und miteinander Erwerbs- und Einkommenschancen unterstützen. Dazu trägt auch die seit 2006 deutlich verbesserte steuerliche Absetzbarkeit erwerbsbedingter Kinderbetreuungskosten bei.

Im Herbst 2008 wird die Bundesregierung ihren Siebten Bericht über die Höhe des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern vorlegen. Die Ergebnisse sind maßgeblich für die Höhe des steuerlichen Grundfreibetrags und der steuerlichen Berücksichtigung von Kindern. In diesem Zusammenhang hat der Deutsche Bundestag bereits 1995 den Beschluss gefasst, dass bei einer höheren steuerlichen Förderung von Kindern auch das Kindergeld „entsprechend“ anzupassen sei. Die Koalition ist sich einig, dass zum 1. Januar 2009 Familien mit Kindern mehr Geld erhalten sollen. Der Bund wird hierzu im Bundeshaushalt entsprechende Vorsorge treffen. Über die Größenordnung und die konkrete Art der Entlastung der Familien mit Kindern ist noch zu beraten. Dabei sollen die Erkenntnisse über armutsreduzierende Wirkungen berücksichtigt werden.

Um die Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern zu verhindern, fördert die Bundesregierung seit 2007 Modellprojekte im Rahmen eines auf fünf Jahre angelegten und mit 10 Mio. Euro ausgestatteten Aktionsprogramms. Hier werden frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme zum Schutz von Kleinkindern, zur Früherkennung von Risiken und Gefährdungen und zur Implementierung effektiver Hilfesysteme entwickelt und erprobt. Das vom Bund eingerichtete Nationale Zentrum Frühe Hilfen bündelt die Erfahrungen und unterstützt Länder und Kommunen bei der Implementierung effektiver Hilfesysteme in die Regelpraxis. Kern des Programms ist die fortlaufende Bestandsaufnahme und Evaluation bestehender Ansätze und Projekte sowie der Erfahrungsaustausch mit den Ländern und Kommunen. Hieran wird deutlich, wie die Bekämpfung von Begleiterscheinungen und Ausprägungen von Kinderarmut als gemeinsame Aufgabe aller Politikebenen begriffen wird.

In den Konferenzen am 19. Dezember 2007 und am 12. Juni 2008 haben die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, und die Ministerpräsidenten der Länder auf konkrete, eng terminierte Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung des Kinderschutzes in der Bundesrepublik Deutschland verständigt und ein Paket mit konkreten Maßnahmen für einen aktiven Kinderschutz beschlossen: Viele Länder haben bereits gesetzliche Regelungen auf den Weg gebracht, um die

Teilnahmequoten an den Früherkennungsuntersuchungen zu erhöhen. Darüber hinaus sollen die Krankenkassen durch eine Ergänzung des § 26 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) verpflichtet werden, gemeinsam mit den Ländern durch den Abschluss von Rahmenvereinbarungen auf eine Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen hinzuwirken. Ab dem 1. Juli 2008 wird die große Lücke zwischen der U7 und der U8 durch eine neue U7a im dritten Lebensjahr geschlossen. Darüber hinaus ist in die Kinderrichtlinie aufgenommen worden, dass der untersuchende Arzt bei erkennbaren Zeichen einer Kindesvernachlässigung oder -misshandlung die notwendigen Schritte einzuleiten hat. Um Unsicherheiten im Umgang mit Datenschutz zu begegnen und die Rechtssicherheit von Ärzten und anderen Berufsgeheimnisträgern zu erhöhen, soll bundeseinheitlich eine entsprechende Befugnisnorm geschaffen werden. Bei Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung muss sich das Jugendamt in Zukunft einen persönlichen Eindruck von Kind und Eltern und der Situation vor Ort verschaffen. Um die Familiengerichte zu stärken, hat der Deutsche Bundestag bereits ein Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls beschlossen.

Des Weiteren hat das Bundeskabinett im Januar 2008 eine „Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung – Aufstieg durch Bildung“ beschlossen und dem Deutschen Bundestag zugeleitet (Bundestagsdrucksache 16/7750). Mit Unterstützung von Ländern und Kommunen sollen durch gezielte Maßnahmen insbesondere die Bildungschancen von Kindern und jungen Menschen gefördert werden, um für sie bessere Zukunftsperspektiven zu schaffen und möglicher Armut entgegenzuwirken.

Das Bundeskabinett hat vor diesem Hintergrund am 27. Mai 2008 die Strategie der Bundesregierung zur Förderung der Kindergesundheit beschlossen, die mit einem ressortübergreifenden Maßnahmenkatalog darauf abzielt, die gesundheitliche Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen zu fördern, die Voraussetzungen für einen gesunden Lebensstil zu verbessern und ihn in den Alltag der Kinder zu integrieren und gesundheitliche Risiken im Kindes- und Jugendalter zu senken.

- a) Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung gezielt die Kinderarmut in Ostdeutschland bekämpfen?

Es bestehen keine ausschließlich auf Familien oder Kinder in den neuen bzw. alten Bundesländern zugeschnittenen Leistungsgesetze oder Förderprogramme.

Die Aktivitäten des Bundes richten sich gleichermaßen an alle jungen Menschen im Bundesgebiet, die zu ihrer Persönlichkeitsentwicklung besondere Unterstützung brauchen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 9 verwiesen.

Das ESF-Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) unterstützt die Anstrengungen von bundesweit ausgewählten Kommunen und Landkreisen, die Lebensbedingungen in Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf zu verbessern. In Ostdeutschland wurden im Förderjahr 2006/2007 567 Mikroprojekte in 56 Fördergebieten umgesetzt. Aufgrund des ESF-Hintergrundes von LOS können keine Projekte direkt für Kinder durchgeführt werden. Allerdings werden durch LOS insbesondere Frauen sozial integriert und beruflich qualifiziert. Insgesamt waren von den 10 166 Teilnehmer und Teilnehmerinnen in Ostdeutschland 5 612 weiblich. Von diesen Projekten profitieren auch die Kinder. Als weitere Zielgruppe von LOS sind Jugendliche im Alter von 14 Jahren bis 25 Jahren zu nennen, von denen in Ostdeutschland 4 957 als Teilnehmer und Teilnehmerinnen erreicht werden konnten. Diese Projekte sind häufig am Übergang Schule – Beruf angesiedelt, verfolgen aber aufgrund des niedrigschwelligen Ansatzes immer auch eine soziale Integration und helfen problematische Lebenssituationen zu entschärfen. Insbesondere an Schulen können ungleiche Lebensbedin-

gungen ausgeglichen werden. Aus diesem Grund wurde durch LOS im Förderjahr 2007/2008 die Möglichkeit geschaffen, zusätzlich an jeweils einer Schule pro Fördergebiet ein Mikroprojekt durchzuführen.

LOS soll in der ESF-Förderperiode 2007 bis 2013 in Ostdeutschland erheblich verstärkt werden. Neben den bisher schon geförderten Stadtteilen werden zusätzlich alle ostdeutschen Landkreise antragsberechtigt sein.

- b) Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung gezielt die Kinderarmut in Familien mit Migrationshintergrund bekämpfen?

Auch für die Kinderarmut in Familien mit Migrationshintergrund gilt, dass die Maßnahmen des Bundes zur Vermeidung von Kinderarmut sich an Familien richten, die einen besonderen Unterstützungsbedarf haben. Dabei liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten darauf, die Bildungsbeteiligung und damit auch die Erwerbschancen in Familien mit Migrationshintergrund zu verbessern. Integration gelingt dort am besten, wo Menschen mit Migrationshintergrund aktiv im Erwerbsleben stehen und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Frühe Bildung spielt in diesem Kontext eine wesentliche Rolle.

Grundlage und gemeinsame Basis der Integrationspolitik ist der im Sommer 2007 veröffentlichte Nationale Integrationsplan, in dem sich Bund, Länder, Kommunen und gesellschaftliche Akteure verpflichtet haben, geeignete Maßnahmen für eine bessere Integration zu ergreifen und umzusetzen. Integration in Gesellschaft, Bildung, Ausbildung und Erwerbsleben ist der Schlüssel zur Prävention von Armutsrisiken bei Familien mit Migrationshintergrund.

Die Bundesregierung stellt 2008 zur Umsetzung der über 400 Selbstverpflichtungen, die im Rahmen des Nationalen Integrationsplans abgegeben wurden, rund 750 Mio. Euro für Maßnahmen mit primärer Zweckbestimmung Integrationsförderung zur Verfügung. Daneben werden auf Bundesebene auch eine große Zahl mittelbar integrationsfördernder Maßnahmen finanziert. Insbesondere die allgemeinen Förderprogramme in der Familien-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik kommen gerade auch Menschen aus Zuwandererfamilien zugute. Ende 2008 wird die Bundesregierung eine Zwischenbilanz zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans ziehen.

Im Übrigen wird auf das Kapitel „IX. Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund“ im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung „Lebenslagen in Deutschland“ verwiesen, der zurzeit zwischen den Ressorts abgestimmt und zeitnah im Kabinett beschlossen werden soll.

10. Betrachtet die Bundesregierung Kinder in diesem Zusammenhang als eigenständige Bevölkerungsgruppe?

Kinder werden von der Bundesregierung als eigenständige Bevölkerungsgruppe wahrgenommen. Dies kommt nicht zuletzt im Nationalen Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010“ zum Ausdruck.

Die amtliche Statistik weist Kinder meist als minderjährige Haushaltszugehörige aus.

Für die Betrachtung von Kindern als eigenständige Bevölkerungsgruppe ist das Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) „Kinder- und Jugendhilfe“ maßgeblich. Im Sinne des Gesetzes ist Kind, wer noch nicht 14 Jahre alt ist, und Jugendlicher, wer 14, aber noch nicht 18 Jahre alt ist.

- a) Falls ja, wie soll dieser Tatsache im Sinne konkreter politischer Vorhaben Rechnung getragen werden?
- b) Falls nein, warum werden Kinder nicht als eigenständige Bevölkerungsgruppe behandelt, und wie kann dann sichergestellt werden, dass die Belange von Kindern in der allgemeinen Existenzsicherungsdebatte nicht zu kurz kommen?

Zur Beantwortung der Fragen 10a und 10b wird auf die Antworten zu den Fragen 1 und 9 verwiesen.

11. In welchen Lebensbereichen sieht die Bundesregierung die Entwicklung von Kindern besonders gefährdet, wenn diese in Armut leben müssen (bitte ausführlich begründen)?

Es bestehen unverkennbar Zusammenhänge zwischen einer dauerhaften und intensiven Armutserfahrung und deren Auswirkung auf die sozialen und kulturellen Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Kindern. Materielle Armut wirkt sich aus auf Bildungs- und Erwerbschancen, auf Gesundheit und Wohnen, auf familiäre Beziehungen und soziale Netzwerke sowie politische Partizipation und gesellschaftliches Engagement. Zur ausführlichen Begründung wird auf die übrigen Antworten verwiesen.

12. Wie leitet die Bundesregierung die Festsetzung des Regelsatzes für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres mit 60 Prozent des Eckregelsatzes im Rahmen des SGB II her?
- a) Welche substantielle Begründung gibt es für die Festlegung, dass Kinder einen Betrag in der Höhe von 60 Prozent des Regelsatzes für Erwachsene benötigen?
 - i) Wie begründet die Bundesregierung die Festlegung der Altersgrenzen bezüglich der Regelsätze für Kinder (60 Prozent für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres, 80 Prozent für Kinder ab 14 Jahre)?

Die Fragen 12, 12a und 12i werden gemeinsam beantwortet.

Die Höhe der Regelsätze/des Sozialgeldes für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres mit 60 Prozent des Eckregelsatzes im Vergleich zu 80 Prozent für Kinder ab 14 Jahre orientiert sich an einer wissenschaftlichen Untersuchung des Statistischen Bundesamtes (Ausgaben für Kinder in Deutschland – Berechnungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, 12/2002 S. 1080 ff.), wonach ältere Kinder etwa ein Drittel höhere Kosten als jüngere Kinder verursachen.

Im Übrigen berücksichtigt die abgestufte Höhe des Regelsatzes/des Sozialgeldes für Kinder, dass es in Mehrpersonenhaushalten – bezogen auf den Ein-Personen-Haushalt – zu Einsparungen kommt. Unter anderem fallen die Generalkosten eines Haushalts nur einmal an. Das sind Kosten, die nicht personen-gebunden sind, sondern für den Gesamthaushalt anfallen (z. B. Stromkosten, Telefongrundgebühr, Zeitungen und Zeitschriften, Ausstattung der Wohnung mit haushaltstechnischen Geräten etc.).

- b) Wie hat sich dieser Prozentsatz des Regelsatzes für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres seit den 1960er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt?

Die Entwicklung des Prozentsatzes der Regelsätze für Kinder seit Bestehen des Bundessozialhilfegesetzes 1962 ergibt sich aus nachfolgender Aufstellung:

Alter	Prozentsatz des Regelsatzes eines Haushaltsvorstandes
Inkrafttreten der Regelsatzverordnung zum BSHG mit Wirkung zum 1. Juni 1962	
Kinder bis 6 Jahre:	45 % bis 50 %
Kinder von 7 bis 13 Jahren:	70 % bis 75 %
Änderung der Regelsatzverordnung mit Wirkung zum 1. Juni 1971	
Kinder bis unter 7 Jahre:	45 %
Kinder von 7 bis unter 11 Jahren:	65 %
Kinder von 11 bis unter 15 Jahren:	75 %
Änderung der Regelsatzverordnung mit Wirkung zum 1. Juli 1990	
Kinder bis unter 7 Jahre:	50 %, bei allein Erziehenden 55 %
Kinder von 7 bis unter 14 Jahren:	65 %
Änderung der Regelsatzverordnung mit Inkrafttreten des SGB XII zum 1. Januar 2005¹	
Kinder bis unter 14 Jahre:	60 %

¹ Mit Inkrafttreten des SGB XII sind die meisten der bisherigen einmaligen Leistungen des BSHG pauschal im Regelsatz enthalten, der – bis auf wenige und definierte Bedarfe in Sonderfällen – pauschal den gesamten Bedarf für den notwendigen Lebensunterhalt abdeckt.

- c) Geht die Bundesregierung davon aus, dass sich der Bedarf eines Kindes weder im qualitativen noch im monetären Sinne seit 2003 geändert hat, da der von ihr errechnete Bedarf auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 berechnet wurde?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, warum nicht?

Die aktuelle EVS spiegelt die Verbrauchsausgaben im Erhebungsjahr, d. h. im Jahr 2003, wider, insofern können nur die zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten berücksichtigt werden. Gegebenenfalls zwischenzeitlich eintretende Veränderungen fließen in die EVS 2008 ein. Sobald deren Ergebnisse vorliegen, ist die Regelsatzbemessung zu überprüfen und gegebenenfalls weiter zu entwickeln.

- d) Sieht die Bundesregierung im Bereich frühkindlicher Bildung seit 1998 einen gesteigerten Bedarf für Kinder (beispielsweise für Lernmaterialien, Schulbücher, Computer etc.)?

Die derzeitige Regelsatzbemessung basiert auf den Ergebnissen der EVS 2003. Dadurch sind Änderungen im Verbraucherverhalten seit 1998 berücksichtigt. Die EVS wird alle fünf Jahre erhoben. Derzeit läuft die aktuelle Erhebung 2008. Die Bundesregierung wird im Rahmen der Auswertung der EVS 2008 auch die Kinderregelsätze überprüfen.

- e) Gibt es nach Ansicht der Bundesregierung Argumente dafür, die Regelsätze für Kinder auf der Grundlage von Untersuchungen zu berechnen, welche die spezifischen Verbrauchsausgaben für Kinder berücksichtigen, so dass der Regelsatz für Kinder nicht einfach von dem für Erwachsene abgeleitet wird?

Welche wären dies?

Ein spezieller Kinderregelsatz wurde nicht gewählt, weil es mit dem Statistikmodell nicht im Einklang steht, bestimmte Personengruppen mit einem besonderen Verbrauchsverhalten zu berücksichtigen. Den Leistungsberechtigten wird vielmehr eine pauschale Geldleistung für alle zum notwendigen Bedarf gehörenden Güter zur Verfügung gestellt, also auch für Güter, für die Leistungen im Einzelfall möglicherweise tatsächlich gar nicht in Anspruch genommen werden, z. B. bei Kindern für Alkohol und Tabakwaren. Ein höherer Bedarf für einzelne Güter wird daher durch einen geringeren Bedarf an anderen Gütern kompensiert. Darüber hinaus wurde auch deshalb von der Ermittlung eines speziellen Kinderregelsatzes abgesehen, weil Überprüfungen gezeigt haben, dass nur ein Teil der Ausgaben direkt dem Kind zugeordnet werden kann. Bei dem überwiegenden Teil der Verbrauchsausgaben ist eine exakte Verteilung auf Erwachsene und Kinder nur durch normative Festlegungen möglich.

- f) Wie steht die Bundesregierung angesichts dessen, dass die momentane Berechnung des Regelsatzes auf der EVS basiert und hierbei die unteren 20 Prozent der Verbrauchergruppen betrachtet werden, zu der Tatsache, dass die im Speziellen herangezogenen Verbrauchsausgaben der Ein-Personen-Haushalte eine Konzentration von Rentnerinnen- und Rentnerhaushalten aufweisen, die tendenziell niedrigere Verbrauchsausgaben haben, besonders bei für Kinder relevanten Ausgabeposten?
- l) Wie setzt sich die relevante Regelsatzbemessungsgruppe in ihrer Altersstruktur zusammen, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung bezüglich der für diese Gruppe anfallenden Kosten für Schulmaterial?

Die Fragen 12f und 12l werden gemeinsam beantwortet.

Die Regelsatzbemessung auf Basis der EVS erfolgt für den Eckregelsatz, also den Regelsatz für den Haushaltsvorstand. Daher ist es sachgerecht, der Bemessung des Eckregelsatzes die regelsatzrelevanten Verbrauchsausgaben von Ein-Personen-Haushalten im unteren Einkommensbereich zugrunde zu legen. Hierbei handelte es sich in der EVS 2003 zu rund 20 Prozent um Personen bis 24 Jahren, zu 48 Prozent um Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren und zu rund 32 Prozent um Personen ab 65 Jahren. Insofern weisen die für die Regelsatzbemessung herangezogenen Verbrauchsausgaben keine Konzentration von Rentnerinnen- und Rentnerhaushalten auf. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 12e verwiesen.

- g) Kann auf diese Weise der benötigte Bedarf eines Arbeitlosen oder der von Kindern korrekt abgebildet werden?

Ja, es wird auf die Antworten zu Frage 5 und zu den Fragen 12f und 12l verwiesen.

- h) Wie beurteilt die Bundesregierung das Warenkorbmodell als eine mögliche Alternative zum beschriebenen Statistikmodell, um die Bedarfe korrekt und realitätsnah zu ermitteln?

Zwischen 1955 und 1989 wurde der Regelbedarf an Fürsorgeleistungen und ab 1962 der Regelsatz der Sozialhilfe nach einem Bedarfsmengenschema bzw. „Warenkorb“ bestimmt. Experten ermittelten den Mindestbedarf, indem sie die

einzelnen lebensnotwendigen Güter auswählten und preislich bewerteten. Dieses normative Verfahren der Auswahl der Güter und der Festlegung der dazugehörigen Verbrauchsmengen sowie deren preisliche Bewertung waren zentrale Kritikpunkte am Warenkorbmodell. Eine notwendige Weiterentwicklung wurde erforderlich. Im Jahr 1989 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz die Einführung des Statistik-Modells, das abweichend zum Warenkorbmodell auf Basis einer repräsentativen amtlichen Erhebung (EVS) die tatsächlich ermittelten Verbrauchsausgaben im unteren Einkommensbereich für die Regelsatzbemessung zugrunde legt. Mit der Verankerung des Statistikmodells hat der Gesetzgeber sich letztlich für eine Pauschalierung entschieden und den Sozialhilfeempfängern ein monatliches Budget zur Verfügung gestellt, über dessen Verwendung sie nach ihren eigenen Bedürfnissen und eigenverantwortlich entscheiden können.

- j) Womit lässt sich sachlich begründen, dass keine Differenzierung nach Altersklassen für Kinder unter 14 Jahren vorgenommen wird, zumal die Untersuchung des statistischen Bundesamtes, welche als Basis für die aktuelle Altersklassifizierung herangezogen wurde, eine Gliederung nach drei Altersklassen vornimmt und auch zu unterschiedlichen Ausgaben für diese Altersklassen kommt (0 bis 6 Jahre, 6 bis 12 Jahre, 12 bis 18 Jahre)?

Der Gesetzgeber hat sich bei der Entscheidung für die zwei Altersklassen an anerkannten international wissenschaftlichen Verfahren orientiert, wie z. B. der modifizierten OECD-Skala, die ebenfalls eine Altersklassifizierung für Personen unter 14 Jahren und Personen ab 14 Jahren vorsieht.

- k) Kann tatsächlich davon ausgegangen werden, dass bei der Regelsatzbemessung (EVS, untere 20 Prozent der Verbrauchergruppen) Schulkosten enthalten sein können?

Ja. Die regelsatzrelevante Abteilung 09 (Freizeit, Unterhaltung und Kultur) enthält u. a. Ausgaben für Bücher, incl. Schulbücher, Gebrauchsgüter für Bildung, Schreibwaren und Zeichenmaterial.

- m) Geht die Bundesregierung davon aus, dass sich der Bedarf eines Kindes, das Leistungen nach dem AsylbLG erhält, weder im qualitativen noch im monetären Sinne seit 1993 geändert hat, da die gesetzlich festgelegten Bedarfssätze seitdem unverändert geblieben sind?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, warum nicht?

Entsprechend der Grundkonzeption des AsylbLG erfolgt die Leistungsgewährung in Form von Sachleistungen. Durch die Gewährung der erforderlichen Sachleistungen haben Preissteigerungen in diesem Bereich nicht die Auswirkungen auf die Deckung des notwendigen Bedarfs.

13. Wie hat sich seit dem 1. Januar 2005 die Antrags- und Bewilligungspraxis des Instrumentes „Kinderzuschlag“ entwickelt (bitte nach Bundesländern getrennt angeben und den Anteil betroffener nichtdeutscher Kinder kenntlich machen)?

Die Antrags- und Bewilligungszahlen für den Bund haben sich wie folgt entwickelt:

	Anträge	Erledigte Anträge	Bewilligungen ¹	Bewilligungsquote ²
2005	570 730	504 197	52 755	10 %
2006	208 814	241 976	38 009	16 %
2007	164 056	176 030	30 254	17 %

¹ Die Bewilligungszahlen beziehen sich auf die Entscheidungen der Verwaltung; in 2007 wurde für 30 254 Berechtigte ein Antrag auf Kinderzuschlag bewilligt; es kommt dabei nicht darauf an, für welchen Zeitraum die Bewilligung erfolgt. Dies ist somit nicht zu verwechseln mit der durchschnittlichen Zahl der Berechtigten im Jahr, die basierend auf einer Schätzung in 2007 pro Monat bei 36 000 Haushalten liegt.

² Bewilligungen im Verhältnis zu erledigten Anträgen

Eine Aufschlüsselung nach einzelnen Bundesländern ist vielfach nicht möglich, da der Kinderzuschlag von Regionaldirektionen der Bundesagentur vollzogen wird, die teilweise für mehrere Bundesländer (vgl. die Aufstellung in der nachfolgenden Tabelle) zuständig sind.

Im Jahr 2007 ergaben sich nach Regionen folgende Antrags- und Bewilligungszahlen:

	Anträge	Erledigte Anträge	Bewilligungen ¹	Bewilligungsquote ²
Bund	164 056	176 030	30 254	17 %
Schleswig-Holstein	12 624	15 017	1 994	13 %
Hamburg				
Mecklenburg-Vorpommern				
Niedersachsen	18 234	19 598	3 193	16 %
Bremen				
Nordrhein-Westfalen	41 598	45 126	9 791	22 %
Hessen	11 903	12 926	2 234	17 %
Rheinland-Pfalz	9 042	9 313	1 331	14 %
Baden-Württemberg	21 351	21 764	3 364	15 %
Bayern	20 175	20 128	4 365	22 %
Berlin	9 749	10 538	1 376	13 %
Brandenburg				
Sachsen-Anhalt	10 621	12 212	1 328	11 %
Thüringen				
Sachsen	8 759	9 430	1 280	14 %

¹ Die Bewilligungszahlen beziehen sich auf die Entscheidungen der Verwaltung; in 2007 wurde für 30 254 Berechtigte ein Antrag auf Kinderzuschlag bewilligt; es kommt dabei nicht darauf an, für welchen Zeitraum die Bewilligung erfolgt. Dies ist somit nicht zu verwechseln mit der durchschnittlichen Zahl der Berechtigten im Jahr, die basierend auf einer Schätzung in 2007 pro Monat bei 36 000 Haushalten liegt.

² Bewilligungen im Verhältnis zu erledigten Anträgen

Der Anteil der Berechtigten nicht-deutscher Nationalität betrug im Jahr 2007 29 Prozent.

- a) Welche der von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Kinderzuschlags sind inzwischen durchgeführt worden?

Zu welchen Erkenntnissen gelangt die Bundesregierung hinsichtlich der Auswirkungen dieser Maßnahmen?

Welche Aussagen kann die Bundesregierung zur Effizienz und Zielgenauigkeit des Instrumentes „Kinderzuschlag“ inzwischen treffen?

Der Kinderzuschlag wird Eltern gewährt, die zwar ihren eigenen Bedarf durch Erwerbseinkommen bestreiten können, aber nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um den Bedarf ihrer Kinder zu decken. Der Kinderzuschlag ermöglicht ihnen, unabhängig vom Arbeitslosengeld II den Bedarf der Familie zu decken.

Am 1. Januar 2008 ist die Entfristung des Kinderzuschlags in Kraft getreten. Damit ist der Kinderzuschlag, uneingeschränkt auch nach drei Jahren gültig; auch der mit dem Kinderzuschlag verbundene Anreiz, Einkommen in Höhe des eigenen Bedarfs zu erzielen, gilt fort. Mit der Entfristung wurde eine dauerhafte Unterstützung der Familien im Niedriglohnsektor ermöglicht. Hierdurch werden etwa ein Drittel der Berechtigten, die wegen Überschreitens der Höchstbezugsdauer den Anspruch verloren hätten, weiterhin gefördert.

Weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Effizienz und Zielgenauigkeit des Kinderzuschlags sind im Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) zur Weiterentwicklung des Kinderzuschlags formuliert, den die Bundesregierung am 8. April 2008 beschlossen hat. (siehe auch Frage 9).

b) Konnte wirksam Kinderarmut vermieden werden (bitte begründen)?

Der Kinderzuschlag leistet einen bedeutenden Beitrag, Armutsrisiken für Familien mit Kindern zu vermeiden. Er kommt 100 000 Kindern in 36 000 Haushalten zugute. Die Gesamtausgaben dafür lagen im Jahr 2007 bei rd. 109 Mio. Euro. Der Kinderzuschlag stärkt insbesondere die Einkommenssituation von Mehrkindfamilien: Die durchschnittliche Kinderzahl je Empfänger betrug im 2007 rund 2,8.

Durch den Kinderzuschlag verbessert sich die Einkommenssituation der Berechtigten in der Regel deutlich. Die Höhe der Verbesserung ist in starkem Maße von der Anzahl der Kinder abhängig. Etwa zwei Drittel der Kinderzuschlag-Beziehenden, die den Kinderzuschlag laufend erhalten, erhalten einen Kinderzuschlag zwischen 71 Euro und 280 Euro. Schätzungen des Fraunhofer-Instituts für Angewandte Informationstechnik zum durchschnittlichen Zahlbetrag im Jahr 2007 belaufen sich auf 252 Euro je Familie und 91 Euro pro Kind im Monat.

c) In welchem Maße konnte die Kinderarmut in Ein-Elternteil-Familien durch den Kinderzuschlag bekämpft werden?

In Ein-Eltern-Familien greift der Kinderzuschlag strukturell seltener als in Paar-Familien. Hintergrund ist, dass der Kinderzuschlag Eltern erreichen soll, die mit den Kindern in einer Bedarfsgemeinschaft leben und ihren eigenen Bedarf selbst decken können. Sie sollen nicht nur wegen ihrer Kinder auf Arbeitslosengeld II angewiesen sein.

Soweit das Kind selbst Einkommen bezieht, wird dieses auf den Kinderzuschlag angerechnet. In Ein-Eltern-Familien beziehen Kinder Unterhalt von dem anderen Elternteil, wenn dieser leistungsfähig ist. Diese Kinder sind in Höhe des Unterhalts bereits abgesichert, so dass nach dem Zweck des Kinderzuschlags eine zusätzliche Förderung insoweit nicht angezeigt ist. Das Gleiche gilt, wenn und solange das Kind Unterhaltsvorschuss nach dem Unterhaltsvorschussgesetz erhält. Erst wenn der befristet gewährte Unterhaltsvorschuss oder der Unterhalt des anderen Elternteils nicht zur Verfügung stehen, greift der Kinderzuschlag.

- d) Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass bislang nur sehr wenige der bundesweit gestellten Anträge auf Kinderzuschlag bewilligt wurden, und welche konkreten Pläne hat die Bundesregierung für Veränderungen dieses Instrumentes unter Berücksichtigung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorgaben?

Die Antwort zu Frage 13 zeigt, dass sich die Bewilligungsquote für den Kinderzuschlag im Zeitablauf bereits erhöht hat. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 9 verwiesen.

14. Wie sehen die Pläne der Bundesregierung hinsichtlich einer Beitragsfreiheit der Kinderbetreuung konkret aus?

CDU/CSU und SPD haben sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, gemeinsam mit den nach geltendem Recht (§ 90 Abs. 1 SGB VIII) zuständigen Ländern, die nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes zusammen mit den Kommunen die Kosten zu tragen haben, nach Wegen zu suchen, die in einigen Ländern bereits umgesetzte bzw. vorgesehene Gebührenbefreiung der Eltern im letzten Kindergartenjahr bundesweit zu realisieren.

Angesichts des nach wie vor bestehenden Mangels an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren insbesondere im Westen hat allerdings der quantitative und qualitätsorientierte Ausbau der Betreuung für Kinder dieser Altersgruppe höchste Priorität und Vorrang vor Gebührenfreiheit.

- a) Wie soll der generelle Rechtsanspruch des Kindes auf Ganztagsbetreuung ausgestaltet werden?

Ein genereller Rechtsanspruch des Kindes auf Ganztagsbetreuung ist nicht vorgesehen.

- b) Wie viele Betreuungsplätze sind nach Ansicht der Bundesregierung notwendig, um ein flächendeckendes bzw. bedarfsgerechtes Angebot zu gewährleisten, das von einem Betreuungsschlüssel nicht über 1 zu 5 ausgeht?

Die Bundesregierung fasst die Frage so auf, dass sie sich auf die Anzahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren bezieht. Wir wissen aus empirischen Erhebungen und aus dem europäischen Vergleich, dass für ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot Betreuungsplätze für durchschnittlich 35 Prozent der unter Dreijährigen notwendig sind. Nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung müssen hierfür im Jahr 2013 rund 750 000 Betreuungsplätze in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege zur Verfügung stehen. Diese Zahl der Betreuungsplätze ist unabhängig vom Betreuungsschlüssel

- c) Wie soll der Ausbau der Betreuungsplätze konkret vollzogen werden, und wie kann die Finanzierung trotz der durch die Föderalismusreform errichteten Hürden sichergestellt werden?

Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände haben sich am 2. April 2007 darauf verständigt, bis zum Jahr 2013 schrittweise ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für bundesweit durchschnittlich 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren aufzubauen. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter gemeinsamer Leitung von Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen und Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück hat die nötigen Umsetzungsschritte und die Finanzierung konkretisiert. Die Bundesregierung hat durch ihren Kabinettsbeschluss vom 5. September 2007 den Fahrplan für den Ausbau der Kindertagesbetreuung festgelegt. Die Beteiligung des Bundes an

den Investitionskosten für die Ausbauphase bis 2013 wird durch Bereitstellung eines Sondervermögens in Höhe von 2,15 Mrd. Euro sichergestellt. Dieses wurde zwischenzeitlich durch das Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz errichtet. Im Nachtragshaushalt 2007 wurden die erforderlichen Mittel bereitgestellt. Das Bundeskabinett hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Bundesministerium der Finanzen beauftragt, einen Gesetzentwurf mit den erforderlichen Änderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes sowie den Änderungen im Finanzausgleichsgesetz zur Beschlussfassung vorzulegen. Durch eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung zu Lasten des Bundes werden den Ländern Finanzmittel in Höhe von 1,85 Mrd. Euro in der Ausbauphase bis 2013 und ab 2014 dauerhaft mit 770 Mio. jährlich zur Aufgabenerfüllung zur Verfügung gestellt. Der Gesetzentwurf „Kinderförderungsgesetz“ mit den notwendigen Änderungen im SGB VIII und im Finanzausgleichsgesetz befindet sich zurzeit im Gesetzgebungsverfahren.

Die Frage der Finanzierung der Anteile von Ländern und Kommunen für die Ausbauperiode in Höhe von 8 Mrd. Euro ist zwischen den Ländern und den Kommunen auf der Grundlage der jeweils geltenden landesverfassungsrechtlichen Vorschriften zu klären. Im Hinblick auf das gemeinsame Interesse von Bund, Ländern und Gemeinden an der Umsetzung der vereinbarten Ausbauziele geht die Bundesregierung davon aus, dass die noch offenen Fragen zwischen Ländern und Kommunen bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens geklärt sind.

- d) Betrachtet die Bundesregierung es als Nachteil für die Entwicklung von Kindern, wenn diesen die Teilnahme an öffentlicher Kinderbetreuung versagt wird?

Über die Zukunftschancen von Kindern entscheidet in hohem Maße, welche Lebens- und Lernerfahrungen ihnen in früher Kindheit eröffnet werden. Die erste Bildungseinrichtung ist ohne Zweifel die Familie, die in ihrer Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Kindertageseinrichtungen oder die Kindertagespflege können die in der Familie begonnene Entwicklung unterstützen und weiterführen.

Aus nationaler und internationaler Forschung ist bekannt, dass Kleinkinder viele Bezugs- und Ansprechpersonen brauchen. Heute sind die Familien jedoch meist klein, Geschwister sind nicht selbstverständlich. Kinder benötigen heute mehr denn je Angebote auch außerhalb ihrer Familie, die ihre Bedürfnisse nach sozialen Kontakten und ihre Wissbegierde befriedigen und Talente frühzeitig fördern. Besonders bedeutsam ist ein bedarfsgerechtes und qualitätsorientiertes Kinderbetreuungsangebot in der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die Chancengerechtigkeit für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern oder Migrantenfamilien.

Die Bundesregierung räumt daher dem Ausbau der Kinderbetreuung höchste Priorität ein. Während die Versorgung mit Kindergartenplätzen aufgrund des bestehenden Rechtsanspruchs sehr gut ist, herrscht bei Plätzen für Kinder unter drei Jahren im Westen nach wie vor ein großer Mangel. Es ist deshalb ein großer politischer Erfolg, dass Bund, Länder und Kommunen sich darauf verständigt haben, bis zum Jahr 2013 für bundesweit im Durchschnitt 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. Der Bund übernimmt mit 4 Mrd. Euro ein Drittel der dadurch entstehenden Kosten.

- e) Sieht die Bundesregierung in der Kinderbetreuung eine besondere gesellschaftliche Aufgabe?

Es ist eine große gesellschaftspolitische Aufgabe, die Förderung von Kindern und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben zu verbessern. Kinderbe-

treuung liegt zu allererst in der Verantwortung der Eltern. Aufgabe von Politik und Gesellschaft ist es, für Eltern gute Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Förderung ihrer Kinder zur Verfügung zu stellen. Jedes Kind braucht von Geburt an die realistische Chance auf eine optimale Förderung seiner individuellen und sozialen Entwicklung.

Frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung durch die Eltern und Betreuungseinrichtungen oder Kindertagespflege schafft die Grundlage für den weiteren Bildungsweg der Kinder. Bildung ist eine wesentliche Ressource für die Entwicklung der Persönlichkeit, für gesellschaftliche Teilhabe und die Realisierung von Erwerbs- und Einkommenschancen. Einkommensarmut gründet insbesondere auf Bildungsarmut. Gerade für Kinder aus bildungsfernen Familien kommt der Betreuung in Krippen und Kindergärten sowie in Kindertagespflege eine hohe Bedeutung zu. Familienergänzende Kinderbetreuung eröffnet zudem Eltern Wahlmöglichkeiten im Hinblick auf ihre Lebensplanung. Eine gut ausgebaute Infrastruktur an Betreuung ermöglicht den Eltern die Chance, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Für Alleinerziehende gilt das im besonderen Maße.

Die Bundesregierung trägt der gewachsenen gesellschaftlichen Bedeutung der Kinderbetreuung durch den quantitativen und qualitativen Ausbau insbesondere der Angebote für Kinder unter drei Jahren sowie durch den bedarfsgerechten Auf- und Ausbau schulischer Ganztagsangebote im Rahmen des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ (2003 bis 2009) Rechnung.

II. Familiäre Armut

15. Wie definiert die Bundesregierung den Begriff „Familie“?

Die Bundesregierung hat einen weiten Begriff von Familie. Dem Siebten Familienbericht folgend ist Familie nicht nur der Ort, wo Kinder sind. Familie ist ein soziales Netz besonderer Art, in dem Eltern und Großeltern, Kinder und Geschwister füreinander sorgen und gegenseitig Verantwortung tragen. Familie wird von ihren Mitgliedern alltäglich immer wieder hergestellt und sie verändert sich mit den sich wandelnden Lebensläufen ihrer Mitglieder. Den meisten Menschen in unserer Gesellschaft stehen viele individuelle Wahlmöglichkeiten für die Gestaltung ihres Lebens offen.

Familie wird heute in vielfältiger Form gelebt: miteinander verheiratete und nicht verheiratete Eltern, die ihre Kinder gemeinsam erziehen, Mütter und Väter, die ihre Kinder allein erziehen. Kinder leben in Stieffamilien, Familien von eingetragenen Lebenspartnern oder ohne rechtliche Bindung zusammenlebenden Partnern gleichen Geschlechts, Adoptionsfamilien und Pflegefamilien. Neben deutschen Familien leben hier binationale Familien und Familien mit Migrationshintergrund. Die meisten Familienformen sind nicht neu, sie werden heute nur häufiger und offener gelebt als früher.

16. Welche speziellen Armutsrisiken sieht die Bundesregierung für Familien?

Kinderarmut resultiert aus einer komplexen Wechselwirkung zwischen mehreren Faktoren: Kinder sind insbesondere dann armutsgefährdet, wenn ihre Eltern arbeitslos sind oder nur über ein geringes Einkommen verfügen. Weitere bedeutende Risiken bestehen für Familien mit niedriger Erwerbsintensität, nach Trennung und Scheidung, für kinderreiche Familien sowie für Familien mit Migrationshintergrund.

So ist das Armutsrisiko von Familien (und Kindern) in starkem Maße davon abhängig, ob und wie viele Bezieher von Erwerbseinkommen im Haushalt leben.

Paar-Familien mit einem oder zwei Kindern und Haushalte, in denen zumindest ein Mitglied im erwerbsfähigen Alter einer Vollzeitbeschäftigung nachgeht, haben ein vergleichsweise niedriges Armutsrisiko.

Eine länger andauernde Familien-Auszeit birgt das Risiko, den Wiedereinstieg in den Beruf zu erschweren und berufliche Qualifikationen mit der Zeit zu entwerten. Fehlt es an Familienfreundlichkeit in Unternehmen und adäquaten Betreuungsangeboten für Kinder, werden zumeist die Mütter von einer beruflichen Entwicklung im Unternehmen ausgeschlossen.

Insbesondere im Falle einer Trennung oder Scheidung kann sich die vorangegangene (vorübergehende) Abkehr vom Arbeitsmarkt als Armutsrisiko erweisen. Die prekäre materielle Versorgung in Verbindung mit mangelnden Kinderbetreuungsmöglichkeiten erschwert die Bewältigung dieses Umbruchs.

Familien stehen im Alltag wiederkehrenden Entscheidungssituationen im Hinblick auf Zeitverwendung, Erwerbsbeteiligung, Konsum, Vorsorge oder Ausbildungswege gegenüber und werden darüber hinaus in ihrer Biografie mit kritischen Übergängen und Brüchen konfrontiert. Sie benötigen nicht nur finanziell ausreichende Ressourcen, um dabei als emotional und wirtschaftlich stabile Gemeinschaften die ihnen obliegenden Aufgaben und Funktionen in diesen Übergängen und Entscheidungssituationen erfüllen zu können. Armut und soziale Ausgrenzung sind somit für Familien Folge mangelnder Ressourcen und Bewältigungsmöglichkeiten.

17. Wie viele Familien leben nach Erkenntnissen der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland in Armut (bitte nach Bundesländern getrennt angeben und den Anteil der Familien mit – wenigstens teilweise – nicht-deutscher Staatsangehörigkeit oder Migrationshintergrund kenntlich machen)?
 - b) Wie viele Familien leben in Armut aufgeschlüsselt nach Anzahl der in diesen Familien lebenden Kinder (bitte nach Bundesländern getrennt angeben)?

Die Fragen 17 und 17b werden gemeinsam beantwortet.

Die amtliche Quelle zur Berechnung des Armutsrisikos ist die Erhebung „Leben in Europa“ des Statistischen Bundesamtes. Aufgrund der Stichprobengröße und des Erhebungsdesigns sind Angaben getrennt nach Bundesländern oder in Abhängigkeit von der Staatsangehörigkeit nicht möglich (siehe auch Antworten zu Frage 3).

Die Armutsrisikoquote von Kindern insgesamt liegt nach EU-SILC 2006 mit 12 Prozent geringfügig unter der für die Gesamtbevölkerung. Von einem erhöhten Armutsrisiko sind in der Bundesrepublik Deutschland Kinder vor allem dann betroffen, wenn sie in Haushalten von Alleinerziehenden leben, die z. B. wegen fehlender Kinderbetreuung gar nicht oder nur sehr eingeschränkt erwerbstätig sein können. Die Quote für den Haushaltstyp Alleinstehender Elternteil mit abhängigen Kindern (Kinder bis 17 Jahren) beträgt 24 Prozent. Dagegen unterliegen Paarhaushalte mit einem oder zwei Kindern einem unterdurchschnittlichen Armutsrisiko (8 Prozent bzw. 9 Prozent) und die Quote für solche mit drei und mehr Kindern ist mit 13 Prozent gleichauf mit der für die Gesamtbevölkerung.

- a) Wie viele Familien leben in Armut nach gesetzlicher Lesart, d. h. auf oder unter einem Einkommensniveau, welches dem gesetzlich definierten sozio-kulturellen Existenzminimum entspricht, und wie viele Familien leben insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland (bitte nach Bundesländern getrennt angeben)?

Die Bundesregierung widerspricht der Auffassung, dass Personen, die z. B. Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII erhalten, grundsätzlich in Armut leben. Diesbezüglich wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen. Im Übrigen hat die Arbeitsmarktreform und die damit verbundene Schaffung des SGB II (Arbeitslosengeld II) einen Beitrag zur Reduzierung der so genannten Dunkelziffer geleistet. Ehemalige Bezieher von Arbeitslosenhilfe, die mit dieser Leistung unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums lagen, aber ergänzende Sozialhilfe nicht in Anspruch nahmen, profitieren von der Neuregelung.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit zwei und mehr Personen mit Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen oder von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II ergibt sich aus der nachstehenden Tabelle. Ebenfalls enthalten ist die Anzahl der Haushalte mit zwei oder mehr Personen nach Bundesländern aus dem Mikrozensus 2006. Statistische Informationen über die Bedarfsgemeinschaften von Beziehern von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung liegen nicht vor. Weitere Aufschlüsselungen können den im Anhang beigefügten Tabellen 1 und 2 entnommen werden.

Länderübersicht über die Gesamtzahl der Bedarfsgemeinschaften von Empfänger/Empfängerinnen der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 2006, Anzahl der Haushalte mit zwei oder mehr Personen im Jahr 2006

Land	Haushalte/Bedarfsgemeinschaften mit 2 und mehr Personen		
	Haushalte (Mikrozensus 2006)	Bedarfsgemeinschaften	
		mit SGB-II-Bezug	mit Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
Baden-Württemberg	3 131 000	127 154	1 032
Bayern	3 643 000	137 884	1 756
Berlin	913 000	136 150	1 588
Brandenburg	800 000	89 968	415
Bremen	183 000	23 529	240
Hamburg	477 000	46 713	699
Hessen	1 825 000	111 819	2 358
Mecklenburg-Vorpommern	528 000	72 348	322
Niedersachsen	2 314 000	171 672	1 794
Nordrhein-Westfalen	5 355 000	413 850	4 725
Rheinland-Pfalz	1 203 000	65 366	810
Saarland	310 000	21 341	347
Sachsen	1 297 000	145 908	812
Sachsen-Anhalt	766 000	99 667	696
Schleswig-Holstein	866 000	62 819	914
Thüringen	709 000	71 585	280
Deutschland	24 319 000	1 797 773	18 788

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder (Dezember 2006, Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten), Nürnberg 2007; Statistisches Bundesamt: Fachserie 13 Reihe 2, Sozialhilfe, Wiesbaden 2008, sowie Fachserie 1 Reihe 3, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Haushalte und Familien, Wiesbaden 2008.

Darüber hinausgehende Angaben liegen der Bundesregierung nicht vor.

- c) Wie viele Familien leben in Armut, wenn man eine bei 50 Prozent bzw. 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) angesiedelte Armutsgrenze zugrunde legt (bitte nach Bundesländern getrennt angeben)?

Zur Beantwortung der Frage 17c wird auf die Antworten zu den Fragen 17 und 17b verwiesen.

Auch bei Zugrundelegung einer alternativen Armutsrisikogrenze von 50 Prozent des medianen Nettoäquivalenzeinkommens und damit einhergehenden niedrigeren Armutsrisikoquoten bleiben die Befunde gleich (siehe Tabelle). Familien mit abhängigen Kindern (Kinder bis 17 Jahren) unterliegen auch dann einem geringeren Armutsrisiko als kinderlose Familien. Von einem erhöhten Risiko sind nach wie vor Haushalte von Alleinerziehenden betroffen.

Armutsrisikoquote nach Haushaltstypen mit unterschiedlichen Armutsrisikogrenzen

Haushaltstyp	Grenze: 50 %	Grenze: 60 %
Insgesamt	7	13
Alleinstehender Elternteil mit abhängigen Kindern	13	24
Zwei Erwachsene mit einem abhängigen Kind	5	8
Zwei Erwachsene mit zwei abhängigen Kindern	5	9
Zwei Erwachsene mit drei oder mehr abhängigen Kindern	7	13
Drei oder mehr Erwachsene mit abhängigen Kindern	4	8
Haushalte ohne abhängige Kinder	8	14
Haushalte mit abhängigen Kindern	6	11

Quelle: Eurostat, EU-SILC 2006

18. Wie stark schätzt die Bundesregierung den Zusammenhang zwischen familiärer Armut und Kinderarmut ein?

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der materiellen Lebenssituation von Familien und der Armutsgefährdung von Kindern.

19. Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, das Armutsrisiko für Kinder von familiärer Armut zu entkoppeln?
- a) Falls ja, welche Lösungen bzw. Instrumente bieten sich hier an?
- b) Falls nein, warum nicht?

Die Fragen 19, 19a und 19b werden gemeinsam beantwortet.

Armutsrisiken von Kindern können insbesondere durch Bildung und Integration in den Arbeitsmarkt von familiärer Armut entkoppelt werden.

Eine frühe Bildung und Betreuung von Kindern ist in zweifacher Hinsicht bedeutend: für die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung und für die frühe Förderung von Kindern, insbesondere aus bildungsfernen und ressourcenarmen Familien.

20. Welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung, um die familiäre Armut zu bekämpfen?

Für eine nachhaltig wirksame Vermeidung von Kinderarmut hält die Bundesregierung sowohl ein hohes Maß an Sach- und Betreuungsleistungen für Familien und Kinder als auch ein zielgerichtet ausgestaltetes System finanzieller Leistungen und steuerlicher Maßnahmen für Familien für besonders erfolgreich.

Über die in Antwort auf Frage 9 genannten Vorhaben hinaus leistet die vom Deutschen Bundestag am 25. April 2008 beschlossene Wohngeld-Leistungsnovelle (Bundestagsdrucksache 16/8918) einen Beitrag zur Reduzierung familiärer Einkommensarmut.

III. Kinderarmut und Grundversorgung

21. Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung der Ernährung von Kindern bei?

Die Bundesregierung misst der Ernährung von Kindern einen hohen Stellenwert bei. Deshalb wurde im Rahmen des Kinder- und Jugendgesundheitssurveys (KIGGS) des Robert Koch-Instituts (RKI) das Modul EsKiMo zur Ernährung der Kinder und Jugendlichen von 6 bis 18 Jahren durchgeführt. Ein wesentliches Ergebnis dieser Studie ist, dass sich Kinder und Jugendliche sehr unterschiedlich ernähren. Der Anteil derjenigen, die mit Vitaminen, Mineralstoffen und anderen lebensnotwendigen Nährstoffen heute gut versorgt ist, wächst. Auf der anderen Seite gibt es aber immer noch erhebliche Anteile mit einer aus gesundheitlicher Sicht sehr ungünstigen Ernährungsweise. Die von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) und von dem Forschungsinstitut für Kinderernährung (FKE) für eine vollwertige Ernährung empfohlenen Obst- und Gemüsemengen werden bisher nur von einem geringen Anteil der Kinder erreicht. Kinder und Jugendliche konsumieren im Durchschnitt zu wenig pflanzliche Lebensmittel und essen mit zunehmendem Alter zu viele fettreiche tierische Lebensmittel. Mädchen essen tendenziell gesünder als Jungen. Neben Brot und Milchprodukten sind Süßigkeiten die Hauptenergiequelle. Der Verzehr von Fast Food liegt bei männlichen Jugendlichen im Durchschnitt doppelt so hoch wie bei den Mädchen und nimmt mit dem Alter stark zu, während er bei Mädchen konstant bleibt.

Die meisten der bisherigen aber auch der künftigen Maßnahmen zur Verbesserung des Ernährungs- und Bewegungsverhaltens richten sich explizit an Kinder und Jugendliche bzw. deren Eltern. Diese stellen eine wichtige Zielgruppe des Nationalen Aktionsplans zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten dar, der derzeit erarbeitet wird und Bestandteil der Strategie der Bundesregierung zur Förderung der Kindergesundheit ist, die am 27. Mai 2008 vom Bundeskabinett beschlossen wurde.

- a) Geht die Bundesregierung von einem besonderen Bedarf bei der Ernährung von Kindern aus?

Kinder und Jugendliche befinden sich in der Wachstumsphase und haben deshalb in Bezug auf ihr Körpergewicht einen höheren Energie- und Nährstoffbedarf als Erwachsene.

- b) Inwiefern drückt sich ein besonderer Bedarf hinsichtlich der Ernährung im Regelsatz für unter 14-Jährige bzw. im Regelsatz für 14- bis 18-Jährige nach SGB II, SGB XII oder AsylbLG aus?

Dem Ernährungsbedarf von Kindern und Jugendlichen wird durch die vollständige Berücksichtigung der Verbrauchsausgaben für Nahrungsmittel und Getränke in der EVS bei der Regelsatzbemessung Rechnung getragen.

Der notwendige Ernährungsbedarf wird grundsätzlich durch Sachleistungen im Asylbewerberleistungsgesetz abgedeckt. Die Stufung nach Haushaltsvorstand und Haushaltsangehörigen in § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes folgt denselben, grundsätzlich vergleichbaren Grundentscheidungen wie das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch.

22. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass arme Kinder häufiger als nichtarme Kinder hungrig in die Kindertagesstätten bzw. Schulen kommen, und wo sieht sie Möglichkeiten der Abhilfe gegen diesen Umstand?

In erster Linie sind die Eltern dafür verantwortlich, dass ihre Kinder ein gesundes, ausreichendes Frühstück sowie ein Pausenbrot oder ein Mittagessen bekommen. Im Übrigen wird auf die Antworten zu Frage 21 sowie auf die Fragen 23 bis 23c verwiesen.

23. Wird nach Ansicht der Bundesregierung unter Berücksichtigung der besonderen Ernährungsbedürfnisse Heranwachsender eine ausgewogene und bedarfsgerechte Ernährung dadurch sichergestellt, dass für unter 14-jährige Sozialgeldempfängerinnen und -empfänger in der Regelleistung nach SGB II von monatlich 208 Euro ein Betrag von 2,28 Euro pro Tag für die Ernährung einkalkuliert ist?

Wie verhält es sich diesbezüglich mit den nochmals gekürzten Regelsätzen nach dem AsylbLG, insbesondere bei Kindern bis zum 8. Lebensjahr (bitte begründen)?

- a) Wie ist unter diesen Bedingungen eine Teilnahme an der Schulspeisung zu realisieren, wenn allein der durchschnittliche Preis für ein Mittagessen bei ca. 2,50 Euro (Frederike Lülfs/Maren Lüth: Ernährungsalltag in Schulen, Heidelberg 2006, S. 31) liegt?
- b) Wie viele Schülerinnen und Schüler nehmen nach Erkenntnissen der Bundesregierung regelmäßig an Schulspeisungen teil (bitte nach Bundesländern getrennt angeben)?
- c) Wie haben sich diese Zahlen (auch prozentual) nach Einführung des ALG II verändert (bitte nach Bundesländern getrennt angeben)?

Die Fragen 23, 23a, 23b und 23c werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung hält an ihrer Auffassung fest, dass die finanziellen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende eine für Kinder und Jugendliche ausgewogene und bedarfsgerechte Ernährung gewährleisten.

Eine isolierte Betrachtung von Einzelpositionen lässt außer Acht, dass die Grundsicherung für Arbeitsuchende einen haushaltsbezogenen Ansatz verfolgt. Den Leistungsberechtigten wird eine pauschale Geldleistung für alle zum notwendigen Bedarf gehörenden Güter als monatliches Gesamtbudget zur Verfügung gestellt, mit dem selbständig und damit auch eigenverantwortlich gewirtschaftet werden muss.

So ist für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren eine Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts in Höhe von monatlich 1 040 Euro ohne die Kosten für Unterkunft und Heizung vorgesehen.

Zu der Angemessenheit der Leistungen nach dem AsylbLG wird auf die Antwort zu Frage 12m verwiesen.

Der Bundesregierung liegen keine Zahlen über die Anzahl der Kinder, die regelmäßig an Schulessen teilnehmen, vor. Vergleiche hierzu auch die Bundestagsdrucksache 16/1846 (Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zum Thema „Mittagessensteilnahme von Kindern aus sozial schwachen Familien an Ganztagschulen“).

Die Ausgestaltung der schulischen Rahmenbedingungen fällt grundsätzlich in die Kultuszuständigkeit der Länder. Damit sind die Länder im Rahmen der Kultuszuständigkeit für die Schulspeisung zuständig. Die Bedeutung einer gesunden Ernährung insbesondere für Kinder und Jugendliche ist den für Schule verantwortlichen Institutionen bekannt. Über das Angebot eines Mittagessens in der Schule entscheidet i. d. R. der Schulträger in Abstimmung mit der jeweiligen Schule. Vor dem Hintergrund, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien aus Kostengründen oft nicht am Schulessen teilnehmen, bezuschussen einige Länder (u. a. Berlin, Rheinland-Pfalz und das Saarland) die Schulspeisung.

24. Sieht die Bundesregierung im Besonderen Handlungsbedarf in Bezug auf den Anteil am Regelsatz nach SGB II für die Ernährung?

a) Falls nein, wie ist ein Betrag von 2,28 Euro täglich für die Ernährung von Kindern bzw. Jugendlichen zu begründen?

Wie kann nach Auffassung der Bundesregierung mit einem derartigen Betrag eine täglich ausgewogene Ernährung sichergestellt werden?

b) Falls ja, wie könnten Veränderungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht aussehen?

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung gegenwärtig, und wann werden sie umgesetzt?

Die Fragen 24, 24a und 24b werden gemeinsam beantwortet.

Die in der EVS für Nahrungsmittel und Getränke erfassten Verbrauchsausgaben sind vollständig im Regelsatz berücksichtigt.

Eine isolierte Betrachtung von Einzelpositionen lässt außer Acht, dass die Grundsicherung für Arbeitsuchende einen haushaltsbezogenen Ansatz verfolgt. Den Leistungsberechtigten wird eine pauschale Geldleistung für alle zum notwendigen Bedarf gehörenden Güter als monatliches Gesamtbudget zur Verfügung gestellt, mit dem selbständig und damit auch eigenverantwortlich gewirtschaftet werden muss.

Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 23, 23a, 23b und 23c verwiesen.

25. Wie viel Wohnraum steht armen Kindern verglichen mit nichtarmen Kindern im Durchschnitt zur Verfügung (bitte nach Bundesländern getrennt angeben)?

a) Wie viele arme Kinder haben ein eigenes Kinderzimmer verglichen mit nichtarmen Kindern (bitte nach Bundesländern getrennt angeben)?

Die Fragen 25 und 25 a werden gemeinsam beantwortet.

Nach den Daten des SOEP 2006 standen Kinder in Haushalten mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle in Ost wie in West rd. ein Viertel weniger Wohnfläche zur Verfügung als Kindern in Haushalten mit einem Einkommen oberhalb dieser Schwelle. Zugrunde gelegt wurden die Pro-Kopf-Wohnflächen von Haushalten mit einem Einkommen unterhalb und oberhalb der Armutsrisikoschwelle, da Wohnflächen für Kinder nicht explizit erfasst werden.

Eine Differenzierung ist nur nach Ost und West (einschl. Berlin) möglich.

	Durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche von Haushalten mit Kindern		
	oberhalb	unterhalb	insgesamt
	Armutsrisikoschwelle		
West	31,0	23,8	30,1
Ost	29,8	22,2	27,6
insgesamt	30,8	23,3	29,7

Quelle: SOEP 2006; Kinder unter 18 Jahren

Angaben, ob Kinder über ein eigenes Kinderzimmer verfügen, liegen nicht vor.

- b) Wie viel Wohnraum steht Kindern, die Leistungen nach dem AsylbLG erhalten, durchschnittlich zur Verfügung, und wie viele haben ein eigenes Kinderzimmer?

Dazu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

26. Was versteht die Bundesregierung unter „angemessenem“ Wohnraum, und wie wird die im SGB II verwandte Definition hergeleitet?

Die Bundesregierung verweist insofern auf die höchstrichterliche Rechtsprechung. Für den Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende hat das Bundessozialgericht in seinen Urteilen vom 7. November 2006 – B 7b AS 10/06 und 18/06 R die Angemessenheit des Wohnraums hergeleitet. Das Bundessozialgericht folgt insoweit der so genannten Produkttheorie, die letztlich abstellt auf das Produkt aus angemessener Wohnfläche und Standard, das sich in der Wohnungsmiete niederschlägt.

Demnach ist zunächst die Größe der von der Bedarfsgemeinschaft gemieteten Wohnung festzustellen. Angemessen ist die Wohnungsgröße für Wohnberechtigte im sozialen Mietwohnungsbau. Dabei können die Länder im geförderten Mietwohnungsbau die Anerkennung von bestimmten Grenzen für Wohnungsgrößen nach den Grundsätzen der Angemessenheit regeln.

Nach Feststellung der Wohnraumgröße ist als weiterer Faktor der Wohnungsstandard zu berücksichtigen. Angemessen sind die Aufwendungen für eine Wohnung nur dann, wenn diese nach Ausstattung, Lage und Bausubstanz einfachen und grundlegenden Bedürfnissen genügt und keinen gehobenen Wohnstandard aufweist. Diese Kriterien schlagen sich regelmäßig im Quadratmeterpreis nieder. Eine angemessene Wohnung muss im unteren Preissegment liegen, das für die maßgebliche Wohnungsgröße und den räumlichen Bezirk als Vergleichsmaßstab gilt. Da es im Ergebnis allein auf die Kostenbelastung des Trägers der Grundsicherung für Arbeitsuchende ankommt, kann dahinstehen, ob einzelne Faktoren wie Ausstattung, Lage etc. isoliert als angemessen anzusehen sind, solange der Leistungsträger nicht mit unangemessen hohen Kosten belastet wird.

- a) Liegen der Bundesregierung Daten vor, wie viele Aufforderungen zur Senkung der Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II ausgesprochen worden sind (bitte nach Bundesländern getrennt angeben)?
- b) Wie häufig waren davon Familien mit Kindern betroffen (bitte nach Bundesländern getrennt angeben)?

Die Fragen 26a und 26b werden gemeinsam beantwortet.

Für die Gewährung der Leistungen für Unterkunft und Heizung sind im Rahmen der zweigeteilten Trägerschaft der Grundsicherung für Arbeitsuchende die kommunalen Träger zuständig. Die Aufsicht über die kommunalen Träger obliegt den Ländern. Der Bundesregierung liegen daher keine entsprechenden Informationen vor.

- c) Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkung von durch die Senkungsaufforderung bedingten Umzügen auf das soziale Netzwerk von Kindern?
- d) Wie beurteilt die Bundesregierung durch Senkungsaufforderung bedingte Umzüge unter besonderer Berücksichtigung der Tatsache, dass arme Kinder in Bezug auf ihre sozialen Netzwerke von vornherein benachteiligt sind?

Die Fragen 26c und 26d werden gemeinsam beantwortet.

Ob das soziale Netzwerk von Kindern durch einen Umzug beeinträchtigt oder verändert wird, hängt nicht zwangsläufig vom Anlass des Umzugs ab. Daher werden die Auswirkungen eines Umzuges aufgrund unangemessener Aufwendungen für die Unterkunft nicht anders zu beurteilen sein wie die Auswirkungen, die sich bei einem Umzug aus anderen Gründen ergeben könnten. Die kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende haben die Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung einzelfallbezogen zu prüfen.

- e) Wie beurteilt die Bundesregierung die Folgen einer jahrelangen Unterbringung von Kindern zusammen mit ihren Eltern in nur einem oder zwei Räumen in Massenunterkünften für Asylsuchende und Geduldete?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, ob und wie viele Kinder jahrelang entsprechend untergebracht sind. Sie geht davon aus, dass der notwendige Bedarf durch die Unterkunft entsprechend den Vorschriften des Asylbewerberleistungsgesetzes gedeckt wird.

IV. Kinderarmut und Gesundheit

27. Wie hoch schätzt die Bundesregierung das durch Armut verursachte erhöhte Gesundheitsrisiko bei Kindern ein?

Die meisten Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland wachsen gesund auf. Bei auftretenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Heranwachsenden lässt sich vielfach ein Zusammenhang mit den Lebensbedingungen feststellen.

Eine valide, aktuelle und breite Datengrundlage für Analysen zur gesundheitlichen Ungleichheit in der heranwachsenden Generation in der Bundesrepublik Deutschland stellt der Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) dar, der im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) vom Robert Koch-Institut (RKI) in den Jahren 2003 bis 2006 durchgeführt wurde. Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem Sozialstatus weisen demnach zu 32 Prozent einen sehr guten allgemeinen Gesundheitszustand auf, im Vergleich zu 38 Prozent bzw. 48 Prozent derer aus Familien mit mittlerem und hohem Sozialstatus. Von psychischen Auffälligkeiten und Verhaltensauffälligkeiten sind Kinder und Jugendliche aus der unteren Statusgruppe 3,8-mal häufiger betroffen als die Gleichaltrigen aus sozial besser gestellten Elternhäusern.

Ein bedeutsamer Einfluss des Sozialstatus zuungunsten von Kindern aus der unteren Statusgruppen lässt sich außerdem im Hinblick auf perinatale Einflussfaktoren in der Zeit kurz vor und nach der Geburt, die Ernährung, das Bewegungsverhalten sowie Passivrauchbelastungen und Gewalterfahrungen nachweisen. Zu den wenigen Gesundheitsproblemen, die bei Kindern aus sozial besser gestellten Elternhäusern vermehrt vorkommen, gehören allergische Erkrankungen.

Neben der Ermittlung gesundheitsbezogener Problemlagen ist aus Sicht der Prävention und Gesundheitsförderung von Bedeutung, inwieweit vorhandene Angebote wahrgenommen werden.

Die Ergebnisse der KiGGS-Studie weisen u. a. auf soziale Unterschiede der Teilnahme am Krankheitsfrüherkennungsprogramm für Kinder hin. Ausgehend von einer insgesamt hohen Teilnahmerate sind ab der U3 Unterschiede nach dem sozialen Status festzustellen, die sich im Laufe der Untersuchungsreihe weiter verstärken. An allen neun U-Untersuchungen haben 75 Prozent der Kinder aus der niedrigen, 85 Prozent derjenigen aus der mittleren und 86 Prozent derjenigen aus der hohen Statusgruppe teilgenommen.

Aussagen zum Zusammenhang zwischen sozialer und gesundheitlicher Lage sind außerdem auf der Basis der von der WHO koordinierten Studie „Health Behaviour in School-aged Children (HBSC)“ möglich. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass 11- bis 15-jährige Jugendliche aus sozial schwächeren Familien ihren allgemeinen Gesundheitszustand schlechter beurteilen und häufiger von psychosomatischen Beschwerden, wie z. B. Kopfschmerzen, Bauchschmerzen und Schlafstörungen, betroffen sind. Außerdem treiben sie vermehrt keinen Sport, sitzen länger vor dem Fernseher, ihre Ernährung umfasst seltener frisches Obst und Gemüse und sie gehen öfter ohne Frühstück aus dem Haus.

Soziale Unterschiede treten zudem im Tabak- und Alkoholkonsum der Jugendlichen zutage. Die „Drogenaffinitätsstudie (DAS)“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) aus dem Jahr 2004, die sich über die Altersspanne 12 bis 25 Jahre erstreckt, belegt ebenso wie die „Europäische Schülerstudie zu Alkohol und anderen Drogen (ESPAD)“ bei 15- bis 16-Jährigen, dass Haupt- und Realschüler häufiger rauchen als Gymnasiasten. Außerdem gehören sie vermehrt zu den starken Rauchern, beginnen im jüngeren Alter mit dem Konsum und unterschätzen häufiger das mit dem Rauchen verbundene Gesundheitsrisiko. Der Anteil der Jugendlichen, die alkoholhaltige Getränke konsumieren, variiert nicht mit der besuchten Schulform. Auch im Hinblick auf die bevorzugte Getränkesorte und dem Alter bei Erstkonsum zeigen sich keine bedeutsamen Unterschiede. Haupt- und Realschüler neigen jedoch eher zu riskantem Trinkverhalten, was sich u. a. an der Alkoholmenge und den Rauscherfahrungen, festmachen lässt. Darüber hinaus berichten sie häufiger von sozialen Problemen infolge des Alkoholkonsums, z. B. Unfällen und Verletzungen oder Probleme mit Gleichaltrigen.

- a) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der Auswirkung langfristiger Benachteiligungen bzw. Kinderarmut
- hinsichtlich der Häufigkeit von Adipositas?
 - hinsichtlich der Häufigkeit von Zahnerkrankungen?
 - hinsichtlich Bewegungsmangels (grob- und feinmotorische Probleme)?

Mit der Etablierung eines Gesundheitsmonitorings sollen künftig Langzeit- und Tendaussagen zur Verfügung stehen. Derzeit konzentriert sich die Betrachtung auf Zusammenhänge zwischen den genannten Gesundheitsindikatoren und der Lebenslage der Heranwachsenden.

Nach der KiGGS-Studie sind 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Alter von 3 bis 17 Jahren übergewichtig. Etwa zwei Fünftel davon (6,3 Prozent der Heranwachsenden) sind adipös. Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem Sozialstatus sind 2- bis 3-mal häufiger übergewichtig als die Gleichaltrigen aus den höheren Statusgruppen.

Im Hinblick auf die körperliche Bewegung zeigen die KiGGS-Daten deutliche Unterschiede nach dem sozialen Status der Kinder. Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus nehmen insbesondere am Vereinssport deutlich seltener teil. Beim Sport, der außerhalb von Vereinen betrieben wird, treten entsprechende Statusunterschiede schwächer zutage. Hinsichtlich des Bewegungsverhaltens von 3 bis 10-Jährigen belegen die Ergebnisse der KiGGS-Studie, dass drei Viertel der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Kinder täglich im Freien spielen. Ungefähr die Hälfte der Kinder und Jugendlichen treibt wenigstens einmal in der Woche Sport in einem Verein. Von den Jugendlichen im Alter von 11 bis 17 Jahren sind 84 Prozent mindestens einmal in der Woche in ihrer Freizeit körperlich so aktiv, dass sie dabei ins Schwitzen oder außer Atem geraten.

Auskunft über soziale Unterschiede von Zahnerkrankungen erteilt die Deutsche Mundgesundheitsstudie aus dem Jahr 2005. Demnach konzentrieren sich etwa 60 Prozent der Karieserkrankungen bei Kindern im Alter von 12 Jahren auf einen Anteil von 10,2 Prozent der Altersgruppe. Bei diesen Kindern mit dem höchsten Kariesbefall bestehen erhebliche Zusammenhänge zur Sozialschicht. Im Jahr 1997 konzentrierte sich die gleiche Karieslast noch auf 22 Prozent der 12-Jährigen, so dass die Polarisierung im Zeitverlauf zugenommen hat. Im Durchschnitt wurden im Jahr 2005 bei Kindern von Eltern mit niedriger Schulbildung 0,8 erkrankte Zähne festgestellt, während es bei Kindern von Eltern mit hoher Schulbildung lediglich 0,5 erkrankte Zähne waren.

Darüber hinaus zeigen auch die KiGGS-Ergebnisse zum Mundgesundheitsverhalten, dass Zahnpflegegewohnheiten wie auch die Inanspruchnahme der zahnärztlichen Vorsorge in Abhängigkeit von sozialen Faktoren variieren. Beide Aspekte weisen eine Schichtabhängigkeit auf, wobei sich das größte Risiko eines ungünstigen Mundgesundheitsverhaltens mit einem Migrationshintergrund verbindet (nur einmal täglich oder weniger Zähneputzen nach Schichtzugehörigkeit: niedrig: 39 Prozent, mittel: 28 Prozent, hoch: 22 Prozent, bei Kindern mit Migrationshintergrund: 45 Prozent).

- b) Welche konkreten Maßnahmen sind seitens der Bundesregierung in Planung, um in diesem Bereich Besserung zu schaffen?

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat ein Nationales Verbundprojekt zur Verbesserung der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten initiiert. Der Verbund umfasst derzeit 49 Partner (Stand Januar 2008). Dies sind die Krankenkassen und die Wohlfahrtsverbände, die Ärzteschaft, die Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e. V., die Landesvereinigungen und Landeszentralen für Gesundheit sowie weitere Akteure der Gesundheitsförderung. Eine zentrale Zielsetzung ist die Identifizierung und Verbreitung bewährter Praxis und erfolgreicher Strategien der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten.

Auf der Basis konsentierter Qualitätskriterien und eines standardisierten Auswahlverfahrens wurden inzwischen 65 Good-Practice-Projekte identifiziert und veröffentlicht. Hiervon richten sich 40 Projekte an die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen. In allen Bundesländern arbeiten inzwischen Netzwerke, die die Akteure vor Ort unterstützen, auf eine Verbreitung der Good Practice Projekte hinwirken und einen partizipativen Prozess der Qualitätsentwicklung fördern. Alle Informationen sind über die Internet-Plattform www.gesundheitliche-chancengleichheit.de abrufbar.

Im Schwerpunktbereich Ernährung, Bewegung, Stressregulation des Arbeitsschwerpunktes Gesundheit von Kindern und Jugendlichen der BZgA sind Kinder und Jugendliche aus sozial schwierigen Lebensbereichen und solche mit Migrationshintergrund zwei zentrale Zielgruppen.

Die BZgA hat hier ein umfangreiches Angebot von Broschüren und Materialien erarbeitet. Zudem führt sie bundesweite Aufklärungsaktionen und Mit-Mach-Touren, wie z. B. die Aktionen „GUT DRAUF“ (13 bis 18 Jahre) und „Unterwegs nach TUTMIRGUT“ (6 bis 12 Jahre) durch. Die Maßnahmen werden evaluiert und weiterentwickelt, um diese wichtigen Zielgruppen besser erreichen zu können.

Darüber hinaus wird derzeit die Wirksamkeit von Behandlungsangeboten für Kinder und Jugendliche mit Übergewicht mit der Beobachtungsstudie zu Effekten von Adipositas-Therapieprogrammen untersucht. Dabei wird gezielt der Frage nachgegangen, ob und welche Interventionen auch bei Kindern aus sozial schwierigen Lebenslagen erfolgreich sind. Diese Ergebnisse werden Ende 2008 vorliegen. Da Übergewicht besonders häufig bei Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Gruppen und mit Migrationshintergrund auftritt, müssen diese besonders angesprochen werden.

Hierfür sind Maßnahmen in den Lebenswelten erfolgversprechend. Auch dem Nationalen Aktionsplan zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten, der derzeit erarbeitet wird, liegt der Setting-Ansatz zugrunde. Hierbei werden in besonderer Weise auch sozial benachteiligte Gruppen und deren Kinder berücksichtigt.

In Kürze werden bundesweit und zentrenübergreifend je ein krankheitsbezogenes Kompetenznetzwerk zu den Themen Adipositas und Diabetes ihre Arbeit aufnehmen. Ferner werden durch den EDNET-Verbund mehr multizentrische Psychotherapiestudien zu verschiedenen Essstörungen bei Kindern und Jugendlichen durchgeführt.

Die Zahngesundheit von Kindern und Jugendlichen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten infolge präventiver Maßnahmen (Empfehlungen zu einer ausgewogenen Ernährung, Aufklärung über richtige Zahn- und Mundpflege, Hinweise zur Vermeidung kariogener Keime, Anwendung von Fluoriden, zahnärztliche Vorsorgeuntersuchungen und Gruppenprophylaxe) deutlich verbessert.

Die BZgA informiert in ihren Basismedien zur Kindergesundheit, im Elternordner zum Früherkennungsprogramm für Kinder sowie unter www.Kindergesundheit-info.de über Mundhygiene, Kariesprophylaxe und gesunde Ernährung. Informationen über in der Bundesrepublik Deutschland laufende Einzelmaßnahmen und Projekte der Gesundheitsförderung bei sozial benachteiligten Kindern zum Thema Zahngesundheit sind über www.gesundheitliche-chancengleichheit.de abrufbar.

Unbeschadet der Aufgaben anderer haben die Krankenkassen im Rahmen der aufsuchenden Gruppenprophylaxe nach § 21 SGB V im Zusammenwirken mit den Zahnärztinnen und Zahnärzten und den für die Zahngesundheitspflege in den Ländern zuständigen Stellen gemeinsam und einheitlich Maßnahmen zur Erkennung und Verhütung von Zahnerkrankungen ihrer Versicherten, die das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu fördern und sich an den Kosten der Durchführung zu beteiligen. Dabei haben sie auf flächendeckende Maßnahmen hinzuwirken.

In Schulen und Behinderteneinrichtungen, in denen das durchschnittliche Kariesrisiko der Schülerinnen und Schüler überproportional hoch ist, werden die Maßnahmen bis zum 16. Lebensjahr durchgeführt. Darüber hinaus sind für Kinder mit besonders hohem Kariesrisiko spezifische Programme zu entwickeln. Der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien oder

Familien mit Migrationshintergrund trotz der auch bei ihnen feststellbaren Verbesserungen bei Zahnerkrankungen immer noch eine größere Krankheitslast aufweisen als z. B. Kinder von Eltern mit höherer Schulbildung, ist bei der Umsetzung der Gruppenprophylaxe in den einzelnen Bundesländern in verstärktem Maße Rechnung zu tragen. Insbesondere ist dabei zu bewerten, ob die Maßnahmen vollständig, flächendeckend und in der notwendigen Häufigkeit mit wirksamen Fluoridierungsmitteln erfolgen.

Um mehr Breitenwirkung zu erzielen und vor allem auch die Bevölkerungsgruppen erreichen zu können, die zwar ein besonders hohes Gesundheitsrisiko haben, vorhandene Gesundheitsförderungs und Präventionsangebote aber kaum in Anspruch nehmen, soll der lebensweltorientierte Ansatz (Setting-Ansatz) nach den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gezielt Anwendung finden. So sollen gesundheitsfördernde und präventive Angebote vor allem in Kindertagesstätten und Schulen ausgebaut werden. Hierfür wird der strukturelle Rahmen geschaffen.

28. Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen dem Ernährungsverhalten von Kindern und dem sozialen Status ihrer Familie?
- a) Falls dem so ist, wo liegen die Hauptursachen für eine schlechtere Ernährung armer Kinder?

Die Fragen 28 und 28a werden gemeinsam beantwortet.

Nach dem Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) sind Kinder und Jugendliche, die in sozial benachteiligten Familien aufwachsen, besonders häufig von Übergewicht und Adipositas betroffen und bewegen sich weniger als Gleichaltrige (vgl. Antwort zu Frage 27a). Familiäre Lebensbedingungen und Verhaltensweisen, die hinsichtlich körperlicher Aktivität und Essverhalten vorgelebt werden, üben einen großen Einfluss auf die Kinder aus.

In einer Sonderauswertung des KiGGS wurden einige Charakteristika zum Essverhalten in Abhängigkeit vom sozialen Status untersucht. Danach essen Kinder aus sozial schwachen Elternhäusern weniger Obst, Gemüse, Vollkornprodukte und Rohkost und konsumieren mehr Limonaden, Süßwaren, Wurst, Fleisch und Fastfood als Jungen und Mädchen aus besser gestellten Familien.

- b) Kann die Erhöhung des im Regelsatz (SGB II) für unter 14-jährige Kinder vorgesehenen Anteils für Ernährung zu einer besseren Ernährung beitragen?

Zur Beantwortung der Frage 28b wird auf die Antworten zu den Fragen 23, 23a, 23b und 23c verwiesen.

29. Sollte nach Meinung der Bundesregierung ein Recht auf gesundheitliche Chancengleichheit im BGB verankert werden, und wie könnte dies ausgestaltet sein?
- Falls nein, warum nicht?

Nein. Im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) wird grundsätzlich nur das Zivilrecht geregelt, das Rechtsbeziehungen zwischen Privatpersonen betrifft, kein Gesundheitsrecht.

Eine gesetzliche Verankerung gesundheitlicher Chancengleichheit ist mit der GKV-Gesundheitsreform im Jahr 2000 auf der Basis des § 20 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V; Prävention und Selbsthilfe) erfolgt. Hierzu

heißt es in Absatz 1 Satz 2: „Leistungen zur Primärprävention sollen den allgemeinen Gesundheitszustand verbessern und insbesondere einen Beitrag zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen erbringen“. Zur Umsetzung des § 20 SGB V und zur Verbesserung der gesundheitlichen Chancengleichheit haben die Spitzenverbände der Krankenkassen im so genannten „Leitfaden Prävention“ gemeinsam und einheitlich und unter Einbeziehung unabhängigen Sachverständigen prioritäre Handlungsfelder und Kriterien für Präventionsleistungen beschlossen.

30. Begreift die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass Rauchen Kinder und Jugendliche in besonders hohem Maße schädigt, da die Auswirkungen des Tabakkonsums in der Entwicklungsphase wesentlich stärker sind als bei Erwachsenen, den Nichtraucherschutz, speziell den Schutz von Kindern und Jugendlichen, als eine gesellschaftliche Aufgabe?

Ja

- a) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, eine Lösung auf Bundesebene trotz der durch die Föderalismusreform aufgebauten Hindernisse anzustreben, die einer solchen gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht würde?
- b) Wird ein erneuter Vorstoß zu einer bundeseinheitlichen Lösung über den Gesetzentwurf zum Passivrauchen vom 20. April 2007 (Bundestagsdrucksache 16/5049) hinaus seitens der Bundesregierung angestrebt, und warum bzw. warum nicht?

Die Fragen 30a und 30b werden gemeinsam beantwortet.

Für ein umfassendes, bereichsübergreifendes Nichtraucherschutzgesetz fehlt dem Bund die Zuständigkeit. Mit dem Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens vom 20. Juli 2007, das seit dem 1. September 2007 in Kraft ist, hat der Bund im Rahmen seiner Zuständigkeit den Nichtraucherschutz umfassend geregelt. Die Ministerpräsidenten der Länder haben sich am 22. März 2007 auf einen weitgehenden und möglichst einheitlichen Nichtraucherschutz verständigt. In allen Ländern wurden inzwischen Nichtraucherschutzgesetze verabschiedet, die auch bis auf wenige Ausnahmen bereits in Kraft sind. Damit haben Bund und Länder ihre Gesetzgebungszuständigkeiten im Bereich des Nichtraucherschutzes umfassend genutzt.

- c) Gibt es Vorstellungen bei der Bundesregierung Möglichkeiten der Rauchentwöhnung insbesondere für Kinder und Jugendliche auszuweiten?

Wenn ja, welche?

Wenn nein, warum nicht?

Im Rahmen der „rauchfrei“-Jugendkampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) werden bereits seit längerem Heranwachsenden Angebote zur Rauchentwöhnung unterbreitet. Neben schriftlichen Informationsmaterialien, die von der BZgA differenziert für die Belange von weiblichen und männlichen Jugendlichen bei der Rauchentwöhnung entwickelt worden sind, kann die Rauchentwöhnung auch begleitet über das Internet mit einem Ausstiegsprogramm erfolgen, dass unter der Internetadresse www.rauchfrei-info.de angeboten wird. Darüber hinaus bietet die BZgA mit dem Leitfaden „Auf dem Wege zur rauchfreien Schule“ pädagogischen Fachkräften einen Handlungsrahmen, wie im schulischen Bereich Rauchentwöhnung als Kursprogramm angeboten werden kann. Angebote zur kursgestützten Rauchentwöhnung für Jugendliche sollen noch intensiviert werden. Die BZgA entwickelt zurzeit ein

Kursprogramm zur Rauchentwöhnung für Jugendliche, das die bisherigen Erfahrungen mit dieser Angebotsform für junge Raucherinnen und Raucher berücksichtigt.

- d) Sieht die Bundesregierung weitere Möglichkeiten, als die bisher genutzten, Aufklärungsarbeit und Rauchprävention im Kinder- und Jugendbereich durchzuführen?

Wenn ja, welche?

Wenn nein, warum nicht?

Die BZgA hat mit der „rauchfrei“-Jugendkampagne in den letzten Jahren ein breit gefächertes Angebot zur Förderung des Nichtrauchens bei Kindern und Jugendlichen entwickelt. Neben schriftlichen Informationsmaterialien, Internet gestützten Informations- und Beratungsangeboten, sind Anzeigenschaltungen in Jugendzeitschriften durchgeführt, TV- und Kinospots entwickelt und geschaltet worden. Darüber hinaus sind durch die BZgA Materialien zur Umsetzung des Konzepts „rauchfreie Schulen“ bereitgestellt worden, die im Zusammenhang mit den gesetzlichen Regelungen zum Nichtraucherschutz in den Schulen auf großes Interesse gestoßen sind. Schließlich treffen auch die personalkommunikativen Maßnahmen zur Förderung des Nichtrauchens im schulischen Bereich – wie der „Mitmach-Parcours Klarsicht“ und die Jugendfilmtage „Nikotin und Alkohol – Alltagsdrogen im Visier“ auf starke Nachfrage aus den Schulen. Insbesondere der Einsatz der personalkommunikativen Maßnahmen lässt sich so steuern, dass damit überwiegend Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten, sozial benachteiligten Stadtteilen bzw. Regionen und Haupt- und Berufsschulen angesprochen werden können. Vor dem Hintergrund der bisher sehr erfolgreich verlaufenden „rauchfrei“-Jugendkampagne der BZgA sollen die mit der Kampagne realisierten Maßnahmen auch weiterhin durchgeführt werden.

- e) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Tabakwaren weiter zu erschweren?

Wie sollen solche Maßnahmen besser als bisher umgesetzt und kontrolliert werden?

Mit dem Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens, das am 1. September 2007 in Kraft getreten ist, wurde auch eine Änderung des § 10 des Jugendschutzgesetz vorgenommen. Das Abgabealter für Tabakwaren und das Rauchverbotsalter sind von 16 auf 18 Jahre heraufgesetzt worden. In Gaststätten, Verkaufsstellen oder sonst in der Öffentlichkeit dürfen somit Tabakwaren an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren weder abgegeben noch darf ihnen das Rauchen gestattet werden. Für Zigarettenautomaten ist eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2008 vorgesehen. Dann müssen diese technisch so umgerüstet sein, dass Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren die Entnahme von Zigaretten nicht möglich ist. Ein Veranstalter oder Gewerbetreibender, der vorsätzlich oder fahrlässig Tabakwaren an Kinder oder Jugendliche unter 18 Jahren abgibt oder ihnen das Rauchen gestattet, begeht eine Ordnungswidrigkeit, die mit einer Geldbuße von bis zu 50 000 Euro geahndet werden kann. Um die Einhaltung der Jugendschutzvorschriften in der Praxis zu verbessern, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im November 2007 den Runden Tisch „Jugendschutzgesetz – Verbesserungen des gesetzlichen Vollzuges“ einberufen und sich mit den zuständigen Landesministern, Bundestagsabgeordneten, den kommunalen Spitzenverbänden, den Ressorts der Länder sowie Vertretern des Bundes sowie Jugend- und Jugendschutzverbänden, den Kirchen und Vertretern des Einzelhandels, der Tankstellen- und Videothekenbetreiber, dem Gaststätten- und Hotelverband, sowie weiteren Experten über bessere Vollzugsmöglichkeiten im Jugendschutz verständigt.

Der Runde Tisch zielte darauf ab, gesetzestreu Verhalten zu fördern und die schwarzen Schafe, die gegen die Jugendschutzgesetze verstoßen, zu belangen. Der Runde Tisch hat vereinbart, dass

- für die Einführung von Kassensystemen geworben wird, die ein deutliches Signal geben,
- wenn jugendschutzrelevante Produkte erfasst werden,
- die Öffentlichkeitsarbeit mit der Kampagne „Jugendschutz: Wir halten uns daran!“ verstärkt wird,
- das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit Verbänden Schulungsmaterial und ein Trainingsvideo zu Jugendschutzbestimmungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen entwickelt,
- die Länder empfindliche Bußgeldsätze für Gesetzesverstöße festlegen,
- der Vollzug durch regelmäßige Schwerpunktkontrollen effizienter werden soll,
- das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Internetseite einrichtet,
- die vor allem für Eltern die Regelungen des Jugendschutzes klar aufzeigt und
- Computerspiele und Bildträger deutlichere Alterskennzeichen erhalten.

Mit den Jugendministerien, Kommunalen Spitzenverbänden, Wirtschafts- und Jugendverbänden wurden bereits weiterführende Gespräche zur Umsetzung der Maßnahmen geführt.

Darüber hinaus liegt der Endbericht zur Gesamtevaluierung „Analyse des Jugendmedienschutzsystems – Jugendschutzgesetz und Jugendmedienschutz-Staatsvertrag“ des Hans-Bredow-Instituts (HBI) vor. Zurzeit werden die Jugendschutzvorschriften auf der Grundlage der Evaluierung von Bund und Ländern überprüft. Die Ergebnisse bleiben abzuwarten.

31. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich des Rauchverhaltens von Kindern und Jugendlichen?

Gibt es in diesem Zusammenhang Erkenntnisse, dass Kinder und Jugendliche aus armen Familien häufiger rauchen?

Das Rauchverhalten von Kindern und Jugendlichen wird im Rahmen von bundesweiten Repräsentativbefragungen untersucht, die die BZgA in regelmäßigen Abständen durchführt. Die jüngste dazu von der BZgA durchgeführte Befragung von 3 600 repräsentativ dem Zufall nach ausgewählten Kindern und Jugendlichen ist datiert vom Frühjahr 2007.

Aus diesen Befragungsergebnissen wird deutlich, dass das Rauchverhalten bei Kindern und Jugendlichen einen historischen Tiefstand erreicht hat: Der Anteil der 12- bis 17-jährigen rauchenden Kinder und Jugendliche ist von 28 Prozent im Jahr 2001 über 20 Prozent im Jahr 2005 auf 18 Prozent im Jahr 2007 zurückgegangen. In keiner der seit 1979 regelmäßig durchgeführten Befragungen der BZgA bei Jugendlichen konnte ein so niedriger Wert im Zigarettenkonsum festgestellt werden.

Die positive Entwicklung ist bei den weiblichen und männlichen Jugendlichen gleichermaßen nachzuweisen.

Da Angaben von Kindern und Jugendlichen zum Haushaltseinkommen der Familie nur mit großer Zurückhaltung interpretiert werden können, ist eine Diffe-

renzierung der befragten Jugendlichen im Sinne eines Armutskonzepts, das sich am Haushaltseinkommen orientiert, nicht möglich.

Der Anteil rauchender Jugendlicher beträgt in der Sekundarstufe I insgesamt 18 Prozent. Der Anteil der Raucherinnen und Raucher variiert aber deutlich in Abhängigkeit der Schulform. In der Hauptschule rauchen 24 Prozent, in der Realschule 14 Prozent und im Gymnasium nur 7 Prozent der Schülerinnen und Schüler. Im Vergleich zu Schülerinnen und Schülern aus dem Gymnasium ist damit das Risiko, dass Hauptschüler rauchen, um mehr als das Dreifache erhöht. Dieser gravierende Unterschied findet sich sowohl für weibliche als auch männliche Jugendliche. In den Hauptschulen fand zudem nicht der Rückgang des Anteils rauchender Kinder und Jugendlicher statt, der insgesamt zu beobachten ist.

32. Welche Gründe kann es nach Ansicht der Bundesregierung dafür geben, dass, obwohl die Vorsorgeuntersuchungen für Kinder zwischen 0 und 6 Jahren sowie die so genannte J-Untersuchung von Jugendlichen zwischen 12 und 14 Jahren gebührenfrei sind, dieses Angebot von Eltern mit niedrigem Einkommen seltener als von anderen Eltern in Anspruch genommen wird?
- a) Inwiefern sieht die Bundesregierung ein allgemeines gesellschaftliches Klima der Stigmatisierung von Menschen oder Menschengruppen, die auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sind, als einen möglichen Grund dafür, dass arme Kinder von ihren Eltern seltener zu Vorsorgeuntersuchungen geschickt werden?
 - b) Wie kann die Teilnahmequote erhöht werden, ohne einen Zwang oder Sanktionen auszuüben?
 - c) Welche besonderen Maßnahmen plant die Bundesregierung für Kinder mit Migrationshintergrund?

Die Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder ist insgesamt gut. Bei den sechs Untersuchungen des ersten Lebensjahres werden im Durchschnitt Teilnahmeraten von über 92 Prozent erreicht. Gemäß den Ergebnissen des KiGGS sinkt die durchschnittliche Teilnahmerate für die Untersuchungen zwischen dem 2. und 6. Lebensjahr auf 86 Prozent. Bei Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus ist die Teilnahmerate etwas geringer und liegt ca. 5 bis 7 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt (zwischen 91 Prozent für die U3 bis zu 79 Prozent für die U9).

Deutlich seltener werden die Untersuchungen von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund wahrgenommen (zwischen 81 Prozent für die U3 bis zu 68 Prozent für die U9).

Laut einer von der BZgA in Auftrag gegebenen Expertise liegen die Ursachen für die geringere Wahrnehmung dieser Früherkennungsuntersuchungen insbesondere durch sozial benachteiligte Familien und Familien mit Migrationshintergrund häufig in

- praktischen Hemmnissen, z. B. keine Betreuung für Geschwisterkinder, Vergessen des Termins oder weitere Entfernungen zum Kinderarzt,
- unzureichenden Informationen über Untersuchungsangebote, Impfmöglichkeiten, Sinn der Untersuchung, Beratungsmöglichkeiten beim Arzt etc.,
- unzureichendem Wissen, dass mit dem eigenen Handeln Gesundheit und Krankheit beeinflusst werden können,
- Angst und Scham den Ärzten gegenüber, seltener positiver Resonanz der Ärzte,

- Mangel an fremdsprachigen Informationen, Unkenntnis der Ärzte über landestypische gesundheitsbezogene Einstellungen.

Der Bundesregierung liegen keine Hinweise darauf vor, dass ein allgemeines gesellschaftliches Klima der Stigmatisierung von auf Sozialleistungen angewiesenen Personen für eine geringere Teilnahmerate ursächlich sein könnte.

Die Bundesregierung setzt sich auf vielfältige Weise für eine weitere Erhöhung der Teilnahmerate am Kinderuntersuchungsprogramm ein, z. B.:

- Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) führt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) ein bundesweites Projekt zur Erhöhung der Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen U7, U8 und U9 durch, deren Schwerpunkt bei Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Familien liegt (Aktion „Ich geh’ zur U! Und Du?“).
- Die BZgA hat im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit einen Elternordner „Gesund groß werden“ entwickelt, der über den Inhalt und Ablauf der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder und Jugendliche informiert und Tipps für die gesunde Entwicklung der Kinder gibt. Der Elternordner wird in mehreren Modellregionen Eltern bei der Geburt ihres Kindes zur Verfügung gestellt.
- Gemeinsam mit den Ländern setzt sich das BMG dafür ein, dass Familien verstärkt Einladungen zu den Früherkennungsuntersuchungen für Kinder erhalten. Durch eine Ergänzung des § 26 SGB V sollen die Krankenkassen verpflichtet werden, bei Maßnahmen zur Erhöhung der Inanspruchnahme der Kinderuntersuchungen mitzuwirken. Eine entsprechende gesetzliche Regelung ist mit dem Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung auf den Weg gebracht. Damit wird ein diesbezüglicher Beschluss der Ministerpräsidenten und der Bundesregierung zur Prävention von Kindesmisshandlungen vom 19. Dezember 2007 umgesetzt.

33. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, welche Krankenkassen Bonusprogramme zur Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen aufgelegt haben?
- a) Welche sind das?
 - b) Wie sind diese Programme ausgestaltet?
 - c) Welche Wirkungen zeigen die Programme?

Die Fragen 33, 33a, 33b und 33c werden gemeinsam beantwortet.

Eine detaillierte Aufstellung, welche Krankenkassen ihren Versicherten Bonusprogramme nach § 65a Abs. 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) anbieten, liegt der Bundesregierung nicht vor. Eine Abfrage bei den Spitzenverbänden der Krankenkassen hat aber ergeben, dass die meisten gesetzlichen Krankenkassen Bonusprogramme für die regelmäßige Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen aufgelegt haben. Diese Bonusprogramme sind in der Regel nicht für eine bestimmte Zielgruppe – wie zum Beispiel ausschließlich für Kinder – konzipiert, sondern richten sich an alle Versicherten der jeweiligen Krankenkasse.

Die konkrete Ausgestaltung der Bonusprogramme variiert von Krankenkasse zu Krankenkasse, wobei die Versicherten für die Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen und qualitätsgesicherten Gesundheitskursen in der Regel Bonuspunkte erhalten, die in Sachprämien, Wertschecks oder Bargeld umgewandelt werden können.

Für die Bonusgewährung müssen je nach Krankenkasse unterschiedliche Voraussetzungen erfüllt werden. So erfolgt die Bonusgewährung häufig bei Familien beispielsweise nicht für einzelne Vorsorgeuntersuchungen, sondern es wird verlangt bzw. es werden Anreize gesetzt, dass sowohl die Kinder als auch die Eltern die für sie relevanten Früherkennungsuntersuchungen durchführen lassen.

Nach Auskunft der Spitzenverbände der Krankenkassen werden diese Programme derzeit evaluiert.

Gegenwärtig können keine belastbaren (krankenkassenartenübergreifenden) Aussagen über die Wirkung dieser Programme getroffen werden.

34. Hält die Bundesregierung das Untersuchungsprogramm der U1- bis U9-Untersuchungen wie auch der J-Untersuchungen im Hinblick auf die besonders bei sozial benachteiligten Kindern zu beobachtenden Symptome für ausreichend (bitte begründen)?
- a) Welche weiteren Untersuchungsinhalte und -möglichkeiten wären nach Ansicht der Bundesregierung wünschenswert und realisierbar?
 - b) Sollten auch im Hinblick auf die Anzahl und zeitlichen Abstände der Untersuchungen Änderungen vorgenommen werden?

Die Fragen 34, 34a und 34b werden gemeinsam beantwortet.

Die Zielsetzung des Kinderuntersuchungsprogramms nach § 26 SGB V besteht in der Früherkennung von Krankheiten, die die körperliche oder geistige Entwicklung der Kinder in nicht geringfügigem Maße gefährden. Die Auswahl der Erkrankungen, die in das Screening-Programm aufgenommen werden, erfolgt nach fachlichen Kriterien. Insoweit kann davon ausgegangen werden, dass die bedeutsamen Erkrankungen, auch die, die gehäuft bei sozial benachteiligten Kindern auftreten, im Screening-Programm enthalten sind.

Das Kinderuntersuchungsprogramm nach § 26 SGB V wird derzeit von dem für die Ausgestaltung des Programms zuständigen Gemeinsamen Bundesausschuss inhaltlich und strukturell überarbeitet und aktualisiert; auch die Untersuchungszeitpunkte und -intervalle sind Gegenstand der Überarbeitung. So wird das Angebot an Früherkennungsuntersuchungen bereits in Kürze ausgebaut werden: eine zusätzliche Untersuchung für Kinder im Alter von 3 Jahren ist bereits beschlossen und wird in Kürze eingeführt. Das Bundesministerium für Gesundheit setzt sich u. a. dafür ein, dass im Kinderuntersuchungsprogramm künftig auch Aspekte der Primärprävention und psychischer Erkrankungen verstärkt berücksichtigt werden.

35. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, wie sich die Wohnverhältnisse von armen Familien auf den Gesundheitszustand der Kinder auswirken (z. B. im Bezug auf Wohnungsschadstoffe, Feuchtigkeit, Lärmbelastung, Abgase und Verkehrssicherheit)?

In den Jahren 2003 bis 2006 wurde der Kinder-Umwelt-Survey (KUS) als Modul des Kinder- und Jugendgesundheits surveys (KiGGS) durchgeführt. Der KUS soll erstmalig umfassende Ergebnisse zur Umweltbelastung von Kindern unter Einbeziehung des Sozialstatus liefern.

Der KUS wird derzeit unter Berücksichtigung des Sozialstatus und der Wohnverhältnisse ausgewertet. Erst nach Abschluss der Auswertungen frühestens im September 2008 werden repräsentative Aussagen über den Zusammenhang zwischen Wohnverhältnissen, Sozialstatus und Erkrankungen möglich sein.

V. Kinderarmut und die kulturelle Lage

36. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Verhaltensauffälligkeiten von Kindern vor (bitte hierbei vergleichen zwischen Kindern, die längere Zeit in Armut leben oder lebten und Kindern, die keine Armut über längere Zeit erfahren mussten)?

Familiale Belastungen, vor allem des Familienklimas und der Eltern-Kind-Beziehung, sind für die Gestaltung von Beziehungen zu Gleichaltrigen und Freunden sowie zur sozialen Umwelt entscheidend. Mangelt es an elterlicher Zuwendung und Feinfühligkeit im Umgang mit den Kindern, so ist der Erwerb sozialer Kompetenzen erschwert und das Risiko zur Entwicklung von Verhaltensauffälligkeiten erhöht.

Der Bundesregierung liegen keine repräsentativen Angaben über die Zahl der armutsgefährdeten Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten vor. Aus dem Kinder und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS, 2007) ist jedoch bekannt, dass Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status mit 21,4 Prozent ein deutlich höheres Risiko für Verhaltensauffälligkeiten aufweisen. Ein hoher sozialer Status geht dagegen mit einem wesentlich geringeren Risiko einher (10,1 Prozent). Dieser Effekt ist in allen Altersgruppen konstant. Kinder aus Familien mit geringen sozioökonomischen Status haben außerdem häufiger (17,3 Prozent) Probleme im Umgang mit Gleichaltrigen als Kinder und Jugendliche aus Familien mit mittlerem (9,8 Prozent) und hohem (8,1 Prozent) sozioökonomischen Status. Dieser Zusammenhang ist bei Kindern stärker ausgeprägt als bei Adoleszenten. Auch Misshandlungen in der Kindheit erhöhen die Wahrscheinlichkeit für Verhaltensauffälligkeiten.

Soziale Nachteile oder ein geringes Einkommen können Faktoren für kindliche Verhaltensprobleme sein. Einkommensarmut, die zunächst die Eltern trifft, schlägt jedoch nicht direkt auf die Kinder durch, sondern wird von ihnen mittelbar erfahren. Allerdings nimmt die Bedeutung familiärer Faktoren ab, sobald Kinder in andere Kontexte wie Schule und Freundesgruppe eingebunden werden.

Auch die Dauer der Armutslage hat einen Einfluss auf Häufigkeit und Ausmaß kindlicher Verhaltensauffälligkeiten.

Kindliche Verhaltensauffälligkeiten können das Spiel-, Sprach- und Arbeitsverhalten von Kindern beeinträchtigen und sich so negativ auf die (schulische) Zukunft der Kinder auswirken. Die AWO-ISS Studie fasst diese drei Komponenten unter der kulturellen Lebenslagebedingung zusammen und konstatiert die zweitgrößten Differenzen zwischen armen und nicht-armen Kindern für diesen Bereich. Mehr als jedes dritte Kind ist kulturell benachteiligt. Die AWO-ISS Studie weist darauf hin, dass der Mangel an „kulturellen“ Grundkompetenzen den regulären (mit sechs Jahren) Übergang in die Regelschule erschwert.

Die Erfahrungen von Einkommensarmut von Kindern sind ebenso hochkomplex, wie die Gruppe der Betroffenen selbst heterogen ist. Die Untersuchungen zum Einfluss der ökonomischen Deprivation auf die psychische Anpassung von Kindern und Jugendlichen wird dadurch erschwert. Monokausale Erklärungsmuster werden der Komplexität der Zusammenhänge daher nicht gerecht. Ergänzend wird auf die Antwort zu Frage 39 verwiesen.

- a) Wie viele in Armut lebende Kinder zeigen Auffälligkeiten in ihrem Spielverhalten?

Zwar stellen einige Studien Beziehungen zwischen dem Spielverhalten (der Aktivitätswahl von Kindern) und dem sozioökonomischen Status her. – So werden in der AWO-ISS Studie bei 36 Prozent der armen Kinder verglichen mit 16 Pro-

zent der nicht-armen Kinder ein auffälliges Spielverhalten konstatiert. In diesem Zusammenhang gelten Kinder als arm, wenn die Familie des Kindes entweder Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezieht und/oder das Einkommen der Familie unterhalb der gültigen 50-Prozent-Einkommensgrenze liegt und zugleich die Beiträge für die Kindertagesstätte vollständig vom Jugendamt ersetzt werden. Es gibt jedoch auch andere Studien, die keine Unterschiede finden bzw. sogar umgekehrte Effekte. Die Nachweise armutsbedingter Unterschiede im Spielverhalten sind demnach nicht konsistent. Neben den sozialen Faktoren existieren außerdem individuelle Faktoren, die einen Einfluss auf die Entwicklung des Spielverhaltens in der frühen Kindheit haben. Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse hinsichtlich der Wirkung anhaltender und akuter Armut auf das Spielverhalten von Kindern vor.

- b) Wie viele in Armut lebende Kinder zeigen Auffälligkeiten in ihrem Sprachverhalten?

Der Bundesregierung liegen keine repräsentativen Angaben über die Zahl der armutsgefährdeten Kinder mit Auffälligkeiten im Sprachverhalten vor.

- c) Wie viele in Armut lebende Kinder zeigen Auffälligkeiten bei ihrem Arbeitsverhalten in der Kita oder Schule?

Der Bundesregierung liegen dazu keine belastbaren Daten vor.

37. Welchen speziellen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung hier, um Entwicklungsdefizite in diesen Bereichen auszugleichen?
- a) Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass Erzieherinnen und Erzieher im Vorschulalter sowie Lehrerinnen und Lehrer eine spezielle Ausbildung brauchen, damit sie eventuelle Entwicklungsprobleme in Armut lebender Kinder besser erkennen, mit diesen umgehen und abbauen können?

Die Fragen 37 und 37a werden gemeinsam beantwortet.

Nach Auffassung der Bundesregierung bedarf es keiner speziellen Ausbildung für die Bildung, Erziehung und Betreuung von armutsgefährdeten Kindern. Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen und Schulen grundsätzlich auf hohem Niveau ausgebildet werden muss, um den Bildungs- und Betreuungsauftrag erfüllen zu können.

Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erziehern liegt grundsätzlich in der Verantwortung der Länder. In den letzten Jahren sind in die Ausbildung für die Lehrämter wie auch in der Lehrerfortbildung verstärkt Module zur Stärkung der Diagnosefähigkeit implementiert worden. Hierbei steht besonders die individuelle Förderung des einzelnen Kindes oder Jugendlichen im Mittelpunkt. Die Kultusministerkonferenz hat die Grundlagen für die entsprechenden Module in den „Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften“ mit Beschluss vom 16. Dezember 2004 vereinbart.

Erzieherinnen und Erzieher sollten im Rahmen der Ausbildung sowie der Weiterbildung für die speziellen Probleme armutsgefährdeter Kinder sensibilisiert werden und mit den neuesten Erkenntnissen über ihre Förderung vertraut gemacht werden. Sie sollten zudem die erforderlichen Instrumente an die Hand bekommen, die ihnen ermöglichen, Entwicklungsprobleme zu erkennen und durch individuelle Maßnahmen darauf einzugehen. Besonderes Augenmerk sollte auf die Kooperation mit den Eltern dieser Kinder gelegt werden.

- b) Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung im Allgemeinen, was den erforderlichen Qualifikationsgrad des mit vorschulischer Erziehung beauftragten Personals anbelangt?
- c) Was spricht gegen eine Anhebung der Qualifikationsniveaus auf Hochschulniveau?

Die Fragen 37b und 37c werden gemeinsam beantwortet.

Grundsätzlich sind die Länder für die Gestaltung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern verantwortlich. Die Ausbildung der staatlich geprüften/anerkannten Erzieher/Erzieherinnen erfolgt an Fachschulen nach der Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz vom 7. November 2002.

Die Bundesregierung sieht bei der Aus- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte einen Schlüssel für die Qualitätsentwicklung in der Praxis. Dabei ist die Ausbildungsqualität der entscheidende Faktor. Hier lassen sich auch im Rahmen der Fachschulausbildung Verbesserungen erreichen. Die Bundesregierung begrüßt die in vielen Ländern begonnenen Maßnahmen zur weiteren Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern. Beispielsweise tragen die in der letzten Zeit von Hochschuleinrichtungen angebotenen Aus- und Weiterbildungsangebote dazu bei, die Qualität der Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote in den Kindertageseinrichtungen zu verbessern.

Wichtig für die Qualitätssicherung und -steigerung ist darüber hinaus der Ausbau der Unterstützungssysteme für das pädagogisch tätige Personal. Ein dichtes Netz an Beratung und Weiterbildungsangeboten kann einen besseren Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in der Praxis ermöglichen. Mit Blick auf die notwendige Qualitätsverbesserung und die Stärkung des Bildungsauftrages in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege gewinnt die kontinuierliche Fort- und Weiterbildung einen immer höheren Stellenwert.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Bundesministerium für Bildung und Forschung werden gemeinsam im Sommer 2008 eine „Fortbildungsinitiative Kinderbetreuung“ für Erzieherinnen und Erzieher sowie Tagespflegepersonen starten, die die entsprechenden Anstrengungen der Länder unterstützt. Dafür werden für die jeweiligen Zielgruppen Weiterbildungsmodule entwickelt, die dann über ein Internetportal zur Verfügung gestellt werden. Diese Bausteine werden in Zusammenarbeit mit regionalen Weiterbildungsanbietern ergänzt.

Auch diese Maßnahme ist Teil der „Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung – Aufstieg durch Bildung“, die das Bundeskabinett im Januar 2008 beschlossen und dem Deutschen Bundestag zugeleitet hat (Bundestagsdrucksache 16/7750).

- d) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für die Festschreibung von Bildungsstandards?

Die Festlegung von Bildungsstandards liegt allein in der Verantwortung der dafür zuständigen Länder. Gleichwohl unterstützt die Bundesregierung die Bemühungen der Länder und Kommunen um eine bessere Qualität in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege. Dies geschieht zum Beispiel in Form der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geplanten „Qualitätsoffensive zur frühkindlichen Bildung und Förderung“. Im Rahmen dieses Vorhabens sollen u. a. gemeinsam mit Ländern, Kommunen und freien Trägern Eckpunkte für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern unter drei Jahren entwickelt werden.

38. Welche konkreten Pläne hat die Bundesregierung, um die Resilienz (Widerstandsfähigkeit) in Armut lebender Kinder zu stärken?

Unter Resilienz versteht man die Fähigkeit, erfolgreich mit belastenden Lebenssituationen umzugehen. Resilienz ist damit kein angeborenes Persönlichkeitsmerkmal, sondern eine Fähigkeit, die im Lauf der Entwicklung erworben wird. Resilienz kann außerdem über die Zeit hinweg variieren. Einmal resilient heißt nicht, immer resilient.

Die Bundesregierung will Eltern und Kinder unterstützen, die mit Einkommensarmut einhergehenden Anforderungen zu meistern, d. h. sie widerstandsfähiger gegen die Risiken und Folgewirkungen dieser Situation zu machen. Hierbei setzen die geeigneten politischen Maßnahmen auf den verschiedenen relevanten Ebenen an. Auf der individuellen Ebene, direkt beim Kind, auf Beziehungsebene durch die Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz. Aber auch bei den Kindertageseinrichtungen und Schulen, denen als kompensatorische Sozialisationsinstanz eine entscheidende Bedeutung zukommt.

Zu den individuellen/personalen Ressourcen zählen die Fähigkeit, Hilfe zu erbitten, Problemlöse- und Kommunikationsfähigkeiten, ein positives Selbstkonzept, Selbstwirksamkeitsüberzeugungen (die subjektive Überzeugung, sich in verschiedenen Verhaltensbereichen kompetent verhalten zu können), eine hohe soziale Kompetenz, Zuversicht, Empathiefähigkeit sowie die Fähigkeit, Sinn und Zweck in der eigenen Existenz zu sehen (Kohärenzgefühl). Zu den Schutzfaktoren in der Familie zählen enge, positiv-emotionale und stabile Beziehungen zu mindestens einer Bezugsperson, Wertschätzung, Respekt und Akzeptanz dem Kind gegenüber sowie ein konsistentes Erziehungsverhalten. Zu den Risikofaktoren gehören unter anderem die fehlende Beaufsichtigung des Kindes, Suchtabhängigkeit, Gewalt, Misshandlung, Vernachlässigung und Delinquenz in der Familie. Auch Faktoren im sozialen Umfeld spielen eine Rolle bei der Widerstandsfähigkeit von Kindern im Umgang mit belastenden Lebenssituationen. Hilfreich sind hier eine unterstützende Person außerhalb der Familien, positive Peerkontakte und leicht erreichbare Ressourcen auf kommunaler Ebene.

Armutsgefährdete Kinder profitieren daher besonders von institutionellen Ressourcen, wie zum Beispiel den Bildungs- und Betreuungsangeboten oder von Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe. Formelle Betreuungseinrichtungen haben einen positiven Effekt auf schulische Leistungen und die Sozialentwicklung von armutsgefährdeten Kindern.

Der Vielzahl der Resilienzfaktoren entsprechend gestalten sich auch die Förderungsansätze auf der jeweiligen Ebene in den unterschiedlichsten Formen. Für alle Ansätze zur Förderung der Resilienz ist jedoch Folgendes bedeutsam: Angebote zur Förderung sollten möglichst früh und im biographischen Verlauf immer wieder unterbreitet werden. Nicht nur die Kinder, auch die Eltern, Mitarbeiter in sozialen Diensten und Bildungseinrichtungen müssen einbezogen werden. Angebote zur Förderung von Resilienz müssen sozialraumorientiert und niedrigschwellig sein (Dokumentation der Fachtagung, „Resilienz – Was Kinder aus armen Familien stark macht“, 2006). Hilfreich ist außerdem eine Schaffung sozialer Netzwerke und Förderung einer Kultur der Selbsthilfe. Um Armutsgefährdung von Kindern langfristig zu beseitigen „bedarf [es] eines komplexen Zusammenwirkens unterschiedlicher Akteure vor Ort, wie z. B. den Kindergärten, Schulen, Erziehungsberatungsstellen, Nachbarschaftszentren etc., sowie andererseits Handlungsansätze, die ... auch die Eltern und das unmittelbare soziale und sozialräumliche Umfeld in den Blick zu nehmen.“ (Irina Bohn, Dokumentation der Fachtagung, „Resilienz – Was Kinder aus armen Familien stark macht“, 2006). Es kommt weniger auf die Schaffung neuer Projekte, als vielmehr den qualitativen Ausbau bereits bestehender Hilfen an.

- a) Welchen Stellenwert nehmen hierbei nach Ansicht der Bundesregierung die Teilnahme der Kinder an öffentlicher Kindertagesbetreuung und die damit verbundene Einbindung in soziale Netzwerke ein?

Die Trennung von Wohn- und Arbeitswelt sowie die Reduzierung von Kontaktmöglichkeiten im Familienrahmen, wo immer weniger Erwachsene und Geschwister täglich als Familienmitglieder erlebt werden, beschneiden den Erfahrungsraum für Kinder in Familien. Zudem sind Kleinfamilien aufgrund ihrer Struktur als „sicherer Hort des Aufwachsens“ gefährdet, sobald die Beziehung des Elternpaares nicht mehr tragfähig ist oder Belastungsfaktoren das Leben erschweren. Soziale Netzwerke können in zweierlei Hinsicht unterstützend wirken. Wenn Mütter und Väter von der alleinigen Verantwortung für die Kinder entlastet werden, trägt das dazu bei, die Stabilität der Elternbeziehungen zu stützen. Außerdem bieten verlässliche soziale Netzwerke den Kindern über das Zusammenleben mit den Eltern hinaus weitere kontinuierliche Beziehungen, die eine Absicherung bei Gefährdungen ermöglichen. Wenn etwa Beziehungsprobleme, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Geldsorgen oder Suchtprobleme die Eltern belasten und die Lage der Kinder unsicher machen, bleibt der regelmäßige Besuch einer Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflegestelle bestehen, wo die Kinder Akzeptanz, Unterstützung und Freundschaft erfahren. Ergänzend wird auf die Antwort zu Frage 14d verwiesen.

- b) Wie beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des voraussichtlichen Fachkräftemangels ihre Krippenausbaupläne bis 2013 zu verwirklichen?

Die Bundesregierung geht nicht von einem Fachkräftemangel im Bereich der Kinderbetreuung aus. Zusätzlich wird erwartet, dass auf der Ebene der Bundesländer bei Bedarf die Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher und insbesondere auch für fachhochschulausgebildete Fachkräfte gesteigert werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der volle zusätzliche Bedarf sich erst im Jahr 2013 ergibt.

- c) Wie will die Bundesregierung verhindern, dass qualifiziertes Krippen- und Kitapersonal aus Ostdeutschland aufgrund der höheren Löhne und Gehälter in den westdeutschen Bundesländern dorthin abwandert und ein überdurchschnittlicher Fachkräftemangel gerade in den ostdeutschen Ländern entsteht?

Die Rekrutierung von Erzieherinnen und Erziehern liegt in der Zuständigkeit der Bundesländer. Über Wanderungsbewegungen von Erzieherinnen und Erziehern gibt es keine konkreten statistischen Angaben.

Da das pädagogische Personal in Ostdeutschland zwischen 2002 und 2006 nicht zurückgegangen, sondern leicht angestiegen ist (vgl. DJI-Zahlenspiegel 2007, Tabelle 7.1, Seite 171), kann bislang nicht von einer Abwanderungstendenz ausgegangen werden.

- d) Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen eines Betreuungsgeldes (wie in Thüringen) auf die Teilnahme sozial benachteiligter Kinder an möglichst früher Förderung in der Krippe?

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung hieraus hinsichtlich ihrer eigenen Bedarfsprognose zur Kleinkinderbetreuung?

Wie bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage „Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern für den geplanten Krippenausbau“ (Bundestagsdrucksache 16/5555) ausgeführt, ist eine auf das Bundesgebiet übertragbare Beurteilung der Auswirkungen des im Freistaat Thüringen am 1. Juli 2006 eingeführten Erziehungsgel-

des nur auf der Basis empirischer Daten möglich. Entsprechende Daten liegen der Bundesregierung nicht vor.

Der Koalitionsausschuss hat festgelegt, dass im Zuge der Einführung des Rechtsanspruchs 2013 für Eltern, die ihre Kinder von 1 bis 3 Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung (z. B. Betreuungsgeld) eingeführt werden soll. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Novellierung des SGB VIII bringt diese Absicht zum Ausdruck.

- e) Welche Vor- und welche Nachteile hätte nach Ansicht der Bundesregierung ein so genanntes Gutscheinmodell für sozial benachteiligte Kinder (Bezug nehmend auf Erfahrungen in Hamburg und Berlin)?

Welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung daraus für ihre Bedarfsprognose zum Krippenausbau?

Über die Auswirkungen der Nachfrageorientierung von Gutscheinmodellen auf sozial benachteiligte Kinder liegen der Bundesregierung keine empirisch gesicherten und auf das Bundesgebiet übertragbaren Erkenntnisse vor. Rückschlüsse auf den Bedarf an Krippenplätzen sind insoweit nicht relevant, als die Bundesregierung die Einführung eines Rechtsanspruchs für einen Betreuungsplatz in einer Einrichtung oder in Kindertagespflege für die ein- bis dreijährigen Kinder ab 1. August 2013 vorsieht.

- f) Wie hoch ist in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit gemeinsamer Familienaktivitäten einzuschätzen, und sind die durch das SGB II gesetzten finanziellen Rahmenbedingungen dafür ausreichend?

Gemeinsame Aktivitäten der Familienmitglieder stärken die soziale und emotionale Bindung zwischen Eltern und Kindern. Neben anderen Faktoren stärkt eine stabile und verlässliche Bindung die Resilienz armutsgefährdeter Kinder.

Gemeinsame Aktivitäten ermöglichen den Eltern am Leben ihrer Kinder zu partizipieren und den Kindern von positiven Rollenmodellen zu lernen. Bedeutend in diesem Zusammenhang sind die elterliche Erziehungskompetenz und ein konsistentes Verhalten im Umgang mit den Kindern.

- g) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung um dem Zustand, dass Familien in Armut leben, trotz voller Erwerbstätigkeit der Eltern, entgegenzuwirken, angesichts der Tatsache, dass die Gruppe der „working poor“ in den letzten Jahren besonders stark gewachsen ist?

Ziel der Bundesregierung ist es, die Rahmenbedingungen für Vollzeitbeschäftigung einschließlich der einkommensbezogenen Sozialleistungen so zu verbessern, dass bei einem hinreichenden Erwerbsumfang grundsätzlich die Unabhängigkeit von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) gewährleistet ist. Dies wird durch die Weiterentwicklung der bestehenden Leistungen des Kinderzuschlags und des Wohngelds unterstützt. Insbesondere sollen Eltern, die ihren eigenen Bedarf decken können, nicht wegen ihrer Kinder auf ergänzende Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende angewiesen sein. Aus diesem Grund wurde der Kinderzuschlag, der gewährt wird, wenn die Eltern ihren eigenen Lebensunterhalt, aber nicht den ihrer Kinder decken können, weiterentwickelt. Zu den geplanten Änderungen beim Kinderzuschlag wird auf die Antwort zu Frage 9 bzw. zum Wohngeld auf die Antwort zu Frage 20 verwiesen.

39. Welche Daten liegen der Bundesregierung vergleichend zwischen armen und nichtarmen Kindern vor bezüglich

a) emotionaler Probleme,

Emotionale Symptome, vor allem Angst und Traurigkeit (Niedergeschlagenheit), stellen ein zentrales Problem zahlreicher psychischer Störungen dar. Der Bundesregierung ist bekannt, dass ausgeprägte Unterschiede in der emotionalen Befindlichkeit sich auch bezüglich des sozioökonomischen Status zeigen. Eltern mit niedrigem sozioökonomischem Status berichten bei ihren Kindern mit 12,6 Prozent häufiger von emotionalen Problemen als Eltern mit hohem sozioökonomischen Status (6,4 Prozent). Diese Unterschiede werden bei den 14- bis 17-Jährigen nicht signifikant (Kinder- und Jugendgesundheitssurveys, 2007).

Die psychosozialen Auswirkungen von Armutsgefährdung sind bei Mädchen anders als bei Jungen: Während Mädchen eher von materiellen Restriktionen getroffen werden und weniger in ihrem Selbstwertgefühl, zeigt sich bei Jungen, vermittelt über die psychische Belastung der Eltern, eine vermehrte emotionale Instabilität sowie ein problematischeres Selbstbild. Die konkreten Auswirkungen der Armutsgefährdung sind stets und vor allem vom subjektiven Empfinden der sozio-ökonomischen Benachteiligung seitens der Kinder und Jugendlichen abhängig.

Benachteiligte Kinder und Jugendliche haben eine geringere Lebenszufriedenheit und sind häufiger niedergeschlagen. Auf Arbeitslosigkeit der Eltern reagieren vor allem Kinder häufig mit Entmutigung und Resignation, Verschlechterung der Konzentration und emotionaler Instabilität. Dies wird verstärkt, wenn Konflikte der Eltern hinzukommen.

Die Befunde zum Verhältnis von Armutsgefährdung und Ängsten divergieren. Während einige massiverer Ängste und Sorgen (insbesondere die Zukunft betreffend) bei Kindern und Jugendlichen in sozial benachteiligten Lebenslagen feststellen, verweisen andere auf geringe bis gar keine Zusammenhänge zwischen Armutsgefährdung und Angst.

Vor allem bei chronischer Einkommensarmut zeigen sich jedoch hinsichtlich der Ängstlichkeit, Niedergeschlagenheit und Depressivität nachteilige Entwicklungen. Selbst bei kurzfristiger Einkommensarmut sind Belastungen der Kinder und Jugendlichen hinsichtlich dieser Merkmale zu beobachten und ein Erholungseffekt, wenn sich die finanziellen Verhältnisse der Familie wieder bessern, ist nicht zwangsläufig zu erwarten.

Je mehr Übergänge in Einkommensarmut erlebt wurden, umso stärker sind Angst und Depression. Neben der Dauer hängen die psychosozialen Folgen der Einkommensarmut auf die Kinder sehr stark von den Familienverhältnissen (Beziehungsqualität, Belastungsfähigkeit) sowie vom Verhältnis der Versorgungslagen (Einkommen, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnen, soziale Netzwerke) zueinander ab.

b) Hyperaktivitätsproblemen,

Das Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom (ADS) oder auch Hyperaktivitätsstörung (ADHS), sind Störungen, die im Kleinkindalter, Kindheit oder Adoleszenz beginnen können. Unaufmerksamkeit, Hyperaktivität und Impulsivität gehören zu den Kernsymptomen der Störung. Diese führen zu Beeinträchtigungen in sozialen, schulischen oder beruflichen Funktionsbereichen. Insgesamt 4,8 Prozent der Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland haben eine ärztliche oder von einem Psychologen diagnostizierte ADS.

Ergebnisse aus dem für die Bundesrepublik Deutschland repräsentativen Kinder- und Jugendgesundheitssurvey (KiGGS) berichten, dass ADS (mit Ausnah-

me der 3- bis 6-Jährigen) in allen Altersgruppen um 6,4 Prozent häufiger bei Kindern aus Familien mit mittlerem oder geringem sozioökonomischen Status (5 Prozent respektive 3,2 Prozent) vorzufinden sei, als bei Kindern mit hohem sozioökonomischem Status. Demnach wäre soziale Benachteiligung ein Risikofaktor für ADS. Familien mit sozioökonomisch niedrigem Status berichten zwei Mal so häufig von einer ADS Diagnose ihrer Kinder als Familien mit hohem sozioökonomischem Status. Betrachtet man die ADS-Verdachtsfälle, steigt der soziale Gradient sogar auf ein 2,8-Faches bei Familien mit niedrigen sozioökonomischen Status gegenüber Familien mit hohem sozioökonomischen Status.

Die Korrelationen der sozioökonomischen Faktoren mit Persönlichkeitsmerkmalen des Kindes fallen insgesamt gering aus. Grundlegende kindliche Temperaments- bzw. Persönlichkeitsaspekte unterliegen in höherem Maß genetischen und perinatalen Einflüssen als solchen aus der gesellschaftlichen Umwelt.

Allerdings verstärken ungünstige Bedingungen, wie eine mangelnde Integration des Kindes in die Kindergartengruppe, belastende Bedingungen im Kindergarten/in der Schule, mangelnde familiäre Ressourcen oder Wärme in den familiären Beziehungen, sowie ein inkonsistentes Erziehungsverhalten die Symptomatik des ADS und führen zu einer Ausweitung der Verhaltensprobleme des Kindes.

Ein Kernsymptom des ADS ist Hyperaktivität, auch motorische Unruhe. Es gibt Studien, die speziell für dieses Symptom herausgefunden haben, dass in Haushalten, die einer höheren sozialen Schicht angehören die motorische Unruhe der Kinder geringer ist. Wobei soziale Schicht operationalisiert wurde als Bildungs- und Einkommensverhältnis der Eltern. Motorische Unruhe der Kinder wird von den Müttern in einkommensschwächeren, statusniedrigeren und durch Arbeitslosigkeit belasteten Familien häufiger genannt. Ein positiv wahrgenommenes Familienklima geht einher mit weniger motorischer Unruhe.

c) aggressiven Verhaltens?

Vergleichend zwischen armutsgefährdeten und nicht-armutsgefährdeten Kindern liegen der Bundesregierung keine repräsentativen Angaben über aggressives Verhalten vor.

Wie in Frage 39a bereits besprochen kann finanzielle Verknappung und Arbeitslosigkeit der Eltern auf mehreren Wegen zu emotionalen Belastungen der Kinder beitragen. Neben Ängstlichkeit, Depressivität und Gefühlen der Traurigkeit (internalisierende Verhaltensauffälligkeiten) können dieses auch in Form einer Ärgerreaktion, Feindseligkeit, Aggressivität sowie erhöhter Transgressionsbereitschaft (externalisierenden Verhaltensauffälligkeiten) zum Ausdruck kommen.

Im Sprachgebrauch setzt man Aggression oft mit Gewalt gleich. Eine eindeutige Trennlinie gibt es nicht. Man unterscheidet Opfer von Tätern und solche die sowohl Opfer als auch Täter sind. Das Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS, 2007) befragte Kinder und Jugendliche zu ihren Erfahrungen mit Gewalt in den letzten zwölf Monaten. Kinder und Jugendliche aus Familien mit hohem Sozialstatus berichten mit vier Fünfteln weit weniger von Gewalterfahrungen (weder als Täter noch als Opfer) als Kinder mit mittleren und geringen sozioökonomischen Status. Sie fanden außerdem, dass bei Kindern mit einem geringen Sozialstatus der Anteil der Täter fast doppelt so hoch ist wie bei Kindern und Jugendlichen aus Familien mit hohem Sozialstatus. Während sich bei den Opfern keine Unterschiede hinsichtlich des Sozialstatus finden, ist die Gruppe der Opfer/Täter bei Kindern und Jugendlichen aus Familien mit niedrigem Sozialstatus klar überrepräsentiert (KiGGS, 2007).

Instrumentelle (zielorientierte) Gewaltbefürwortung und expressive (situative) Gewaltbereitschaft (die Bereitschaft Gewalt anlassbezogen auszuagieren z. B. als eine Reaktion auf eine Beleidigung) sind bei Kindern und Jugendlichen mit niedrigem Sozialstatus etwa drei mal so stark ausgeprägt wie bei Kindern und Jugendlichen aus Familien mit hohem Sozialstatus (KiGGS, 2007).

40. Sieht die Bundesregierung in der besonderen Förderung kindlicher Bildung ein wesentliches Merkmal wirksamer Armutsprävention?

Die Bundesregierung sieht in der frühen und individuellen Förderung von Kindern einen zentralen Ansatzpunkt, um den engen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg zu durchbrechen. Eltern mit einem niedrigen Qualifikationsniveau und geringem Einkommen fällt es aufgrund fehlender eigener Erfahrungen oft schwerer als anderen, ihre Kinder im Bildungsalltag zu unterstützen. Dies macht sich bereits vor dem Schuleintritt z. B. in der Sprachentwicklung der Kinder bemerkbar. Der Bildungserfolg von Kindern aus bildungsfernen Familien ist dadurch oftmals schon in der Grundschule geringer. Zudem schaffen sie auch seltener den Übergang auf das Gymnasium. Dieser Zusammenhang gilt besonders für Kinder mit Migrationshintergrund. Das Vorhandensein einer hochwertigen Infrastruktur für die Betreuung und frühe Bildung von Kindern ist deshalb eine unverzichtbare Voraussetzung zur Unterstützung der Eltern bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder.

- a) Falls ja, wie drückt sich dies im Regelsatz nach SGB II für Kinder aus, d. h., wie groß ist der für Schulmaterial vorgesehene Anteil, und wie berechnet er sich?

Zur Beantwortung der Frage 40a wird auf die Antworten zu den Fragen 12d, 12f und 12l verwiesen.

- b) Wie lässt es sich logisch erklären, dass der Regelsatz für Schulkinder dem von Säuglingen entspricht, die keine Schulmaterialien benötigen?

Dass unterschiedliche Lebensalter und Lebenssituationen ebenso wie das Geschlecht einzelne Bedarfe besonders prägen, lässt sich bei der gebotenen typisierenden Betrachtungsweise nicht durch allgemein geltende und praktikable Differenzierungen abbilden. Ergänzend wird auf die Antwort zu Frage 12e verwiesen.

- c) Liegen der Bundesregierung Informationen vor, wie hoch durchschnittlich die monatlichen Aufwendungen für Schulmaterial sind, die von den Eltern aufzubringen sind?

Welche sind dies?

Der Bundesregierung und auch der Kultusministerkonferenz liegen hierzu keine Informationen vor.

- d) Hülfe Kindern in Armut dafür der gebührenfreie Besuch einer Krippe, einer Kindertagesstätte und einer Ganztagschule (bitte für jede Einrichtung gesondert antworten)?

Für Kinder in einkommensarmen Familien besteht bereits jetzt die Möglichkeit der Gebührenfreiheit beim Besuch einer Kindertageseinrichtung.

Nach geltendem Recht (§ 90 Abs. 1 SGB VIII) können Länder und Kommunen eigenverantwortlich entscheiden, ob und in welcher Höhe sie Elternbeiträge für

die Inanspruchnahme von Kindertagesstätten erheben wollen. Landesrecht kann eine Staffelung dieser Teilnahmebeiträge und Gebühren nach Einkommensgruppen und Kinderzahl oder der Zahl der Familienangehörigen vorschreiben oder selbst entsprechend gestaffelte Beträge festsetzen.

Gemäß § 90 Abs. 3 SGB VIII soll der Teilnahmebeitrag oder die Gebühr auf Antrag ganz oder teilweise erlassen oder vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernommen werden, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zumutbar ist. Gemäß § 90 Abs. 4 SGB VIII gelten für die Feststellung der zumutbaren Belastungen die Bestimmungen des SGB XII – Sozialhilfe – entsprechend, soweit nicht Landesrecht eine andere Regelung trifft.

41. Wo sieht die Bundesregierung die Hauptursachen für eine nichterfolgreiche Schullaufbahn von Kindern?

Die internationalen Schulleistungsstudien PISA und IGLU belegen einen engen Zusammenhang zwischen dem Bildungserfolg und der sozialen Herkunft bzw. dem Migrationshintergrund von Schülerinnen und Schülern. Aussagen über Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge sind jedoch auf der Basis solcher Querschnittsstudien nur sehr eingeschränkt möglich. Um belastbare Kausalaussagen machen zu können, wären längsschnittige Darstellungen von Bildungsverläufen erforderlich (vgl. Antworten zu den Fragen 42 und 43). Auf Basis der derzeit verfügbaren Erkenntnisse benennt der zweite nationale Bildungsbericht, der im Juni 2008 veröffentlicht wurde, eine frühzeitige, differenzierte und kontinuierliche Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund als eine der zentralen Herausforderungen in den nächsten Jahren.

42. Wie beurteilt die Bundesregierung die im internationalen Vergleich sehr frühe und starke soziale Selektivität des deutschen Schulsystems, und inwieweit sind Kinder mit Migrationshintergrund hiervon z. B. aufgrund von diskriminierenden Einstufungen besonders betroffen?
- a) Inwiefern werden durch diesen Mechanismus Benachteiligungen armer Kinder perpetuiert?
- b) Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um die soziale Selektivität des deutschen Schulsystems zu vermindern?

Die Fragen 42, 42a und 42b werden gemeinsam beantwortet.

Die Fragestellung impliziert die Bewertung, dass das deutsche Schulsystem für soziale Ungleichheit und die Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund ursächlich sei. Das kann so jedoch nicht belegt werden. Die Aufklärung des Zusammenhangs zwischen schulischem Erfolg und sozialer Herkunft erfordert hingegen eine differenziertere Analyse (vgl. Antwort zu Frage 41). Richtig ist, dass es der Schule noch nicht in ausreichendem Maße gelingt, die unterschiedlichen Startbedingungen der Kinder – soweit dies möglich ist – auszugleichen und jedes Kind seinen Fähigkeiten entsprechend zu fördern.

Die Kultusministerkonferenz und das Bundesministerium für Bildung und Forschung haben deshalb u. a. ausgehend von den Ergebnissen der aktuellen PISA- und IGLU-Studien Empfehlungen verabschiedet, die insbesondere die Förderung von leistungsschwächeren Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen.

Die Länder haben seit den Befunden der ersten PISA-Untersuchungen zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um benachteiligte Kinder so zu fördern, dass sie die Schule erfolgreich durchlaufen können. Genannt seien hier v. a. Sprachstands-

erhebungen bereits im Vorschulalter mit anschließender Förderung vor Eintritt in die Schule.

Bund und Länder wirken u. a. beim Ausbau des Ganztagschulangebots zusammen. Ganztagschulen bieten durch ihr Mehr an Zeit bessere Voraussetzungen für eine individuelle Förderung, die auf die unterschiedlichen Stärken, Interessen und Voraussetzungen des einzelnen Kindes eingeht. Ganztagschulen können Unterricht und außerschulische Bildungs- und Freizeitangebote verzahnen. Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) unterstützt die Bundesregierung die Länder beim bedarfsgerechten Auf- und Ausbau von Ganztagschulen mit insgesamt 4 Mrd. Euro. Seit 2003 wurden mit den IZBB-Mitteln 12 132 Maßnahmen an bundesweit fast 6 400 Schulen durchgeführt oder für das Jahr 2008 angemeldet.

Auch ein möglichst früher Beginn der Förderung, d. h. bereits im Kindergarten, trägt zur Entkopplung von sozialer Herkunft und Schulerfolg bei.

- c) Wie beurteilt die Bundesregierung die Rolle der privaten Nachhilfe hinsichtlich der Festigung sozialer Selektion im Schulbereich?
- d) Wie gedenkt die Bundesregierung diesem Problem zu begegnen?

Die Fragen 42c und 42d werden gemeinsam beantwortet.

Die Nutzung von Nachhilfe im Sinne privater zusätzlicher Bildungsangebote zur Verbesserung der schulischen Leistungen oder der Schulnoten obliegt im Weiteren der Entscheidung der Eltern.

Bisher liegen nur wenige repräsentative empirische Studien zum Thema Nachhilfe vor, so dass keine gesicherten Aussagen über die Wirkungen von Nachhilfe möglich sind. Das BMBF hat 2007 ein wissenschaftliches Gutachten zum vorhandenen Forschungsstand und zur Datenlage im Bereich Nachhilfe in Auftrag gegeben. Das Gutachten liegt seit kurzem vor und ist dem Parlament zur Verfügung gestellt worden.

In jedem Fall sieht die Bundesregierung in verstärkter individueller Förderung, Begleitung und Unterstützung beim Lernen, z. B. durch Förderangebote und Hausaufgabenhilfen, eine Möglichkeit zur weiteren Verbesserung des Bildungssystems. Dazu gehört auch die Verstärkung der frühkindlichen Bildung, um für alle Kinder optimale Voraussetzungen für die Bewältigung der schulischen Anforderungen zu gewährleisten. Mit dem in allen Ländern forcierten Ausbau von Ganztagschulen bietet sich darüber hinaus die Möglichkeit, verstärkt Hausaufgabenhilfe und Förderunterricht in der Schule zu integrieren.

- e) Plant die Bundesregierung kommerzielle Nachhilfeanbieterinnen und Nachhilfeanbieter in die Umsatzsteuerpflicht einzubeziehen?

Die Bundesregierung plant nicht, die Leistungen kommerzieller Nachhilfeanbieter in die Umsatzsteuerpflicht einzubeziehen.

- 43. Welche Vorschläge hat die Bundesregierung, um die im Bericht des UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Bildung, Vernor Munoz, beklagte institutionelle Benachteiligung armer Kinder im deutschen Bildungssystem aufzubrechen (vgl. Familienausschussdrucksache 16 (13) 250)?

Wie beurteilt die Bundesregierung dessen Empfehlungen zur Reform des deutschen Schulsystems?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass das Bildungssystem allen Kindern und Jugendlichen die besten Chancen in Schule, Beruf oder Hochschule bieten

muss. Bund, Länder und Kommunen haben dementsprechend durch vielfältige Maßnahmen verstärkte Anstrengungen unternommen, um die Bildungsqualität und die Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems zu verbessern. Im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten werden Bund und Länder mit einer „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ die Bedingungen für Bildung und Qualifizierung in allen Bildungsbereichen weiter verbessern. Unter dem Leitgedanken „Aufstieg durch Bildung“ wird die Bundesregierung dazu beitragen, Bildungschancen zu stärken, die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen zu erhöhen und innovative Ansätze zur Reform des Bildungssystems zu unterstützen. Der Bericht des UN-Sonderberichterstatters bestätigt insofern grundsätzlich diese Weichenstellungen.

Bund, Länder und Gemeinden haben sich darauf verständigt, bis 2013 die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren soweit zu erhöhen, dass bundesweit im Durchschnitt 35 Prozent der Kinder einen Platz finden. Die Bundesregierung wird den quantitativen Ausbau durch einen qualitativen Ausbau flankieren. Ziel ist es, jedes Kind in Tageseinrichtungen und Tagespflege von Anfang an optimal in seiner individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern. Davon profitieren alle Kinder – insbesondere aber die aus bildungsfernen Familien. Der Bund unterstützt die Länder bis 2009 beim bedarfsgerechten Auf- und Ausbau von schulischen Ganztagsangeboten mit dem Ziel einer verbesserten individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern.

Der Nationale Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005 bis 2010“ (NAP) enthält konkrete, messbare Ziele und Vorhaben, darunter Maßnahmen zur Verbesserung des Umgangs mit Heterogenität in Bildungszusammenhängen, zur Verbesserung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Elternbildungsangebote und Maßnahmen zur Entwicklung integrativer Formen der Sprachförderung.

Um Reformmaßnahmen in die Wege leiten zu können, ist ein solides Wissen über Bildung im Lebensverlauf, insbesondere an den Übergangsschwellen und für die verschiedenen Herkunftsgruppen erforderlich. Eine wichtige Grundlage dafür wurde mit dem nationalen Bildungsbericht gelegt. Darüber hinaus hat die Bundesregierung im November 2007 ein Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung aufgelegt. Seine thematischen Schwerpunktsetzungen beziehen sich u. a. auf die Kompetenzdiagnostik, die Steuerung des Bildungssystems, die optimale Gestaltung von Lehr-Lernprozessen und die Professionalisierung des pädagogischen Personals. Das derzeit in Zusammenarbeit mit den Ländern und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vorbereitete Nationale Bildungspanel erfasst in längsschnittlicher Perspektive die Kompetenzentwicklung, Bildungsprozesse in bildungs- und lebenslaufspezifischen Kontexten, soziale Ungleichheit und Bildungsentscheidungen sowie Bildungserwerb und Bildungsrenditen im Lebenslauf.

44. Wie häufig werden in Armut lebende Kinder im Vergleich zu nicht in Armut lebenden Kindern in der Bundesrepublik Deutschland nicht regulär eingeschult (bitte nach Bundesländern getrennt angeben)?

Der Bundesregierung und auch der Kultusministerkonferenz liegen hierzu keine Informationen vor.

45. Welche Aussagen kann die Bundesregierung zum Zusammenhang von „anhaltender Armut“ und Klassenwiederholungen treffen?

Keine

46. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung bezüglich der unterschiedlichen Benotung von armen und nichtarmen Kindern vor?
- a) Falls ja, wie sehen sie aus, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
 - b) Falls keine Erkenntnisse vorliegen, wann und wie wird die Bundesregierung sich diese mit der Bildungsforschung beschaffen?

Die Fragen 46, 46a und 46b werden gemeinsam beantwortet.

Zum Zusammenhang von Armut und Notengebung liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Im Kontext des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung wird das in Planung befindliche Nationale Bildungspanel entsprechende Erkenntnisse ermöglichen. Außerdem werden im Kontext dieses Programms mit Bekanntmachungen zu den Themen „Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung sowie „Unterrichtsforschung und Professionalisierung des pädagogischen Personals“ Fragen der individuellen Förderung bearbeitet und Möglichkeiten für erfolgreiche Intervention geschaffen (vgl. Antwort zu Frage 43).

VI. Kinderarmut und die soziale Lage

47. Welche Erkenntnisse über Defizite im Problembewältigungshandeln armer Kinder liegen der Bundesregierung vor?

Bewältigungsstrategien beschreiben den Umgang mit bedeutsamen und als schwierig erlebten Lebensereignissen oder bestimmten Lebensphasen.

Bewältigungshandlungen wie zum Beispiel Delinquenz oder Sparen für Prestigegüter treffen eher auf armutsgefährdete Jugendliche und Erwachsene und weniger auf Grundschulkinder zu.

Armutsgefährdete Kinder wählen eher als nicht-armutsgefährdete Kinder problemvermeidendes Bewältigungsverhalten. Dies wirkt sich negativ auf ihre Persönlichkeitsentwicklung und ihre Widerstandsfähigkeit bei Belastungen aus. Das Zurückgreifen auf problemvermeidendes statt auf aktiv problemlösendes Bewältigungsverhalten armutsgefährdeter Kinder trifft vor allem in Situationen zu, deren Veränderung sich den Einflussmöglichkeiten eines Kindes entzieht. Mädchen und Jungen greifen dann auf Verdrängung, Negierung und Tabuisierung zurück.

Die unterschiedlichen Bewältigungsmuster sind bereits bei Zehnjährigen ausgeprägt. Ohne eine Intervention von außen ist anzunehmen, dass sie sich im Laufe der Zeit verfestigen. Die armutsgefährdeten und multipel deprivierten Zehnjährigen fühlen sich eher überfordert und neigen mehr zu Resignation. Die Fähigkeit soziale Ressourcen zur eigenen emotionalen Entlastung zu nutzen sind geringer ausgebildet. (Schriftenreihe Theorie und Praxis – Im Auftrag des AWO-Bundesverband e. V., 2005).

- a) Welche Probleme lassen sich im Bereich der Konfliktlösung bei armen Kindern konstatieren?

Die Mehrheit der Kinder (64 Prozent) ist im Klassenkontext regelmäßig in Konflikte involviert. Konflikte haben auch positive Funktionen. Sie begünstigen beispielsweise die kognitive und verbale Entwicklung sowie Empathieförderung. Konfliktverhalten, Verantwortungsbereitschaft und Kooperationsfähigkeit sind Indikatoren für die soziale Kompetenz von Kindern.

Der Bundesregierung liegen keine repräsentativen Angaben über die Zahl der armutsgefährdeten Kinder mit Auffälligkeiten im Konfliktlösungsverhalten vor.

Bekannt ist jedoch, dass ein geringer sozioökonomischer- sowie Einelternfamilien-Status das Risiko der Kinder für Konflikte erhöhen.

Nach der AWO-ISS Kinderarmuts-Studie ist unabhängig von der Lebenslage eines Kindes (die Studie unterscheidet hier zwischen Wohlergehen, Benachteiligung und multipler Deprivation) die von allen Kindern am meisten genutzte Bewältigungsform in Streitsituationen das Rückzugsverhalten. Kinder im relativen Wohlergehen unterscheiden sich jedoch von solchen mit dem Lebenslagetyp „multiple Deprivation“. Während sich die einen bei Streit abwartender (29,8 Prozent), mitteilsamer (29,3 Prozent) und den Vorfall durch Aktivitäten mit anderen kompensierend (11,6 Prozent) verhalten, zeichnen sich Kinder mit dem Lebenslagetyp „multiple Deprivation“ eher durch Widerstand (Wehren 34,4 Prozent, Ärger machen 14 Prozent), aber auch durch eine pessimistische Sichtweise (7,5 Prozent) aus.

Bei Streit suchen multiple deprivierte Kinder weniger nach Unterstützung und gemeinsamen Lösungswegen. Sie haben ein geringeres Vertrauen in die eigenen Handlungsmöglichkeiten zur erfolgreichen Lösung von Problemsituationen. Sie wehren sich häufiger und nehmen dabei eher Ärger in Kauf. Ihre Konfliktlösungsstrategie lautet häufig „Ärger machen“.

Neben dem Wissen, wie Konflikte zu lösen sind, benötigen Kinder für die erfolgreiche Konfliktbearbeitung außerdem den Glauben an die eigene Selbstwirksamkeit. Diese wird ebenfalls durch den sozioökonomische Status von Kindern beeinflusst (je höher der sozioökonomische Status, umso höher die Selbstwirksamkeit, umso erfolgreicher das Konfliktmanagement).

Zahlreiche weitere Faktoren, wie die Sprachentwicklung des Kindes, der sozio-metrische Status des Kindes, die interpersonellen Problemlösefähigkeiten, die Fähigkeit die Perspektive anderer einzunehmen und die Schlichterkompetenz von Erziehern haben Einfluss auf das Konfliktverhalten von Kindern.

- b) Welche Probleme sind insbesondere in Situationen mit besonders hohem Druck, beispielsweise schulischem Leistungsdruck, zu beobachten?

Zum unterschiedlichen Umgang mit Stressoren zwischen armen und nicht-armen Kindern siehe Defizite im Problembewältigungshandeln. Akademischer Leistungsdruck als Stressor wird in der Stress- und Bewältigungsforschung wenig berücksichtigt. Falls doch beschränken sich die Studien häufig auf kaukasische Stichproben mit mittlerem sozio-ökonomischen Status und selten auf Kinder. Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse hinsichtlich der Probleme armer Kinder „in Situationen mit besonderes hohen Druck“.

- c) Welche Unterschiede lassen sich im Umgang mit Trauer erkennen?

Trauer ist ein Gefühl, das mit Niedergeschlagenheit, fehlendem Antrieb, einer beeinträchtigten Lebensfreude, seelischem Schmerz, Bedrückung, Lebenskrisen, Depressionen oder starken Kränkungen einhergehen kann. Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten mit Trauer umzugehen: Verdrängung oder Verarbeitung. Im Umgang mit Trauer zeigen sich vor allem geschlechtsspezifische Muster: Mädchen teilen eher als Jungen ihre Trauer mit anderen oder lassen ihr freien Lauf. Jungen hingegen zeigen eher ein verdrängendes, abgrenzendes oder externalisierendes Verhalten.

Von Einkommensarmut gefährdete Kinder versuchen als erstes Belastungen und Probleme zu internalisieren, zu vermeiden und nicht aktiv anzugehen. Anhaltende Armut kann schließlich zu externalisierendem, auch delinquenten Verhalten führen.

Bei der Suche nach sozialer Unterstützung zeigen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Lebenslagetypen. Anhand der drei in der AWO-ISS-Studie unterschiedenen Lebenslagen von Kindern lassen sich Unterschiede hinsichtlich der Suche nach sozialer Unterstützung bei Trauer aufzeigen. Während 36,9 Prozent der Kinder in der Lebenslage „Wohlergehen“ soziale Unterstützung suchen, tun dies nur 18,9 Prozent der „Multipel Deprivierten“. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich beim Rückgreifen auf eigene Ressourcen (32,6 Prozent vs. 24,2 Prozent) bzw. Abgrenzung (7 Prozent vs. 14,7 Prozent) oder Externalisierung (3,2 Prozent vs. 15,8 Prozent).

Wenn Kinder keine soziale Unterstützung bekommen, haben sie in der Regel bis zu ihrem zehnten Lebensjahr gelernt, dass reden oder weinen nicht mehr zählt. Die multipel deprivierten Kinder sind zum „Abschotten“ übergegangen und können nur noch wenig darauf hoffen, von jemandem gemocht und getröstet zu werden. Sie verfestigen stereotype Reaktionsmuster, die zu wenig Erfolgen, geringen Perspektiven und vermutlich sozialen Niederlagen bis hin zu einem sozial nur wenig oder nicht tolerierten Leben führen (Schriftenreihe Theorie und Praxis der Arbeiterwohlfahrt e. V., Zukunftschancen für Kinder, 2005).

48. Welche Lösungsansätze hat die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass Kinder in Armutslagen Studien zufolge eher die Strategie der Problemvermeidung als der aktiven Problemlösung anwenden, um zur Veränderung Kinder- und Jugendhilfeangebote zu sichern und attraktiver zu gestalten und insbesondere Kinder aus armen Familien zur Inanspruchnahme zu motivieren?

Der Bund ist im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe für die Gesetzgebung zuständig. Die Verantwortung für die konkrete, praktische Ausgestaltung der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe liegt bei den kommunalen Trägern der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe.

Gemäß § 79 SGB VIII haben die Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Erfüllung der Aufgaben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz die Gesamtverantwortung. Sie sollen gewährleisten, dass die erforderlichen und geeigneten Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen (...) rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. Im Rahmen ihrer Planungsverantwortung (§ 80 SGB VIII) haben die Jugendämter (das sind die Verwaltung des Jugendamtes und der Jugendhilfeausschuss) also nicht nur den Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen, sondern auch den Bedarf. Damit ist im Rahmen der Jugendhilfeplanung auch der Bedarf hinsichtlich der Förderung, Stärkung und Bildung von Kindern in Armutslagen auszuweisen. Die öffentlichen Träger haben die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen. Die kommunale Zuständigkeit für die Ausgestaltung der Angebote ist nicht nur aufgrund der föderalen Aufgabenteilung geboten, sondern auch aus sachlichen Gründen richtig. Denn alle Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass je nach Bedarfslage und Angebot unterschiedliche regionale Strategien notwendig sind, um für Kinder und Jugendliche aus Armutslagen und ihre Eltern die Inanspruchnahme der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe attraktiver zu machen.

Welche konkreten Lösungsansätze erfolgversprechend erscheinen, kann nur auf der Basis einer professionellen Jugendhilfeplanung vor Ort entschieden werden. Innerhalb der Planungskonzepte sind Aspekte wie Sozialraumorientierung und Vernetzung der regionalen Akteure (etwa mit der Arbeitsverwaltung im Bereich des SGB III) wichtige Faktoren zur Sicherung und Gestaltung attraktiver und regional angepasster Jugendhilfeangebote.

Die kommunale Zuständigkeit hindert jedoch die Bundesregierung nicht im Rahmen ihrer Anregungsfunktion die kommunale Ebene bei ihrem Bemühen zu

unterstützen, die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe und der Bildungsinstitutionen vor Ort so weiterzuentwickeln, dass im Besonderen auf die Bedürfnislagen von armutsgefährdeten Kindern, Jugendlichen und Familien Rücksicht genommen wird.

Ziel des aktuellen Bundesprogramms „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“, das der Bund gemeinsam mit den Bundesländern durchführt, ist es, Risiken für Kinder möglichst frühzeitig zu erkennen und die Erziehungskompetenz ihrer Eltern zu verbessern. Im Fokus des Programms stehen vor allem Kinder bis zu etwa drei Jahren, sowie Schwangere und junge Mütter und Väter in belastenden Lebenslagen. Hierzu gehört zweifelsfrei auch Einkommensarmut. Für diese Eltern werden passgenaue Hilfen entwickelt und erprobt in der Vernetzung von Jugendhilfe und Gesundheitswesen. Ziel ist, dass eine regionale Kinderschutzkonzeption entwickelt wird mit einer zentralen Koordinierung und Vernetzung. Hiervon profitieren vor allem Eltern in sozialen Notlagen. So werden die Startbedingungen für die Kinder verbessert, die in diese Lebenslagen hinein geboren werden, indem ein dichtes Netz an Hilfen und Unterstützung gespannt wird.

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung, der auch durch Bundesmittel gefördert wird, sowie die Mittel für den Ausbau von Ganztagschulen sind ebenfalls Teile eines Maßnahmenbündels, die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen trotz materieller Armut zu erhöhen.

Dass ein hohes Problembewusstsein herrscht, zeigen empirische Studien, wie z. B. die am Deutschen Jugendinstitut durchgeführte Wiederholungsbefragung von Jugendämtern im Rahmen des Projektes „Jugendhilfe und sozialer Wandel“. Ein Viertel der Jugendämter sehen in den mit Armutslagen verbundenen Folgen eine gravierende Herausforderung für die Gestaltung ihrer Arbeit. Es zeigt sich hierbei ein statistischer Zusammenhang zwischen Belastungsindikatoren und Problemeinschätzung (Pluto et al. 2007, S. 82 f.).

49. Welchen Stellenwert haben nach Auffassung der Bundesregierung hier die durch Verbände und öffentliche sowie freie Träger gegebenen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe?

Angebote und Aktivitäten der öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe können Armutslagen als solche nicht beseitigen. Sie können jedoch auf unterschiedlichen Ebenen dazu beitragen, dass die negativen Folgen von Armutslagen für Kinder, Jugendliche und Familien abgemildert werden, dass die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Hilfesystemen im Sinne der Kinder, Jugendlichen und Familien verbessert wird und dass Entscheidungsgremien auf allen Ebenen für die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in einkommensarmen Familien sensibilisiert werden.

Im Rahmen der Angebote der Familienbildung, der Jugendarbeit, der Kindertagesbetreuung und der Hilfen zur Erziehung können Kinder, Jugendliche und Familien gestärkt werden, Bewältigungsstrategien und Widerstandsressourcen in belastenden Lebenslagen zu verbessern.

Armutsforschung zeigt, dass Kinder und Jugendlichen aus einkommensarmen Familien über erheblich weniger soziale Bezüge verfügen. Kindertagesbetreuung und der Jugendarbeit können dem entgegenwirken.

In der Gestaltung der Schnittstellen zwischen den verschiedenen Hilfesystemen, z. B. zu den für die Umsetzung des SGB II zuständigen Stellen, zu den Wohnungsämtern, zu den Akteuren im Gesundheitswesen, können die Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe zur Sensibilisierung der Kooperationspartner für die Auswirkungen von Einkommensarmut auf Kinder und Jugendliche beitra-

gen sowie Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Armutsbekämpfung aufzeigen. Dies kann in Einzelfällen für die Kinder, Jugendlichen und Familien von nachhaltigerer Wirkung sein als ein einzelnes Angebot innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Mitwirkung der öffentlichen und freien Träger in Arbeitsgemeinschaften, in politischen Gremien auf allen Ebenen, in kommunalen Ausschüssen und Parlamentsausschüssen kann einen wesentlichen Beitrag für die Entwicklung von Konzepten zur Bekämpfung von Armut leisten sowie zu konkreten Entscheidungen im Sinne der Kinder, Jugendlichen und Familien führen. Auch dies ist ein Grund, warum aus der Sicht der Bundesregierung an der Zweigliedrigkeit der Kinder- und Jugendhilfe unbedingt festzuhalten ist.

Die Bundesregierung sieht aufgrund der eben angeführten Argumente in einer bedürfnisgerechten ausgebauten Kinder- und Jugendhilfe einen wichtigen Stützpfeiler für die Unterstützung armutsgefährdeter Kinder, Jugendlicher und ihrer Familien.

- a) Wie hat sich die finanzielle Unterstützung des Bundes, der Länder und der Kommunen für öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe in den letzten 10 Jahren entwickelt (bitte nach Bundesländern getrennt angeben)?

Vorneweg ist darauf hinzuweisen, dass der Bund aufgrund der föderalen Aufgabenteilung im Feld der Kinder- und Jugendhilfe nur eine sehr eingeschränkte Finanzierungskompetenz hat. Eine Förderung von Regelangeboten vor Ort ist ihm deshalb nicht möglich.

Der Bund hat in den letzten 10 Jahren trotzdem seinen Anteil an der Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe erhöht.

Ausgaben des Bundes insgesamt von 1996 bis 2006

	in 1 000 Euro	in % zu den Gesamtausgaben
1996	99 700,78	0,57 %
1997	91 880,59	0,52 %
1998	85 172,49	0,48 %
1999	92 628,61	0,51 %
2000	112 423,21	0,61 %
2001	119 576,67	0,62 %
2002	136 171,83	0,67 %
2003	137 915,67	0,67 %
2004	144 552,40	0,70 %
2005	157 626,47	0,76 %
2006	154 347,80	0,74 %

Quelle: Amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik

Nach Bundesländern getrennt liegen aus der Kinder- und Jugendhilfestatistik für den Zeitraum 1997 bis 2006 lediglich Zahlen über die reinen Ausgaben (öffentliche Ausgaben abzüglich der Einnahmen) der öffentlichen Hand für Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt – also nicht getrennt nach Bundes-, Landes- oder kommunaler Unterstützung bzw. nach öffentlichen und freien Trägern – vor.

Tabelle: Reine Ausgaben (öffentliche Ausgaben abzüglich der Einnahmen) der öffentlichen Hand für Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe nach Bundesländern in den Jahren 1997 bis 2006

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung zwischen 1997 und 2006	
	In Mio. Euro										In Mio. Euro	in Prozent
Schleswig-Holstein	420	424	461	483	510	534	544	585	591	591	171	41
Hamburg	504	506	506	507	498	495	512	539	552	552	48	10
Niedersachsen	1 253	1 284	1 352	1 412	1 478	1 555	1 667	1 647	1 654	1 654	401	32
Bremen	174	172	186	181	186	196	200	214	218	203	29	17
Nordrhein-Westfalen	3 409	3 465	3 570	3 711	3 899	4 183	4 241	4 217	4 274	4 183	775	23
Hessen	1 256	1 268	1 279	1 313	1 375	1 498	1 574	1 597	1 617	1 632	376	30
Rheinland-Pfalz	738	875	926	960	990	1 046	1 086	1 116	1 157	993	255	35
Baden-Württemberg	1 656	1 671	1 725	1 837	1 946	2 071	2 156	2 276	2 397	2 413	757	46
Bayern	1 291	1 276	1 264	1 307	1 358	1 486	1 433	1 436	1 448	1 675	384	30
Saarland	191	202	216	224	233	244	257	266	274	282	90	47
Berlin	1 476	1 483	1 481	1 445	1 510	1 455	1 455	1 390	1 325	1 191	–286	–19
Brandenburg	729	692	699	681	671	676	681	662	665	672	–57	–8
Mecklenburg-Vorpommern	424	404	394	396	407	417	395	397	446	461	37	9
Sachsen	888	828	807	828	850	934	989	993	1 004	1 057	169	19
Sachsen-Anhalt	626	605	605	560	596	586	590	557	551	558	–68	–11
Thüringen	483	466	477	485	488	487	483	498	491	483	1	0
Bund	92	85	92	112	119	136	137	144	157	154	62	67
Deutschland	15 610	15 705	16 041	16 441	17 112	17 999	18 400	18 536	18 822	18 753	3 143	20

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe, Wiesbaden verschiedene Jahrgänge

- b) Ist die Bundesregierung der Meinung, dass die Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit ausgebaut werden muss, und warum bzw. warum nicht?

Die Aufrechterhaltung bzw. Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten Infrastruktur liegt – wie oben ausgeführt – in der Verantwortung der öffentlichen Träger vor Ort. Das gilt auch für die Kinder- und Jugendarbeit.

Aus der Sicht der Bundesregierung besteht derzeit aufs Ganze gesehen die Herausforderung vor allem darin, die bestehenden Angebote der Kinder- und Jugendarbeit aufrechtzuerhalten und Synergien durch wirksame Vernetzungsstrategien zu erreichen. Die Engpässe der kommunalen Haushalte haben allzu oft dazu geführt, dass die vermeintlich freiwillige Leistung Kinder- und Jugendarbeit in Frage gestellt wurde bzw. dass Infrastrukturangebote – auch im Horizont des demographischen Wandels – abgebaut wurden. Vor allem in den östlichen Bundesländern hat dies zu schmerzhaften Lücken im Angebot geführt. Vor diesem Hintergrund muss örtliche Kinder- und Jugendarbeit wieder als ein für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zentrales, öffentlich gefördertes Sozialisationsfeld gestärkt werden.

50. Strebt die Bundesregierung die Schaffung elternbeitragsfreier Kitaplätze für alle Kinder an, da je früher und dauerhafter der Besuch einer Kindertagesstätte (Kita) von Kindern ist, desto geringer sind die Entwicklungsrisiken und die sichtbaren Entwicklungsdefizite?
- a) Für welche Altersgruppen soll ein beitragsfreier Kitabesuch gewährleistet werden?
- b) Bis wann ist die Umsetzung eines solchen Vorhabens geplant?

Die Fragen 50, 50a und 50b werden gemeinsam beantwortet.

Wie bereits in den Antworten zu den Fragen 14 Einleitung und 40d dargelegt, können nach geltendem Recht (§ 90 Abs. 1 SGB VIII) Länder und Kommunen eigenverantwortlich entscheiden, ob und in welcher Höhe sie Elternbeiträge für die Inanspruchnahme von Kindertagesstätten erheben wollen.

51. In welchen Bereichen außerhalb der Familie verortet die Bundesregierung die wichtigsten Ressourcen für eine positive Entwicklung von Kindern?

In der Kindheit werden Weichen für die körperliche, emotionale und geistige Entwicklung der Menschen gestellt und damit Grundlagen für ihre späteren Teilhabe- und Verwirklichungschancen als Jugendliche und junge Erwachsene in der Gesellschaft gelegt.

Zu den bedeutsamen Ressourcen für die soziale Teilhabe und positiven Entwicklung von Kindern außerhalb der Familie zählen zudem das Wohn- und Lebensumfeld und die Angebote der Jugendsozialarbeit sowie Vereine, Verbände, Sportvereine und andere überwiegend ehrenamtlich getragene Angebote wie z. B. Jugendfeuerwehren.

Die wichtigsten Ressourcen für eine positive Entwicklung von Kindern außerhalb der Familie liegen ohne Zweifel in einem sozial einbeziehenden Bildungssystem, welches bereits bei der frühen Förderung von Kleinkindern beginnt. Dazu gehört auch die Verknüpfung von frühkindlicher und schulischer Bildung und die Abstimmung zwischen formalen und nonformalen Bildungsbereichen.

Bildung ist eine wesentliche Ressource für gesellschaftliche Teilhabe und die Realisierung von Erwerbs- und Einkommenschancen. Eine gute schulische und berufliche Qualifizierung schafft Wahlmöglichkeiten, erlaubt mit der in der modernen Dienstleistungsgesellschaft zunehmenden Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensbereiche Schritt zu halten und ermöglicht einen höheren beruflichen und gesellschaftlichen Status.

Beispielsweise bietet der in vielen Ländern stattfindende Ausbau schulischer Ganztagsangebote, oft in Kooperation mit Trägern der Jugendhilfe, vielfältige Möglichkeiten zur besseren Integration von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichem sozialem und kulturellem Hintergrund. Die Bundesregierung unterstützt die Länder dabei bis 2009 durch das IZBB. Zentrale Ziele sind

- die Erhöhung der Qualität von Bildung für alle Kinder und Jugendlichen,
- die individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, die ihnen Zugang zu weiterführender Bildung und Qualifikation ermöglicht, sowie
- die Unterstützung zur Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit, um damit auch Armutsrisiken zu senken.

Eine Komponente zur Unterstützung der positiven Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist auch ihre Einbeziehung in Angebote der kulturellen Bildung. So haben beispielsweise die vom BMBF geförderten Studien „Jugendkul-

turbarometer“ und „Kulturelle Bildung in der Ganztagschule“ die Bedeutung der kulturellen Bildung für die Entwicklung des Selbstbewusstseins und der Persönlichkeit und für die soziale Integration empirisch nachgewiesen. In weiteren Untersuchungen, die 2008 abgeschlossen werden, z. B. Theaterarbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Familien, wird bereits jetzt erkennbar, dass kulturelle Aktivitäten eine positive Wirkung auf junge Menschen haben und auch dem schulischen Erfolg zugute kommen. Kulturelle Bildung sollte möglichst im frühen Kindesalter beginnen und in den Schulen fortgesetzt werden. Zudem bestehen vielfältige kulturelle Angebote im außerschulischen Bereich, z. B. Jugendkunstschulen, Musikschulen, Medienzentren, Computerclubs an Grundschulen u. a. Hier fördert die Bundesregierung derzeit eine Reihe von Projekten, die gezielt Kinder und Jugendliche aus sozialen Risikogruppen einbeziehen. Dazu gehören Projekte zur musikalischen Frühförderung an Grundschulen, die eine Beteiligung sozial Schwacher über Stipendien ermöglichen.

52. Wie kann die soziale Integration armer Kinder gezielt gestärkt werden?

Frühe Förderung, gute Erziehung und Bildung sind die Grundlagen für die soziale Integration von Kindern aus einkommensarmen oder sozial benachteiligten Familien.

Dort, wo den Familien die notwendigen Ressourcen hierfür nicht zur Verfügung stehen, ist es Aufgabe von Staat und Gesellschaft, Arbeitsmarktchancen zu fördern, Angebote zur Betreuung und Bildung von Kindern bereitzustellen und Alltags-, Familien- und Erziehungskompetenzen zu vermitteln. Sprachfähigkeit, soziale Kompetenzen und elementare Grundfertigkeiten werden bereits ab den ersten Lebensjahren vor dem Übergang zur Schule vermittelt. Der Besuch einer Kindertagesstätte hat positiven Einfluss auf den weiteren Bildungsverlauf.

Das Vorhandensein einer qualitativ hochwertigen Infrastruktur für die Betreuung und frühe Bildung von Kindern sowie Angebote zur Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern sind deshalb eine unverzichtbare Rahmenbedingung, die Familien bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder unterstützt.

Hinter den gesamtdeutschen Werten der Armutsindikatoren verbergen sich regional sehr unterschiedliche Ergebnisse. Neben länderspezifischen Unterschieden mit Blick auf den Arbeitsmarkt, die Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur, die Betreuungsichte für Kleinkinder, das Schulsystem und Vergünstigungen für einkommensschwache Familien beeinflussen auch die örtlichen Strukturen im ländlichen oder städtischen Raum die Möglichkeiten der Familien, Kindern gesellschaftliche Teilhabechancen zu eröffnen.

Die unterschiedliche regionale Verteilung von Armutsrisiken macht deutlich, dass differenzierte und auf lokale Problemstrukturen zugeschnittene Herangehensweisen erforderlich sind, mit denen Bildung, Betreuung, Erziehung und soziale Hilfen für Familien und Kinder im Sinne einer Präventions und Hilfsangebotskette von der Geburt bis zum Berufseinstieg aufeinander und auf die Bedürfnisse der Familien abgestimmt werden.

a) Wo sieht die Bundesregierung den größten Handlungsbedarf?

Wie groß an welcher Stelle der Handlungsbedarf ist, kann nur vor Ort in den Ländern und insbesondere in den Kommunen bestimmt werden, da sich Bevölkerungszusammensetzung, Einkommens- und Bildungsniveaus, Schulsysteme, Arbeitsmarktbedingungen und soziokulturelle Lebenswelten von Region zu Region unterscheiden.

Die Beseitigung der durch Einkommensarmut entstehenden Problemlagen ist nicht allein durch das Bildungssystem zu leisten. Bildungseinrichtungen können jedoch wichtige Beiträge erbringen. In Familien mit geringen ökonomischen und kulturellen Ressourcen erfahren Kinder und Jugendliche oft wenig Unterstützung beim Lernen. Sie bedürfen einer professionellen pädagogischen und sozialpädagogischen Förderung, z. B. in Kooperation von Schule und Jugendhilfe.

- b) Für wie wichtig erachtet die Bundesregierung die Integration über Vereine, Verbände, Sportvereine und ähnliche Angebote, und wie kann insbesondere für arme Kinder der dazu notwendige finanzielle Rahmen sichergestellt werden, um die ansonsten stattfindende Segregation auszuschließen?

Vereine, Verbände, Sportvereine und andere überwiegend ehrenamtlich getragene Angebote leisten nach Auffassung der Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration und kulturellen Integration von Kindern und Jugendlichen.

Die Bundesregierung hat die Förderung des ehrenamtlichen Engagements ausgebaut. Rückwirkend zum 1. Januar 2007 wird mit dem Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements die ehrenamtlich geleistete Arbeit von Übungsleitern, Trainern und Jugendleitern unter anderem durch eine steuerfreie Aufwendungspauschale in Höhe von 2 100 Euro im Jahr anerkannt. Die finanzielle Ausstattung und die Rahmenbedingungen für die sozial integrative Funktion von Vereinen und Verbänden werden durch die örtlich zuständigen Behörden bestimmt.

Die Bundesregierung unterstützt die Kooperation von Schulen und außerschulischen Partnern im Rahmen des Ganztagserschulungsprogramms. Die Kooperation mit Vereinen, Verbänden, Sportvereinen und ähnlichen Angeboten im jeweiligen Sozialraum sind ein Schlüssel, die Handlungs- und Lernmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zu erweitern und bestehende institutionell bedingte Trennungen ihrer Lebenswelt zu überwinden. Potentielle Partner von Ganztagserschulungen sind Sportvereine, Kultureinrichtungen wie Museen, Theater, Konzerthäuser, Orchester, Musik- und Jugendkunstschulen, sozio-kulturelle Zentren, Zusammenschlüsse von Künstlern in Vereinen oder Initiativen, Einzelkünstler, kommerziell gewerbliche Anbieter wie Tanzschulen oder Kinos.

Darüber hinaus fördert das BMBF im Rahmen des Ganztagserschulungsprogramms seit 2007 verstärkt Forschungsvorhaben zu den sozialräumlichen und infrastrukturellen Entwicklungen schulischer Ganztagsangebote, insbesondere zur Kooperation mit der Jugendhilfe (Verknüpfung formaler und nonformaler Bildungsorte sowie schul- und sozialpädagogischer Perspektiven und Maßnahmen, Vermeidung sozialer Segregation, kommunale Netzwerke).

- c) Wie stark schätzt die Bundesregierung die entstehenden Nachteile für Kinder ein, die aus Kostengründen oder weil für sie kein Rechtsanspruch besteht von ihren erwerbslosen Eltern nicht in die Kita geschickt werden können?

Die positiven Auswirkungen des Besuchs einer Kindertagesstätte auf spätere Lernerfolge und Bildungswege in der Schule sind durch Studien belegt. Ein Rechtsanspruch auf den Besuch einer Tageseinrichtung hat derzeit jedes Kind vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt. Laut dem Zahlen Spiegel 2007 des Deutschen Jugendinstituts nehmen 87 Prozent der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 3 und 6 Jahren eine Kindertagesbetreuung in Anspruch. Ergänzend wird auf die Antworten zu den Fragen 14 bis 14e verwiesen.

VII. Armutsprävention

53. Hat die Bundesregierung ein übergreifendes Konzept von Armutsprävention?
- a) Falls ja, wie sehen die Schwerpunkte aus, und wie greifen die verschiedenen Ansatzpunkte ineinander?
 - b) Falls nein, warum nicht?

Die Fragen 53, 53a und 53b werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung setzt bei der Bekämpfung von Armut bei Kindern und Familien auf Maßnahmen insbesondere zur Verhinderung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit, um die Risiken der sozialen Ausgrenzung zu reduzieren und die Chancen- und Teilhabegerechtigkeit zu stärken. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Eltern ist und bleibt daher eine zentrale sozial- und familienpolitische Aufgabe. Bildung ist der Schlüssel für eine nachhaltige Armutsprävention. Von 2003 bis 2009 unterstützt die Bundesregierung den Aus- und Aufbau schulischer Ganztagsangebote mit 4 Mrd. Euro und von 2008 bis 2013 fördert die Bundesregierung den Ausbau der Kinderbetreuung mit insgesamt 4 Mrd. Euro und anschließend dauerhaft in Höhe von 770 Mio. Euro pro Jahr.

Mit der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist ein wichtiger Baustein der von der Bundesregierung vor einigen Jahren eingeleiteten Arbeitsmarktreformen mit dem Ziel wirksam geworden, erwerbsfähige Menschen, die hilfebedürftig sind, durch eine vielfältige Unterstützung schneller in Arbeit zu vermitteln und durch steuerfinanzierte Sozialleistungen zu unterstützen. Dabei verfolgt die Grundsicherung für Arbeitsuchende einen haushaltsbezogenen Ansatz, d. h. dass neben dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen auch die im Haushalt lebenden Kinder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts erhalten.

Um die soziale Lage von Kindern in einkommensschwachen Familien zu verbessern, ist zeitgleich zum 1. Januar 2005 im Rahmen des Bundeskindergeldgesetzes der Kinderzuschlag neu eingeführt worden, der als eine dem Arbeitslosengeld II bzw. dem Sozialgeld vorgelagerte einkommensabhängige Leistung ausgestaltet ist. Der Kinderzuschlag soll einerseits verhindern, dass Eltern allein wegen ihrer Kinder auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld angewiesen sind und andererseits die Bereitschaft stärken, durch Arbeitsaufnahme den Lebensunterhalt selbst zu sichern. Zum 1. Januar 2008 wurde die bisherige Beschränkung der Förderdauer auf drei Jahre aufgehoben. Mittlerweile hat das Kabinett einen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Kinderzuschlags beschlossen, damit Eltern in Erwerbsarbeit noch gezielter unterstützt werden und der Kreis der Berechtigten ausgeweitet wird (Ergänzend wird auf die Antworten zu den Fragen 9 und 20 verwiesen).

Um Einkommenseinbrüche bei der Geburt eines Kindes zu vermeiden, hat die Bundesregierung Anfang 2007 das Elterngeld eingeführt und damit gleichzeitig Anreize geschaffen, die Erwerbstätigkeit spätestens nach 12 Monaten wieder aufzunehmen. Für Geringverdiener mit einem Nettoeinkommen von weniger als 1 000 Euro wird die Ersatzrate von 67 Prozent auf bis zu 100 Prozent angehoben, um eine ausreichende finanzielle Sicherung der Familien zu gewährleisten. Von der Geringverdienerkomponente profitieren rund 20 Prozent der Familien.

Die frühkindliche Bildung und Betreuung von Kindern hat in zweifacher Hinsicht eine große Bedeutung: für die Eltern bei der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung sowie für die Kinder, insbesondere dann, wenn sie aus bildungsfernen und ressourcenarmen Familien kommen. Neben der Förderung betrieblicher Kinderbetreuung haben sich Bund, Länder und Kommunen darauf verständigt, über das für 2010 angestrebte Maß (20 Prozent Versorgungs-

grad) hinaus bis zum Jahr 2013 für bundesdurchschnittlich 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege zu schaffen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Ganztagschulen (Grundschule) hat sich – nicht zuletzt durch das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ – zwischen 2002 und dem Beginn des Schuljahres 2006/2007 von 4,2 Prozent auf knapp 10 Prozent mehr als verdoppelt. Eine elternorientierte Betreuungsinfrastruktur schafft Wahlfreiheit und hilft, länger andauernde Familien-Auszeiten zu vermeiden, die einen angestrebten Wiedereinstieg in den Beruf erschweren und berufliche Qualifikationen entwerten können. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen in Unternehmen und adäquate Betreuungsangebote für Kinder dienen damit auch den beruflichen Chancen von Müttern und Vätern.

54. Welche persönlichen, familiären und außerfamiliären Ressourcen des Kindes werden von der Bundesregierung dabei in die Betrachtung einbezogen?

Die persönlichen, familiären und außerfamiliären Ressourcen die hier angesprochen werden, sind insbesondere soziale Kompetenzen wie Konfliktlösungskompetenzen und Risikoverhalten, allgemeine und berufliche Bildung, Sprachentwicklung und Sprachfertigkeit, gute Erziehung und ein förderlicher Umgang in der Familie (Familienzusammenhalt), emotionale und wirtschaftliche Stabilität in der Familie sowie ein förderndes Wohnumfeld mit Angeboten, die soziale und kulturelle Teilhabe und Integration ermöglichen.

Es handelt sich demnach um diejenigen Ressourcen, mit denen auch die Resilienz armutsgefährdeter Kinder gestärkt werden kann.

Bildung ist eine wesentliche Ressource für gesellschaftliche Teilhabe und die Realisierung von Erwerbs- und Einkommenschancen. Eine gute schulische und berufliche Qualifizierung schafft Wahlmöglichkeiten, erlaubt mit der in der modernen Dienstleistungsgesellschaft zunehmenden Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensbereiche Schritt zu halten und ermöglicht einen höheren beruflichen und gesellschaftlichen Status. Bildung beginnt bereits in der frühen Kindheit. Die Erziehung und Förderung ihrer Kinder ist das Recht und die Pflicht der Eltern.

55. Welches sind die größten (Armuts-)Risikofaktoren, denen Kinder in unserer Gesellschaft ausgesetzt sind?

Auf die Antwort zu Frage 16 wird verwiesen. Das größte Armutsrisiko, dem Kinder in unserer Gesellschaft ausgesetzt sind, ist die Arbeitslosigkeit bzw. eine geringe Erwerbstätigkeit ihrer Eltern und die damit einhergehenden Auswirkungen auf das Familieneinkommen – insbesondere dann, wenn sie mit nur einem Elternteil oder mit mehreren Geschwistern zusammenleben.

56. Welchen Ansatz gewichtet die Bundesregierung höher, einen Ansatz der auf die Veränderung institutioneller Rahmenbedingungen setzt oder einen Ansatz der auf die positive Beeinflussung des Verhaltens abzielt?

Ansätze, die auf die positive Beeinflussung des Verhaltens der von Einkommensarmut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen abzielen, richten sich auf den Umgang der Betroffenen mit vorhandenen Ressourcen. Daher ist es gedanklich der erste Schritt – und damit die notwendige Bedingung – dass überhaupt entsprechende Ressourcen – sei es Einkommen, sei es Bildung oder seien es Infrastrukturangebote – für die Betroffenen verfügbar sind. Daher kommt der Ver-

änderung institutioneller Rahmenbedingungen eine zentrale Bedeutung bei der Vermeidung von Armutsrisiken und sozialer Ausgrenzung von Familien und Kindern zu. Darüber hinaus müssen die institutionellen Rahmenbedingungen die richtigen Anreize für das Erwerbs- und Bildungsverhalten, und damit auch für Erwerbs- und Bildungschancen setzen.

Hinreichende Bedingung für erfolgreiche und nachhaltige Armutsvermeidung ist zudem die Vermittlung von Kompetenzen im Alltag, im Umgang mit Zeit und Geld sowie in der Erziehung. Für die Prävention von Überschuldung ist beispielsweise das Erlernen eines verantwortlichen Umgangs mit Geld und Konsummöglichkeiten ein zentraler Punkt.

57. Hält die Bundesregierung eine kindbezogene Armutsprävention für dringend erforderlich?

Die Bekämpfung von Kinderarmut bleibt in erster Linie eine Bekämpfung der Armut von Familien. Auch eine kindbezogene Sichtweise ist – wie die vorangegangenen Aussagen zu Bildung als zentrale Ressource zeigen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der spezifischen Bedürfnisse und Probleme von Kindern erforderlich.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 9 verwiesen.

- a) Was bedeutet „kindbezogen“ für die Bundesregierung in diesem Zusammenhang?

„Kindbezogen“ heißt in diesem Kontext, bei der Gestaltung von Politik die spezifischen Bedürfnisse und Rechte von Kindern in jeder Lebensphase in Betracht zu ziehen und bei dem problembewussten Umgang der Politik auch die Sicht der Kinder einzunehmen.

- b) Strebt die Bundesregierung an, Kinder und Jugendliche als eigene Rechtspersonlichkeiten mit Grundrechten in das Grundgesetz aufzunehmen?

Das Grundgesetz differenziert im Hinblick auf die Schutzwirkung der Grundrechte nicht nach Alter oder auch der Volljährigkeit der Grundrechtsträger. Die Rechte von Kindern sind durch die geltenden Grundrechte in Verbindung mit den vom Bundesverfassungsgericht dazu entwickelten Leitlinien grundsätzlich verfassungsrechtlich abgesichert. Ob unbeachtet dessen Kinderrechte ausdrücklich in das Grundgesetz aufgenommen werden sollten, wird derzeit intensiv diskutiert. Trotz etwaiger Symbolkraft und Signalwirkung einer grundgesetzlichen Verfestigung der Rechtspositionen der Kinder, bleibt das Für und Wider einer Grundgesetzänderung noch abzuwägen.

- c) Wie kann die Existenzsicherung von Kindern von den unsicheren bzw. schwankenden Entwicklungen am Arbeitsmarkt entkoppelt werden?

Zur Frage des Zusammenhangs der Existenzsicherung von Kindern und der Arbeitsmarktentwicklung wird auf die Antworten zu den Fragen 18 und 19 verwiesen.

Bedarfsgemeinschaften von Empfänger(inne)n von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12.2006

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinlad- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland ohne Bremen
Außerhalb von Einrichtungen zusammen	4.923	7.369	6.569	1.669		2.719	7.996	1.478	7.660	17.206	2.463	1.265	2.582	2.238	4.171	1.276	71.583
Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand zusammen	3.606	6.029	5.579	1.041		2.143	6.327	1.050	5.684	13.547	1.886	937	1.904	1.531	3.495	854	55.613
Ehepaare ohne Kinder unter 18 Jahren	91	223	160	22		151	269	14	121	491	73	25	32	56	93	11	1.832
Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren	13	22	18	6		20	72	-	47	107	21	6	21	10	24	3	390
mit einem Kind unter 18 Jahren	5	16	12	4		15	37	-	17	56	8	2	16	3	10	1	202
mit 2 Kindern unter 18 Jahren	5	6	3	2		3	17	-	13	24	8	2	4	3	7	2	99
mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren	3	-	3	-		2	18	-	17	27	5	2	1	4	7	-	89
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder unter 18 Jahren	20	15	30	8		2	37	2	16	29	13	2	1	10	19	3	207
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren	3	-	3	-		2	14	1	14	11	7	3	1	-	8	-	67
mit einem Kind unter 18 Jahren	3	-	3	-		-	9	-	8	6	3	2	1	-	7	-	42
mit 2 Kindern unter 18 Jahren	-	-	-	-		1	1	1	3	2	3	1	-	-	1	-	13
mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren	-	-	-	-		1	4	-	3	3	1	-	-	-	-	-	12
Paare ohne Kinder unter 18 Jahren	111	238	190	30		153	306	16	137	520	86	27	33	66	112	14	2.039
Paare mit Kindern unter 18 Jahren	16	22	21	6		22	86	1	61	118	28	9	22	10	32	3	457
mit einem Kind unter 18 Jahren	8	16	15	4		15	46	-	25	62	11	4	17	3	17	1	244
mit 2 Kindern unter 18 Jahren	5	6	3	2		4	18	1	16	26	11	3	4	3	8	2	112
mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren	3	-	3	-		3	22	-	20	30	6	2	1	4	7	-	101
Einzelne nachgewiesene Haushaltsvorstän- de	3.329	5.538	5.140	981		1.818	5.581	995	5.198	12.208	1.667	874	1.770	1.397	3.151	804	50.451
männlich	1.670	2.872	2.750	582		886	2.951	633	2.594	6.250	811	369	1.112	865	1.676	528	26.549
weiblich	1.659	2.666	2.390	399		932	2.630	362	2.604	5.958	856	505	658	532	1.475	276	23.902
Haushaltsvorstände männlich mit Kindern unter	15	25	21	-		23	22	3	28	69	9	5	6	10	20	3	259
mit einem Kind unter 18 Jahren	12	22	15	-		16	15	1	22	50	7	3	5	7	19	2	196
mit 2 Kindern unter 18 Jahren	2	1	5	-		6	4	2	6	13	-	2	1	3	-	1	46
mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren	1	2	1	-		1	3	-	-	6	2	-	-	-	1	-	17
Haushaltsvorstände weiblich mit Kindern unter 18	135	206	207	24		127	332	35	260	632	96	22	73	48	180	30	2.407
mit einem Kind unter 18 Jahren	85	154	153	22		100	217	31	185	449	66	14	50	35	116	22	1.699
mit 2 Kindern unter 18 Jahren	34	42	44	2		21	82	3	56	140	23	8	18	8	54	8	543
mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren	16	10	10	-		6	33	1	19	43	7	-	5	5	10	-	165
Haushaltsvorstände insgesamt mit Kindern unter	150	231	228	24		150	354	38	288	701	105	27	79	58	200	33	2.666
mit einem Kind unter 18 Jahren	97	176	168	22		116	232	32	207	499	73	17	55	42	135	24	1.895
mit 2 Kindern unter 18 Jahren	36	43	49	2		27	86	5	62	153	23	10	19	11	54	9	589
mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren	17	12	11	-		7	36	1	19	49	9	-	5	5	11	-	182
Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvor- stand	1.072	1.057	746	573		574	1.400	373	1.613	2.962	487	301	626	621	509	386	13.300
Sonstige Bedarfsgemeinschaften mit 2 volljährigen Haushaltsangehörigen	2	3	-	2		2	5	1	3	2	1	-	-	-	2	-	23
mit 2 volljährigen und mindestens einem minderjährigen Haushaltsangehörigen	-	-	-	-		-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	2
mit einem volljährigen und mindestens einem minderjährigen Haushaltsangehö- rigen	1	-	-	1		3	3	-	2	3	-	-	-	-	4	-	17
Sonstige einzeln nachgewiesene volljährige männliche Haushaltsangehörige	320	272	93	117		127	344	58	308	668	81	75	88	98	170	80	2.899
volljährige weibliche Haushaltsangehörige	218	197	70	76		80	264	23	254	472	88	65	47	43	117	31	2.045
minderjährige männliche	299	321	302	191		171	404	144	560	882	160	71	262	248	104	140	4.259
minderjährige weibliche	232	264	281	186		191	380	147	486	933	157	90	229	232	112	135	4.055
Anderweitig nicht erfasste Bedarfsgemein- schaften	245	282	244	55		2	269	55	363	697	90	27	52	86	167	36	2.670

Für 2006 konnte Bremen keine Daten in der hier geforderten Differenzierung liefern, sondern nur Eckwerte.



Bedarfsgemeinschaften nach Familientypen in den Ländern

Die Berechnungen basieren auf den statistischen Daten aus dem Verfahren A2LL sowie XSozial-Ba-SGB II. Für 369 Kreise, die das EDV-Verfahren A2LL für alle SGB II-Fälle genutzt haben, liegen vollständige statistische Daten über Strukturen der Bedarfsgemeinschaften vor. In diesem Fall ist die Tabelle vollständig gefüllt.
Für 55 Kreise konnten die Eckdaten aus XSozial verwendet werden und für 53 dieser Kreise konnten auch die Strukturen zu Bedarfsgemeinschaften sowie deren Mitgliedern ermittelt werden.
Auf der Basis der XSozial-Daten können jedoch derzeit keine Angaben zu Familientypen vorgenommen werden.
Bei Unvollständigkeit der Eckdaten (keine Vollerfassung durch A2LL bzw. XSozial) können nur die Eckdaten *) berichtet werden.
Die aus dem Verfahren A2LL gewonnenen Detailstrukturen beziehen sich auf die bis zum 10. März 2007 im DV-Verfahren erfassten Leistungsfälle (Bedarfsgemeinschaften mit bewilligten Ansprüchen).
Gezählt wurden dabei ausschließlich Leistungsfälle, die zum Stichtag 14. Dezember 2006 bewilligt (angeordnet) waren und am Stichtag keinen Ausschlussgrund/Beendigungsgrund hatten.

Berichtsmonat: Dezember 2006 – Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten										darunter BG-Alleinerziehender										darunter Ehepaar/-Lebensgemeinschaften als BG										Deutschland
Region	BG insgesamt	darunter Single-BG			Insgesamt	Alleinerziehende unter 18 Jahre und mehr Kindern unter 18 J.	Alleinerziehende – 18 Jahre und älter					darunter Ehepaar/-Lebensgemeinschaften als BG										mit 5 und mehr Kindern unter 18 J.								
		unter 18 Jahre	18 Jahre und älter	Single			mit 1 Kind unter 18 J.	mit 2 Kindern unter 18 J.	mit 3 Kindern unter 18 J.	mit 4 Kindern unter 18 J.	mit 5 Kindern und mehr unter 18 J.	Insgesamt	ohne Kinder	mit 1 Kind unter 18 J.	mit 2 Kindern unter 18 J.	mit 3 Kindern unter 18 J.	mit 4 Kindern unter 18 J.													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18													
- absolut -																														
Schleswig-Holstein	130.234	67.676	239	67.437	24.617	14.395	7.347	2.067	518	203	33.861	12.427	9.090	7.502	3.142	1.143	558													
Hamburg	110.273	63.437	260	63.177	19.360	11.417	5.635	1.714	410	139	24.228	8.375	6.846	5.845	2.474	819	269													
Niedersachsen	349.188	180.873	699	180.174	62.963	36.668	18.695	5.366	1.463	528	94.226	33.881	24.728	20.903	9.403	3.484	2.147													
Bremen	52.415	28.876	63	28.813	9.345	34	5.522	2.671	805	221	12.635	4.688	3.334	2.766	1.180	420	267													
Nordrhein-Westfalen	838.380	425.394	1.301	424.093	146.130	85.992	42.492	12.929	3.275	1.049	238.707	86.160	62.114	53.621	24.439	8.212	4.161													
Hessen	225.982	115.825	403	115.422	39.416	23.679	11.330	3.220	789	281	63.258	21.888	16.698	14.808	6.628	2.234	1.002													
Rheinland-Pfalz	127.159	61.619	240	61.378	24.345	14.159	7.161	2.118	584	196	37.171	13.730	9.751	8.007	3.761	1.278	643													
Baden-Württemberg	256.237	129.333	419	128.914	51.695	30.638	15.134	4.420	1.043	291	68.055	24.270	17.651	15.582	7.082	2.359	1.110													
Bayern	287.082	149.203	457	148.745	57.769	35.147	18.562	4.536	1.061	277	73.569	28.657	19.702	15.977	6.507	1.961	766													
Saarland	45.459	24.186	92	24.094	7.962	4.820	2.254	653	168	40	11.876	4.671	3.156	2.468	1.015	343	223													
Berlin	332.946	196.202	354	195.848	48.481	25.305	12.867	3.498	1.011	445	77.855	28.902	21.157	17.074	7.056	2.400	1.266													
Brandenburg	189.149	100.881	192	100.688	27.611	18.078	6.442	1.441	339	126	52.863	25.606	15.025	8.605	2.565	741	321													
Mecklenburg-Vorpommern	151.645	79.779	151	79.628	21.868	11.928	5.227	1.221	262	112	43.812	21.249	12.128	7.461	2.078	591	303													
Sachsen	308.954	165.015	281	164.734	45.534	30.333	11.364	2.732	627	227	87.968	43.721	23.693	14.488	4.239	1.196	631													
Sachsen-Anhalt	205.400	105.478	263	105.215	30.502	15.216	7.305	1.814	416	156	60.908	30.158	16.671	9.713	2.954	942	468													
Thüringen	148.028	76.125	160	75.964	23.864	16.296	5.667	1.350	300	116	42.842	20.732	11.817	7.253	2.090	618	332													
Deutschland	3.758.531	1.969.900	5.575	1.964.326	641.482	394.227	178.153	49.773	12.487	4.279	1.024.133	409.076	273.362	211.871	86.614	28.742	14.467													
Westdeutschland	2.422.409	1.246.421	4.174	1.242.247	443.623	262.438	129.281	37.717	9.531	3.096	657.886	238.706	172.871	147.278	65.631	22.254	11.146													
Ostdeutschland	1.336.122	723.479	1.401	722.079	197.859	131.789	48.872	12.057	2.956	1.182	366.247	170.369	100.492	64.593	20.983	6.488	3.321													
- Anteile in % -																														
Schleswig-Holstein	zu (1)	zu (2)	zu (2)	zu (1)	zu (5)	zu (5)	zu (5)	zu (5)	zu (5)	zu (5)	zu (1)	zu (12)	zu (12)	zu (12)	zu (12)	zu (12)	zu (12)													
Hamburg	100	52,0	0,4	99,6	16,9	8,5	29,8	8,4	2,1	0,8	26,0	36,7	26,8	22,2	9,3	3,4	1,6													
Niedersachsen	100	57,6	0,4	99,6	17,6	59,0	29,1	8,4	2,1	0,7	22,0	34,6	27,4	23,3	10,2	3,4	1,1													
Bremen	100	51,8	0,4	99,6	16,0	58,2	29,7	8,8	2,3	0,8	27,1	35,8	26,2	22,1	9,9	3,7	2,3													
Nordrhein-Westfalen	100	55,1	0,2	99,8	17,8	59,1	29,6	8,8	2,4	1,0	24,1	36,9	26,4	21,9	9,3	3,3	2,1													
Hessen	100	50,7	0,3	99,7	17,4	58,8	29,1	8,9	2,2	0,7	28,5	36,0	26,0	22,5	10,2	3,4	1,6													
Rheinland-Pfalz	100	51,3	0,3	99,7	17,3	60,1	29,7	8,2	2,0	0,7	28,0	34,6	26,2	21,5	10,1	3,4	1,7													
Baden-Württemberg	100	48,5	0,4	99,6	19,1	58,2	29,4	8,7	2,4	0,8	29,2	36,9	26,2	22,9	10,4	3,5	1,6													
Bayern	100	50,5	0,3	99,7	20,2	59,3	29,3	8,5	2,0	0,6	26,6	35,7	25,9	22,5	10,4	3,5	1,6													
Saarland	100	52,0	0,3	99,7	20,1	60,8	28,7	7,8	1,8	0,5	25,6	39,3	26,8	21,7	8,8	2,7	1,0													
Berlin	100	53,2	0,4	99,6	17,5	60,5	29,3	8,2	2,1	0,9	26,1	39,0	26,6	20,8	8,5	2,9	1,9													
Brandenburg	100	58,9	0,2	99,8	14,6	63,0	28,5	7,2	2,1	0,9	23,4	37,1	27,2	21,9	9,1	3,1	1,6													
Mecklenburg-Vorpommern	100	53,3	0,2	99,8	14,6	62,1	29,3	5,2	1,2	0,5	27,9	48,4	28,4	16,3	4,9	1,4	0,6													
Sachsen	100	52,6	0,2	99,8	14,4	68,3	23,9	5,6	1,2	0,5	28,9	48,5	27,7	17,0	4,7	1,3	0,7													
Sachsen-Anhalt	100	53,4	0,2	99,8	14,7	66,6	25,0	6,0	1,4	0,5	28,5	49,7	26,9	16,5	4,8	1,4	0,7													
Thüringen	100	51,4	0,2	99,8	14,9	67,6	23,9	5,9	1,4	0,5	29,7	49,5	27,4	15,9	4,9	1,5	0,8													
Deutschland	100	52,4	0,3	99,7	17,1	61,5	27,8	7,8	1,9	0,7	27,2	39,9	26,7	20,7	8,5	2,8	1,4													
Westdeutschland	100	51,5	0,3	99,7	18,3	61,5	29,1	8,5	2,1	0,6	27,2	36,3	26,3	22,4	10,0	3,4	1,7													
Ostdeutschland	100	54,1	0,2	99,8	14,8	66,6	24,7	6,1	1,5	0,6	27,4	46,5	27,4	17,6	5,7	1,8	0,9													

Bedarfsgemeinschaften und Personen in Bedarfsgemeinschaften in den Ländern

Die vorliegenden Informationen der statistischen Berichterstattung zum Rechtskreis SGB II geben die hochgerechneten Strukturdaten aus A2LL und XSozial auf Bundesebene wieder. In den folgenden Fällen liegen vollständige statistische Daten über Bedarfsgemeinschaften und ihre Mitglieder vor:

- Für 369 Kreise, die das EDV-Verfahren A2LL für alle SGB II-Fälle genutzt haben.
- Für 52 zugelassene kommunale Träger, deren SGB II-Fälle mit dem XSozial-Standard übermittelt wurden.
- Für 1 Kreis, dessen vollständige Strukturen aus A2LL und XSozial gewonnen werden konnten.

Die Strukturergebnisse dieser 422 vollständig erfassten Kreise wurden auf die in einem gesonderten Verfahren ermittelten Eckdaten der SGB II-Statistik (Bedarfsgemeinschaften, erwerbsfähige Hilfebedürftige, nicht Erwerbstätige und Personen insgesamt) auf Länderebene hochgerechnet und zu Gesamtergebnissen (Bundesgebiet insgesamt, Westdeutschland und Ostdeutschland) zusammengefasst.

Die Eckdaten * basieren auf einer Schätzung der Ergebnisse von 424 Kreisen, wobei zu den reinen A2LL-Beständen (369 Kreise) und XSozial-Beständen (54 Kreise) zusätzlich kombinierte Bestände aus A2LL und XSozial (1 Kreis) in die Berechnung aufgenommen wurden.

In den 422 Fällen vollständiger Erfassung werden die Strukturdaten auf Kreisebene ausgewiesen, bei Unvollständigkeit der Kreisdaten (keine Vollerfassung durch A2LL bzw. XSozial) können auf Kreisebene nur die (geschätzten) Eckdaten berichtet werden.

Die aus dem Verfahren A2LL gewonnenen Detail-/Strukturdaten beziehen sich auf die bis zum 10. März 2007 im DV-Verfahren erfassten Leistungsfälle (Bedarfsgemeinschaften mit bewilligten Ansprüchen). Berücksichtigt wurden dabei ausschließlich Leistungsfälle, die zum Stichtag 14. Dezember 2006 bewilligt (angeordnet) waren und am Stichtag keinen Ausschlussgrund/Beendigungsgrund hatten.

Berichtsmonat: **Dezember 2006** – Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten

Deutschland																		
Region	Bedarfsgemeinschaften						Personen in Bedarfs- gemein- schaften insgesamt	Personen pro Be- darfsge- meinschaft insgesamt	Bedarfsgemeinschaften mit eHb				Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren					
	insgesamt	mit 1 Person	mit 2 Personen	mit 3 Personen	mit 4 Personen	mit 5 und mehr Personen			mit 1 eHb	mit 2 eHb	mit 3 eHb	mit 4 und mehr eHb	insgesamt	BG mit 1 Kind	BG mit 2 Kindern	BG mit 3 Kindern	BG mit 4 und mehr Kindern	
	1	2	3	4	5	6			7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
- absolut -																		
Schleswig-Holstein	01	130.234	67.415	27.196	18.020	10.829	6.775	257.268	2,0	89.066	32.874	6.227	2.052	43.554	23.955	13.481	4.313	1.804
Hamburg	02	110.273	63.560	20.139	13.381	8.255	4.938	203.848	1,8	80.130	24.019	4.601	1.523	33.192	18.368	10.241	3.475	1.108
Niedersachsen	03	349.188	177.516	72.046	48.295	29.957	21.374	708.113	2,0	232.726	92.322	17.568	6.438	119.193	63.507	36.895	12.731	6.061
Bremen	04	52.415	28.886	10.289	6.589	4.004	2.647	100.200	1,9	37.054	12.181	2.381	799	16.258	8.852	4.954	1.674	778
Nordrhein-Westfalen	05	838.380	424.530	175.021	114.909	74.113	49.808	1.692.420	2,0	551.772	227.475	43.569	15.176	282.354	151.230	87.930	30.924	12.270
Hessen	06	225.982	114.163	46.714	31.185	20.482	13.438	457.579	2,0	149.886	60.498	11.180	3.692	78.011	41.928	24.563	8.392	3.127
Rheinland-Pfalz	07	127.159	61.793	28.217	18.369	11.190	7.590	260.174	2,0	82.556	35.602	6.893	2.089	44.579	24.106	13.777	4.705	1.991
Baden-Württemberg	08	256.237	129.083	55.739	35.387	22.051	13.977	511.993	2,0	174.091	66.048	12.198	3.845	90.284	49.356	28.140	9.366	3.422
Bayern	09	287.082	149.198	64.459	38.957	22.462	12.006	549.987	1,9	200.087	72.075	11.924	2.960	96.191	54.933	29.489	8.952	2.817
Saarland	10	45.459	24.118	9.670	5.961	3.531	2.179	87.659	1,9	30.947	11.499	2.257	751	14.119	7.991	4.224	1.352	552
Berlin	11	332.946	196.796	60.472	37.662	23.202	14.814	606.120	1,8	238.272	75.704	14.265	4.705	91.729	51.786	27.389	8.848	3.706
Brandenburg	12	189.149	99.181	46.671	25.820	12.396	5.081	346.809	1,8	122.593	52.442	11.517	2.383	48.764	31.903	12.724	3.103	1.034
Mecklenburg- Vorpommern	13	151.645	79.297	36.907	20.863	10.434	4.144	280.133	1,8	97.686	42.148	9.806	1.984	39.774	25.725	10.644	2.528	877
Sachsen	14	308.954	163.046	75.788	41.238	20.462	8.420	565.924	1,8	200.440	87.425	17.663	3.336	80.781	51.234	22.284	5.379	1.884
Sachsen-Anhalt	15	205.400	105.733	51.446	28.392	13.733	6.095	381.066	1,9	130.913	58.168	13.389	2.880	54.256	34.896	14.289	3.664	1.407
Thüringen	16	148.028	76.443	37.403	20.090	9.926	4.166	274.200	1,9	96.772	40.931	8.536	1.646	41.234	26.645	10.930	2.664	995
Deutschland		3.758.531	1.960.758	818.176	505.119	297.028	177.451	7.283.493	1,9	2.541.990	991.413	193.975	56.259	1.174.273	666.414	351.954	112.070	43.834
Westdeutschland		2.422.409	1.240.262	509.489	331.053	206.874	134.731	4.829.241	2,0	1.628.314	634.594	118.798	39.325	817.735	444.225	253.694	85.885	33.931
Ostdeutschland		1.336.122	720.497	308.687	174.065	90.153	42.720	2.454.252	1,8	886.676	356.819	75.177	16.934	356.538	222.189	98.260	26.185	9.903

- Anteile in % -																	
			zu Sp. 1	zu Sp. 1	zu Sp. 1	zu Sp. 1	zu Sp. 1		zu Sp. 1	zu Sp. 1	zu Sp. 1	zu Sp. 1	zu Sp. 1	zu Sp. 13	zu Sp. 13	zu Sp. 13	zu Sp. 13
Schleswig-Holstein	01	100	51,8	20,9	13,8	8,3	5,2	-	68,4	25,2	4,8	1,6	33,4	55,0	31,0	9,9	4,1
Hamburg	02	100	57,6	18,3	12,1	7,5	4,5	-	72,7	21,8	4,2	1,4	30,1	55,3	30,9	10,5	3,3
Niedersachsen	03	100	50,8	20,6	13,8	8,6	6,1	-	66,6	26,4	5,0	1,8	34,1	53,3	31,0	10,7	5,1
Bremen	04	100	55,1	19,6	12,6	7,6	5,1	-	70,7	23,2	4,5	1,5	31,0	54,4	30,5	10,3	4,8
Nordrhein-Westfalen	05	100	50,6	20,9	13,7	8,8	5,9	-	65,8	27,1	5,2	1,8	33,7	53,6	31,1	11,0	4,3
Hessen	06	100	50,5	20,7	13,8	9,1	5,9	-	66,3	26,8	4,9	1,6	34,5	53,7	31,5	10,8	4,0
Rheinland-Pfalz	07	100	48,6	22,2	14,4	8,8	6,0	-	64,9	28,0	5,4	1,6	35,1	54,1	30,9	10,6	4,5
Baden-Württemberg	08	100	50,4	21,8	13,8	8,6	5,5	-	67,9	25,8	4,8	1,5	35,2	54,7	31,2	10,4	3,8
Bayern	09	100	52,0	22,5	13,6	7,8	4,2	-	69,7	25,1	4,2	1,0	33,5	57,1	30,7	9,3	2,9
Saarland	10	100	53,1	21,3	13,1	7,8	4,8	-	68,1	25,3	5,0	1,7	31,1	56,6	29,9	9,6	3,9
Berlin	11	100	59,1	18,2	11,3	7,0	4,4	-	71,6	22,7	4,3	1,4	27,6	56,5	29,9	9,6	4,0
Brandenburg	12	100	52,4	24,7	13,7	6,6	2,7	-	64,8	27,7	6,1	1,3	25,8	65,4	26,1	6,4	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	13	100	52,3	24,3	13,8	6,9	2,7	-	64,4	27,8	6,5	1,3	26,2	64,7	26,8	6,4	2,2
Sachsen	14	100	52,8	24,5	13,3	6,6	2,7	-	64,9	28,3	5,7	1,1	26,1	63,4	27,6	6,7	2,3
Sachsen-Anhalt	15	100	51,5	25,0	13,8	6,7	3,0	-	63,7	28,3	6,5	1,4	26,4	64,3	26,3	6,8	2,6
Thüringen	16	100	51,6	25,3	13,6	6,7	2,8	-	65,4	27,7	5,8	1,1	27,9	64,6	26,5	6,5	2,4
Deutschland		100	52,2	21,8	13,4	7,9	4,7	-	66,9	26,4	5,2	1,5	31,2	56,8	30,0	9,5	3,7
Westdeutschland		100	51,2	21,0	13,7	8,5	5,6	-	67,2	26,2	4,9	1,6	33,8	54,3	31,0	10,5	4,1
Ostdeutschland		100	53,9	23,1	13,0	6,7	3,2	-	66,4	26,7	5,6	1,3	26,7	62,3	27,6	7,3	2,8

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

